# CHRISTING SOZIALISTIN SOZIALISTIN

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V.

Einzelverkauf 8,- DM

52. Jahrgang

Mai 1999 1-2/99

Erhard Griese "Ihr seid das Salz der Erde"

Noam Chomsky, ZAK Tübingen, Darius Dunker Gegen den Krieg in Jugoslawien

Ernesto Cardenal

Die Revolution heute und morgen

Regine Hildebrandt Kann denn Mammon christlich sein?

B. Rommelspacher, A. Landgraf, M. Zuckermann

Der Streit um Martin Walsers Rede

Jobst Paul, Ulrich Bach, Britta Baas Gentechnik, Medizin und Ethik

und weitere Beiträge

### Impressum

CuS – Christin und Sozialistin/Christ und Sozialist wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD) e.V.:

Dr. Martina Ludwig, Chemnitz Matthias Nauerth, Ellerbek Philipp Stratmann, Tübingen

### Redaktion:

Darius Dunker, Aachen Maik Eisfeld, Schlotheim/Thür. Udo Fleige, Tübingen Jürgen Gorenflo, Karlsruhe Dörte Münch, Aachen Matthias Nauerth, Ellerbek Christa Peter, Berlin Helmut Pfaff, Frankfurt Oliver Wildner, Hamburg

Erscheinungsweise vierteljährlich

Bezugspreis jährlich DM 30,-(Ausland DM 35,-) incl. Porto Zahlungen zu Beginn des Jahres bitte an den Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD), Postbank Dortmund 189 389-464 (BLZ 440 100 46).

Quittungen werden auf Wunsch zugesandt. Förderabo DM 40,- oder mehr. Beiträge über DM 30,- sind als Spende steuerlich absetzbar.

CuS im Internet:

http://homepages.teuto.net/cus/

Abonnements und Retours:

BRSD c/o Dr. Martina Ludwig, Hohensteiner Straße 12 09117 Chemnitz Fon/Fax: 0371/85 77 366 Kündigungen werden zum Jahresende wirksam.

Lavout:

Thomas Biedermann, Hamburg

Druck: Hephata-Werkstätten, Monchengladbach

Hergestellt auf Umweltschutzpapier ISSN 0945-828-X

### Inhalt

Erhard Griese "Ihr seid das Salz der Erde"	4
ZAK Tübingen Die Waffen nieder!	5
IMI und ZAK Tübingen Ermittlungen wegen Aufruf zur Desertion	9
Noam Chomsky Intervention und Eskalation	10
Darius Dunker Stoppt den Krieg in Europa!	18
Ernesto Cardenal Die Revolution heute und morgen	20
Regine Hildebrandt Kann denn Mammon christlich sein?	26
Nils Floreck Wo die DDR fast demokratisch war	29
Birgit Rommelspacher Öffentliches Reden, privates Schweigen	30
Anton Landgraf, Moshe Zuckermann Die 68er wollen sich versöhnen	33
Regina Scheer Die Schande – Daimler und die Zwangsarbeit	38
Jobst Paul Die Bioethik-Konvention	46
Ulrich Bach Das Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin	49
Ulrich Bach Droht uns die totale Medizin?	55
Britta Baas "Nur die Methode ist neu, nicht das Gesetz." Fragen zu RU486 an Astrid Bühren	59
Erhard Griese Gedenken an Christoph Blumhardt	62
Erhard Griese 50 Jahre Christ und Sozialist/ Christin und Sozialistin (3. Teil)	64
Lou Marin: Der Ursprung der Revolte. Albert Camus und der Anarchismus (Alex Lünskens)	65
Fritz A. Rothschild (Hg.): Christentum aus jüdischer Sicht (Arnold Pfeiffer)	66
Helmut Pfaff Das Tabu der Linken – Nachbemerkung zu Böhringer	68

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Dieter Schulte hat der Bundesregierung für die NATO-Intervention "die Unterstützung des Gewerkschaftsbundes zugesichert" (Frankfurter Rundschau v. 31.3.1999).

"Wir Mitglieder und FunktionsträgerInnen von Berliner DGB-Gewerkschaften erklären hierzu: Für uns hat der Kollege Schulte nicht gesprochen – Wir unterstützen diesen Angriffskrieg nicht. Wir sind der Meinung, daß konsequente GewerkschafterInnen diesen Nato-Militärschlag mit deutscher Beteiligung verurteilen müssen."

Mit diesen Worten beginnt der Aufruf Berliner Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zur Beendigung des Krieges, der unter den ersten von Ulrich Peter (unserem langjährigen Redakteur und Bundesvorsitzenden) und Andreas Hesse (unserem ehemaligen Layouter) unterzeichnet wurde. Hunderte weiterer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter forderten binnen weniger Tage in einer weiteren Erklärung, die NATO-Angriffe sofort zu beenden. Während mancher die Sozialdemokratische Partei nun endgültig als linke Kraft aufgegeben hat, werden nach der demütigenden Erfahrung, ausgerechnet von der neuen rot-grünen Bundesregierung in den Krieg gezogen zu werden, auch innerhalb von SPD und Grünen die Stimmen gegen den Krieg lauter. Natürlich haben wir auch in CuS einen Schwerpunkt auf dieses Thema gelegt.

Ihr findet aber als weitere Schwerpunkte auch mehrere Beiträge zum Streit um Martin Walsers Rede zum Empfang des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels und mehrere Artikel zur Medizin- und Bioethik, Da wir aus dem Heft eine Doppelausgabe gemacht haben, konnten wir noch ein weites Spektrum sonstiger Themen aufgreifen.

Frieden und die Zeit für eine gute Lektüre wünscht Euch im Namen der Redaktion

Darius Dunker

Anmerkung: Wieder einmal steht ein historischer Geburtstag bevor: Emil Fuchs wurde vor 125 Jahren am 13. Mai geboren. Im nächsten Heft wird Martin Balzer an ihn erinnern.

P.S.: Wenn Ihr auf dem Kirchentag seid, besucht uns doch auf dem Markt der Möglichkeiten!

# "Ihr seid das Salz der Erde"

# Zum Leitwort des 28. Deutschen Evangelischen Kirchentags in Stuttgart

"Ihr seid das Salz der Erde. Wenn nun das Salz dumm wird, womit soll man es salzen? Es ist hinfort zu nichts nütze, denn daß man es hinausschütte und lasse es die Leute zertreten." So übersetzt Luther Mt 5,13.

Ohne Salz kann der Mensch nicht leben. Jeder verdunstet seinen Salzanteil in der Hitze des Tages. Wenn kein Salz in den Körper nachkommt, sieht es schlimm aus.

Haben Sie schon einmal einen Tag lang nur von Süßigkeiten gelebt, etwa von Sahnetorte, Süßholz oder Sirup? Wahrscheinlich nicht. Aber schon der Gedanke daran läßt Gaumen und Gedärm nach etwas anderem lechzen und schreien.

Das Bild vom Salz ist also aussagekräftig. Zur Zeit Jesu kommt aber noch ein ganz wichtiger Aspekt dazu: Salz wird notwendig gebraucht, um Fisch und Fleisch wenigstens über Tage und Wochen haltbar zu machen und eßbar zu erhalten. Salz bürgt für die Beständigkeit. Ohne Salz ist die Speise schon verdorben und verloren.

Zu wem sagt Jesus das so verheißungsvoll – und anspruchsvoll? Zu denen, die neben ihm stehen. "Als er das Volk sah, ging er auf einen Berg und setzte sich." (Das bedeutet: Er will sprechen.) "Und seine Jünger traten zu ihm. Und er tat seinen Mund auf, lehrte sie und sprach..."

Aber alle, die da sind, hören mit. Und alle, die es hören, können mit einem einzigen Schritt auch unter die Jünger treten und sich zu denen zählen, denen diese Zusage und dieser Aufruf gilt. Alle, die zuhören, sind ein Teil des Gottesvolkes Israel, das nun neu seinen Auftrag und sein Lebensziel empfängt.

Aber es sind nicht viele. Gerade sind die ersten Jünger berufen. Frauen sind von Anfang an dabei, wie wir von Lukas wissen (Luk 8, 1-3). Aber die Schar ist klein. Das Bild vom Salz ist stimmig. Nicht alles kann und soll Salz sein. Das Salz würzt und macht genießbar. Aber keineswegs soll das ganze Essen nur noch aus reinem Kochsalz bestehen.

Die Gefahr ist also nicht, daß zuviel Salz die ganze Speise versalzt. Sondern daß das Salz – das wenige, lebensnotwendige – "dumm" wird (wie Luther übersetzt), seine Salzkraft verliert. "Also gar nicht mehr Salz ist", würden wir heute sagen.

In der damaligen Zeit wurde das Salz vom Toten Meer (oder den Salzpfannen Nordafrikas) in großen Brocken, immer vermischt mit anderen Mineralien, die es einfärbten, transportiert und verkauft. Wenn es nun zu lange im Regen lag oder sich in der Feuchtigkeit auflöste, wurde es "dumm", verlor es seine Salzkraft. Das Salz wurde herausgeschwemmt – und ein Rest aus den sonstigen Sanden und Mineralien blieb übrig. Den nahm man dann, um einen Weg aufzuschottern, vor den Türen und Eingängen oder auf den Wegen eines Dorfes.

Also: Wenn ihr nicht Salz seid, wer dann sonst? Woher soll sich Gott Menschen nehmen, um die Welt zu erhalten, um das Leben zu würzen und genießbar zu machen? Ihr seid gemeint!

Es ist das jüdisch-talmudische "Wenn nicht ich, wer dann? Wenn nicht jetzt, wann denn sonst? Wenn nicht hier, wo denn sonst?", das hier in dem Bildwort Jesu aufleuchtet.

Gehören wir nun heute auch dazu? Ist die Welt auf unsere Salzkraft angewiesen? Ist sie ohne uns verdorben und verloren? Wird ohne uns das Leben ungenießbar und unhaltbar? Sind wir unersetzlich? Wer sind wir?

Die Kirche hat das Erbe Israels auf sich genommen. Oder sollen wir sagen: beansprucht? Haben sich das die Christen wirklich überlegt? Spüren wir, welche Verantwortung und welche Pflichten damit auf uns zukommen? Nicht daß die Welt heute so weltlich ist, ist das Problem, vor dem wir stehen, sondern daß die, die sich Christen nennen, auf die Nachfolge Jesu verzichten – und aus der Botschaft und der Gemeinde Jesu etwas machen, das eher Sahnetorte, Süßholz oder Sirup für die Welt statt das Salz der Erde ist.

# ZAK Tübingen

### Die Waffen nieder!

### Stoppt den NATO-Krieg gegen Jugoslawien!

Alle Kriege beginnen in den Köpfen. Deshalb haben auch die jetzigen Kriegstreiber, schon bevor sie begannen, ihre Bomben abzuwerfen, an die besten Gefühle der Menschen appelliert: Mitgefühl mit Unterdrückten, Empörung über Menschenrechtsverletzungen, Wut über die eigene Ohnmacht angesichts eines sich zuspitzenden Konflikts. Für viele sind diese Gefühle nun die (teils ehrlichen, teils vorgeschobenen) Argumente, dem NATO-Angriffskrieg zuzustimmen. Hinter dieser Haltung steht der Glaube an zwei Grundsätze: Erstens, daß man mit Bomben Menschenrechte einführen könne und zweitens, daß dies das tatsächliche Ziel derer sei, die den Krieg führen. Die politische Vernunft zeigt, daß beides Illusionen sind:

Die Folgen des Bombardements sind inzwischen so verheerend, daß es schwer vorstellbar ist, wie dort in absehbarer Zeit ein menschenwürdiges Leben (auch für die rückkehrenden Flüchtlinge) und eine funktionierende Demokratie möglich sein sollen:

Wer baut die Wasserwerke, Fabriken, Brücken und Häuser wieder auf? Werden die NATO-Staaten dafür mit der gleichen Selbstverständlichkeit die gleichen Geldbeträge zur Verfügung stellen wie jetzt für deren Zerstörung?

Auf welcher Grundlage soll in Belgrad wieder eine demokratische Gegenöffentlichkeit existieren können? Mit dem Kriegsrecht, das in Jugoslawien mit Beginn der NATO-Bombardierungen verhängt wurde, sind die demokratischen Spielräume für gemäßigte Kräfte im Land verschwunden. Serbische Antikriegsgruppen wie z.B. die "Frauen in Schwarz", die vorher noch Demonstrationen organisiert hatten, werden jetzt zerschlagen. Statt zivile Organisationen von Kosovo-Albanern zu unterstützen, hat der Westen die UCK mit Waffen versorgt (u.a. von Kohl mit NVA-Beständen).

Die neuste unfassbare Nachricht von gestern ist, daß die NATO jetzt sogar Uran-Geschosse benutzt, um Panzer besser zerstören zu können. Diese Waffen wurden von der UN-Menschenrechtskommission als Massenvernichtungswaffen klassifiziert, weil sie radioaktive Strahlung freisetzt. Die "Ärzte gegen den Atomkrieg" (IPPNW) erklären, daß diese uranhaltige Munition, die schon im Irak eingesetzt worden ist, dort zu Missbildungen, Krebs und Totgeburten geführt habt. Sie geht übrigens auf eine deutsche Erfindung aus dem Jahr 1943 zurück.

Mit diesem Angriffskrieg wird eine politische Lösung des Konflikts nicht "herbeigebombt", sondern langfristig verhindert:

Wenn Schröder, Fischer oder Clinton gefragt werden, was eigentlich nach den Bomben kommen soll, zucken sie nur mit den Schultern. Die militärische Logik hat sich verselbständigt, so wie sie immer dazu tendiert, sich zu verselbständigen. In Vietnam haben die Kriegsstrategen auch gesagt: Wenn wir jetzt aufhören zu bomben, sieht das wie eine Niederlage aus, verlieren wir unser Gesicht. Zur militärischen Logik gehört auch die Rambo-Haltung, erst vom Feind abzulassen, wenn man ihn vor sich im Staub kriechen sieht. Jeder der Verhandlungsvorschläge der letzten Tage, ob er vom russischen Verhandlungsführer Primakow kommt,

vom albanischen Politiker Ibrahim Rugova oder als einseitiger Waffenstillstand von Präsident Milosevic, wird von der NATO zuerst lächerlich gemacht und dann mit verstärkten Militärschlägen beantwortet. Sie wollen, daß die serbische Regierung, sich ganz und gar unterwirft. Egal wie viele Menschenleben es kostet.

Das Versprechen, mit einem "schnellen, sauberen" Militärschlag eine einfache und radikale Lösung zu liefern, übt eine trügerische Faszination aus:

Diejenigen, die den NATO-Angriff befürworten, halten uns immer die Frage nach den Alternativen entgegen. Die Antwort ist so ernüchternd wie einfach: Es gibt keine befriedigende und schon gar keine schnelle Lösung des Konflikts mehr. Wer behauptet, sie zu haben, lügt. Zu oft wurden die verschiedenen Nationalismen der Region von innen und – noch wirkungsvoller – von außen angeheizt. Eine große Rolle spielte dabei Deutschland: Die Nationalsozialisten haben das Feindbild "Serben" geschaffen und den Leuten eingetrichtert. (Die Bilder von damals findet man übrigens heute in den Medien wieder: Der SPIEGEL beschreibt einen renommierten serbischen Theaterintendanten so: "kne-



a belbärtig, die Augenpartie düster um-

belbärtig, die Augenpartie düster umwölkt...". Das ist original Nazi-Sprachgebrauch.)

Daß die BRD 1991 eigenmächtig die Abtrennung Kroatiens und Sloweniens von Jugoslawien anerkannt hat, war ein weiterer Schritt zur Ethnisierung der Balkanregion, d.h., dazu, daß es eine zunehmende Bedeutung bekam, ob jemand kroatischer, serbischer, albanischer oder bosnischer Abstammung ist. Wenn wir die entscheidende Rolle der Westmächte bei der Eskalation des Konflikts anprangern, heißt das nicht, daß wir nationalistische und repressive Politik der betreffenden Länder rechtfertigen. Im Gegenteil. Wir verurteilen die Vertreibung der kosovo-albanischen Bevölkerung durch die jugoslawische Armee und serbische Miliz. Ohne Wenn und Aber. Die Möglichkeit, dies jetzt ungehindert tun zu können, haben ihnen dennoch die NATO-Staaten gegeben, indem sie die OSZE-Beobachter abgezogen haben.

Die Situation der Menschen im Kosovo schreit nach einer Lösung, natürlich, und zwar nicht erst seit diesem Jahr. Aber die, der wir gerade zuschauen, ist zweifellos die schlechteste. Alle vorstellbaren Alternativen, von russischen/pakistanischen Truppen als Beobachter bis zu massiver Wirtschaftshilfe für Jugoslawien (denn viele scheinbar ethnische Konflikte haben als erste Ursache die Armut), hätten keine solche Katastrophe auslösen können wie diese.

Noch zwei Fakten, die zeigen, daß es der NATO nie wirklich um den Schutz der albanischen Bevölkerung im Kosovo ging:

Wenn es um ihren Schutz ginge, ... dann hätte in Rambouillet nicht ein für die serbische Seite unannehmbares Diktat zur Unterzeichnung vorliegen dürfen:

Allen beteiligten Akteuren war vorher klar, daß Präsident Milosevic sein Gesicht und damit die Macht verlieren würde, wenn er die Truppen des erklärten Feindes ins Land lassen würde. Es ist entlarvend unlogisch, ihn einerseits zum "unberechenbaren Monster" zu stilisieren und gleichzeitig zu erwarten, daß er sich diesem Diktat unterwirft. Und zwar aus Angst vor Bomben, die nicht ihn treffen, sondern die Bevölkerung. Auch hätten, nach diesem Vertrag, die NATO-Streitkräfte in ganz Jugoslawien ungehindert und straffrei agieren dürfen.

... dann müßten die reichen Länder alle verfügbaren Mittel in die Hilfe für die Flüchtlinge stecken und sofort ihre Grenzen für deren Aufnahme öffnen, weil die Möglichkeit ihrer Rückkehr in immer weitere Ferne rückt, je mehr das Land in Schutt und Asche gelegt wird:

Keines der am Angriff beteiligten Länder hatte irgendwelche Vorkehrungen zur Aufnahme und Versorgung getroffen. Jetzt werden Peanuts in eine lächerlich unzureichende Notversorgung der Flüchtlinge gesteckt, ja, die Menschen hier sollen sogar für die Folgen der Zerstörung spenden, die vorher mit den Steuergeldern angerichtet wurde, während der Abschuß eines einzigen Marschflugkörpers mit der dazu nötigen Infrastruktur eine Million Dollar kostet.

Gleichzeitig dient ihr legitimer Anspruch auf Rückkehr in ihr Land den europäischen Regierungen als zynische Rechtfertigung dafür nur eine minimale Anzahl von Flüchtlingen ins Land zu lassen.

Bleibt zum Schluß noch zu fragen: Wenn der Krieg offensichtlich eine einzige Anhäufung von Unsinn und Katastrophen ist, warum wird er dann geführt? Sowohl die NATO als Militärbündnis als auch die BRD als Kriegspartel haben ihre Gründe:

Ein solcher Angriffskrieg hat für die NATO einen großen Vorteil: Wenn er einmal akzeptiert wird, dann wird eine Weltordnung immer selbstverständlicher, in der die jeweils mächtigsten Länder überall dort angreifen dürfen, wo ihrer Definition zufolge Menschenrechte verletzt werden:

Mit jedem weiteren regionalen Konflikt, in dem die NATO interveniert, hätten wir dann vielleicht ein Stück Land mehr, das zerstört, destabilisiert und vom direkten "Schutz" durch die Westmächte abhängig gemacht ist. Das bedeutet als weltpolitische Perspektive eine geringer werdende Anzahl souveräner Staaten und dazwischen einen Flickenteppich von NATO-Protektoraten. Selbstverständlich soll diese Rolle nur der NATO zustehen, darauf arbeitet sie seit dem Ende des Kalten Krieges hin: Zum Beispiel dadurch, daß im Balkankonflikt Russland, Mitgliedsstaat des UNO-Sicherheitsrates, von den Westmächten mit der Arroganz der Sieger und/oder gefährlicher politischer Dummheit, als ein Land behandelt wird, das in der heutigen Weltordnung nichts mehr zu sagen habe.

Die deutsche Beteiligung an diesem Bombardement stellt einen bewußten und gewollten Tabubruch dar. Wer ihn akzeptiert, trägt mit bei zu einem weiteren Stück "Entsorgung" der deutschen Geschichte:

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg greift Deutschland einen souveränen Staat an, ohne von diesem angegriffen worden zu sein. (Damit verstoßen die Verantwortlichen gegen Artikel 26 des Grundgesetzes und machen sich strafbar nach § 80 des Strafgesetzbuches.)



Bis jetzt war es undenkbar, deutsche Soldaten gegen ein Land einzusetzen, das vom deutschen Vernichtungskrieg betroffen war. Daß dieses letzte Tabu auch noch gebrochen wurde, ist Teil der Bemühungen, jegliche Beschränkungen, die aus der deutschen Vergangenheit stammten, vollends abzuschüttein. Der Schlußstrich ist gezogen, der Weg frei für die neue deutsche Großmachtpolitik.

### Wir fordern:

- sofortigen Stopp des NATO-Bombardements, keinen Einsatz von Bodentruppen!
- Entmilitarisierung des Kosovo: Abzug der jugoslawischen Bundesarmee. Entwaffnung der UCK und der serbischen Milizen.
- einen durch die NATO-Staaten finanzierten Wiederaufbau der zerstörten jugoslawischen Regionen und Hilfen für Albanien und Mazedonien.
- den Einsatz eines neutralen Vermittlers und die Einrichtung einer dauerhaften Friedens-/ Entwicklungskonferenz für den Balkan mit allen Staaten der Region.
- Alle Soldaten und Wehrpflichtigen rufen wir auf: Verweigert den Kriegsdienst oder desertiert!

# **Ermittlungen wegen Aufruf zur Desertion**

Die folgende Mitteilung erreichte uns nach Redaktionsschluss. Sie bezieht sich auf den Aufruf zur Desertion in dem Artikel, den wir auf den Seiten 5-8 dieser Ausgabe abgedruckt haben.

Liebe Freundinnen und Freundel Gestern (21.04.) gegen 15.30 Uhr besuchten uns im Büro der Informationsstelle Militarisierung (IMI) zwei Kripo-Beamte und überreichten Tobias Pflüger ein Schreiben mit einer polizeilichen Vorladung wegen der Aufforderung zu einer Straftat (Paragraph 111 StGB).

(Die Vorladung bezog sich aber nicht auf die Ostermarschrede von Tobias Pflüger in München, sondern eine Rede in Tübingen am 29.03.1999.)

Am Abend wurde dann bekannt, daß auch Katja Polnik vom Zentralamerikakomitee (ZAK) Tübingen wegen ihrer Rede bei der Kundgebung am 10.04.1999 in Tübingen eine polizeiliche Vorladung bekommen hat. – Redakteuren der örtlichen Tageszeitung (Schwäbisches Tagblatt) gegenüber teilte der befragte Chef der Tübinger Staatsanwaltschaft Hans Ellinger mit, er ermittle wegen des Aufrufs zur Fahnenflucht: "Fahnenflucht ist eine strafbare Handlung. Also darf auch niemand dazu aufrufen." Die Tübinger Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen aufgenommen, ohne daß jemand eine Strafanzeige erstattet hat.

Katja Polnik (ZAK) meinte nach Angaben der örtlichen Zeitung: "Wer zur Fahnenflucht aufruft, ruft auch dazu auf, eine Straftat nicht zu begehen. Denn dafür halte ich den Angriffskrieg." Polnik erinnerte daran, daß z.B. auch die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano sich gegen die NATO-Bombardierungen gewandt habe.

Tobias Pflüger (IMI) stellte gegenüber dem "Schwäbischen Tagblatt" fest, daß offensichtlich bei Kriegsgegnern ermittelt werde, während "gegen Schröder, Fischer, Scharping nicht ermittelt wird". Nach Ansicht von Pflüger sollten sich die Justizbehörden eigentlich um die Bundesregierung kümmern, "sie bricht Völkerrecht und Grundgesetz, weil sie einen Angriffskrieg führt". Bezüglich des "Vorwurfes" der Staatsanwaltschaft sagte er: "Ich habe meinen Aufruf auf die Soldaten aller Kriegsparteien bezogen und halte das nach wie vor für richtig."

In der "Südwestpresse" und im "Schwäbischen Tagblatt" wird an die Zeit des Golfkrieg 1991 erinnert. Damals leitete die Staatsanwaltschaft Tübingen ein Verfahren wegen der Beihilfe zur Fahnenflucht gegen das Schriftstellerehepaar Walter und Inge Jens ein, sie hatten damals einem USamerikanischen Soldatenpärchen Unterschlupf gewährt.

(Dieser Kurzbericht basiert auch auf dem Bericht im "Schwäbisches Tagblatt" vom 23.04.1999, alle Zitate sind von dort.)

# **Intervention und Eskalation**

Es gibt viele Untersuchungen über die Bombardements der NATO (d.h. in erster Linie der USA) im Zusammenhang mit dem Kosovo. Viel ist über das Thema geschrieben worden, auch im Z-Netz. Ich möchte ein paar allgemeine Betrachtungen anstellen und halte mich dabei an Fakten, die nicht ernsthaft in Frage gestellt werden.

Es geht hier um zwei grundlegende Punkte: 1. Was sind die akzeptierten und anwendbaren "Regeln der Weltordnung"? 2. Inwiefern treffen diese Überlegungen für den Fall des Kosovo zu?

### 1. Was sind die akzeptierten und anwendbaren "Regeln der Weltordnung"?

Es gibt ein für alle Staaten verbindliches internationales Gesetzes- und Rechtssystem, das auf der Charta der Vereinten Nationen, den daran anschließenden Resolutionen und auf Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes basiert. Kurz, die Androhung oder der Einsatz von Gewalt sind geächtet, wenn sie nicht ausdrücklich vom Sicherheitsrat genehmigt wurden, nachdem er das Versagen friedlicher Mittel festgestellt hat, oder aber als Mittel der Selbstverteidigung gegen "bewaffnete Angriffe" (ein enger Begriff), bis der Sicherheitsrat handelt.

Selbstverständlich gibt es noch mehr dazu zu sagen. So gibt es mindestens Spannungen, wenn nicht sogar offene Widersprüche zwischen den Regeln der Weltordnung, wie sie in der UN-Charta niedergelegt sind, und den Rechten, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert sind, dem zweiten Pfeiler der Weltordnung, durchgesetzt auf Betreiben der USA nach dem zweiten Weltkrieg. Die Charta ächtet Gewalt, die staatliche Souveränität verletzt; die Menschenrechtserklärung garantiert die Rechte von Personen gegen repressive Staaten. Das Anliegen der "humanitären Intervention" entsteht aus dieser Spannung. Es ist das Recht auf "humanitäre Intervention", das die USA bzw. NATO im Kosovo in Anspruch nehmen, und das wird im Allgemeinen durch die Kommentare und Nachrichten der Medien unterstützt (bei letzteren sogar rückwirkend durch die genaue Begriffswahl).

Die Frage wird in einem Bericht der New York Times vom 27. März unter der Überschrift "Juristen unterstützen den Einsatz von Gewalt im Kosovo" angesprochen. Es wird ein Beispiel genannt: Allen Gerson, vormals Berater der US-Delegation bei den Vereinten Nationen. Zwei weitere Gelehrte werden zitiert. Einer, Ted Galen Carpenter, "äußerte sich abschätzig über das Argument der Regierung" und verneinte das angebliche Recht zur Intervention. Der dritte ist Jack Goldsmith, ein Spezialist für internationales Recht an der juristischen Fakultät in Chicago. Er sagt, daß die Kritiker der NATO-Bombardierungen "ein starkes juristisches Argument haben", aber "viele Leute glauben, daß [eine Ausnahme für humanitäre Intervention] auf Grundlage des Gewohnheitsrechts existiert". Das faßt die dargebotene Argumentation zusammen, die das in der Überschrift ausgedrückte Fazit untermauert.

Goldsmiths Bemerkung ist vernünftig, zumindest, wenn wir darin übereinstimmen, daß Fakten entscheidend für die Bestimmung des "Gewohnheitsrechts" sind. Wir sollten auch eine Binsenwahrheit im

Kopf behalten: Das Recht auf humanitäre Intervention, so es denn existiert, setzt "gute Absicht" der Intervenierenden voraus, und diese Annahme basiert nicht auf ihrer Rhetorik, sondern auf ihrer historischen Bilanz, insbesondere auf ihrem Verhalten in Bezug auf das Einhalten internationaler Rechtsgrundsätze, Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes, und so weiter. Wenigstens in Bezug auf andere ist das eine Binsenwahrheit. Man bedenke z.B. die iranischen Angebote, in Bosnien zu intervenieren, um Massaker zu verhindern, während der Westen dieses ablehnte. Sie wurden spöttisch abgelehnt (tatsächlich ignoriert). Wenn es Gründe dafür außer Unterordnung unter die Macht gab, dann, weil dem Iran keine "guten Absichten" unterstellt werden konnten. Ein vernunftbegabter Mensch stellt dann naheliegende Fragen: Ist die iranische Bilanz in Bezug auf Intervention und Terror schlechter als die der USA? Und weitere Fragen, z.B.: Wie sollen wir die "guten Absichten" des einzigen Landes einschätzen, das ein Veto eingelegt hat gegen den Aufruf des Sicherheitsrates an alle Staaten, internationales Recht zu brechen? Was ist mit dessen historischer Bilanz? Wenn solche Fragen nicht zuoberst auf der Tagesordnung des Diskurses stehen, wird ein ehrlicher Mensch ihn als bloße Treue zur Doktrin abtun. Eine sinnvolle Aufgabe ist es zu ermitteln, welcher Anteil der Literatur - Medien oder anderes - die Erfüllung solch elementarer Anforderungen gewährleistet.

### 2. Wie lassen sich diese oder andere Erwägungen auf den Fall Kosovo anwenden?

Im vergangenen Jahr kam es im Kosovo zu einer humanitären Katastrophe, die in überwältigendem Maße den jugoslawischen Streitkräften anzulasten ist. Die Hauptopfer sind albanischstämmige Kosovaren, ungefähr 90% der Bevölkerung dieses jugoslawischen Gebietes. Es wird allgemein geschätzt, daß es zu 2000 Toten und Hunderttausenden von Flüchtlingen gekommen ist.

In solchen Fällen haben Außenstehende drei Möglichkeiten:

- zu versuchen, die Katastrophe eskalieren zu lassen;
- (II) nichts zu tun;
- (III)zu versuchen, die Katastrophe zu lindern.

Diese Möglichkeiten werden durch andere gegenwärtige Beispiele veranschaulicht. Wir wollen hier einige Beispiele ungefähr des gleichen Ausmaßes diskutieren und fragen, wie Kosovo in dieses Muster paßt.

### (A) Kolumbien.

Nach Schätzungen des US-Außenministeriums liegt die jährliche Zahl der politischen Morde durch die Regierung und ihre paramilitärischen Verbündeten ungefähr auf der Höhe des Kosovos, und die Zahl der Flüchtlinge, die in erster Linie vor diesen Grausamkeiten fliehen, liegt bei weit über einer Million.

Kolumbien ist zum größten Empfänger von Waffen und Ausbildung aus den USA in der westlichen Hemisphäre geworden, als die Gewalt in den 90ern zunahm, und diese Unterstützung wird derzeit noch verstärkt unter dem Vorwand eines "Drogenkrieges", den kein ernstzunehmender Kommentator abnimmt. Die Clinton-Regierung war voll des Lobes für Präsident Gaviria, unter dessen Amtsführung es nach Angabe von Menschenrechtsorganisationen zu einer "entsetzlichen Anzahl von Gewalttaten" gekommen ist, mit denen er sogar noch seine Vorgänger übertroffen hat. (Genauere Angaben sind jederzeit verfügbar.)

In diesem Fall verhalten sich die USA nach (I): Sie lassen die Greueltaten eskalieren.

### (B) Die Türkei.

Nach sehr konservativen Schätzungen fällt die türkische Unterdrückung der Kurden in den 90 Jahren in die Kategorie des Kosovo. Sie erreichte einen Höhepunkt in den frühen 90ern – ein Zeichen ist die Flucht von mehr als einer Million Kurden vom Lande in die inoffizielle kurdische Hauptstadt Diyarbakir von 1990 bis 1994, als die türkische Armee die ländlichen Gebiete verwüstete.

Das Jahr 1994 ist durch zwei Rekorde gekennzeichnet: Es war "das Jahr der schlimmsten Repression in den kurdischen Provinzen" der Türkei, wie Jonathan Randal als Beobachter vor Ort schilderte, und das Jahr, in dem die Türkei "größter Einzelimporteur US-amerikanischer Rüstungsprodukte und damit größter Waffenkäufer der Welt" wurde. Als Menschenrechtsgruppen den Einsatz von US-Flugzeugen bei der Bombardierung von Dörfern aufdeckte, schaffte es die Clinton-Regierung, die Gesetze zu umgehen, die das Aussetzen von Waffenlieferungen verlangen, ganz wie sie es auch in Indonesien und anderswo tat.

Kolumbien und die Türkei begründen ihre (durch die USA unterstützten) Greueltaten damit, daß sie ihre Länder gegen eine terroristische Bedrohung verteidigen müssen. Das erklärt auch die jugoslawische Regierung.

Dieses Beispiel verdeutlicht erneut (I): den Versuch, die Verbrechen eskalieren zu lassen.

### (C) Laos

Jedes Jahr werden Tausende Menschen, in erster Linie Kinder und arme Bauern, in der Ebene von Jars in Nord-Laos getötet, dem Ort der schwersten und anscheinend grausamsten Bombardierungen ziviler Ziele in der Geschichte: Washingtons rasende Angriffe auf eine arme bäuerliche Gesell-

schaft hatten wenig mit den Kriegen in der Region zu tun. Die schlimmste Periode begann 1968, als Washington gezwungen war, Verhandlungen aufzunehmen (ausgelöst durch Druck der Bevölkerung und der Wirtschaft), die die regelmäßigen Bombardierungen Nordvietnams beendeten. Kissinger/Nixon entschieden sich dann dazu, die Flugzeuge zur Bombardierung von Laos und Kambodscha umzuleiten.

Die Toten stammen von "Bombies", kleinen Antipersonenwaffen, weitaus schlimmer als Bodenminen: Sie sind speziell zum Töte und Verstümmeln konstruiert und haben keine Auswirkungen auf Lastwagen, Gebäude usw. Die Hochebene war gesättigt mit mehreren hundert Millionen dieser kriminellen Geräte, die nach Angaben des Herstellers Honeywell eine Fehlzündungsrate von 20 bis 30 Prozent besitzen. Diese Zahlen deuten entweder auf eine bemerkenswert schlechte Qualitätskontrolle oder aber eine gezielte Politik zur verzögerten Tötung von Zivilisten hin. Dabei stellten sie nur einen Bruchteil der eingesetzten Technologie dar, die auch fortgeschrittene Raketen beinhaltete, die Höhlen, in denen Familien Schutz suchten, durchdringen konnten. Derzeit werden die iährlichen Unfälle durch "Bombies" von einigen Hundert pro Jahr bis zu "einer jährlichen nationalen Unfallrate von 20.000" geschätzt, von denen, nach Angaben des langjährigen Asien-Korrespondenten Barry Wein in der Asien-Ausgabe des Wall Street Journal, mehr als die Hälfte zum Tod führen. Eine konservative Schätzung ist es also, daß die Krise in diesem Jahr in etwa vergleichbar mit dem Kosovo ist, wenngleich dort der Anteil der Kinder unter den Toten weitaus größer ist - über die Hälfte, nach Angaben von Analysen aus Berichten des Mennonite Central Committee, das seit 1977 dort zur Linderung der anhaltenden Greuel tätig ist.

Es gab Versuche, Informationen über diese humanitäre Katastrophe zu veröffentlichen und einzugreifen. Die von Briten ausgehende Mine Advisory Group (MAG) versucht, die tödlichen Gegenstände zu entfernen, aber die USA "fehlen offensichtlich unter der Handvoll westlicher Organisationen, die MAG gefolgt sind," berichtet die britische Presse, obschon sie schließlich zugestimmt haben, einige laotische Zivilisten auszubilden. Mit einiger Verärgerung berichtet die britische Presse auch über die Vorwürfe von MAG-Spezialisten über die Weigerung der USA, ihnen die "Prozeduren zum Unschädlichmachen" auszuhändigen, die ihre Arbeit "erheblich schneller und sicherer" machen würden. Diese bleiben Staatsgeheimnis, wie überhaupt die ganze Affäre in den Vereinigten Staaten. Die Bangkoker Presse berichtet über eine ganz ähnliche Situation in Kambodscha, insbesondere im Osten, wo die US-Bombardements ab Anfang 1969 am intensivsten waren.

In diesem Fall ist die Reaktion der USA (II): nichts tun. Und die Medien und Kommentatoren reagieren mit Schweigen, der Norm folgend, nach dem der Krieg gegen Laos ein "Geheimkrieg" war – das heißt: bekannt, aber unterdrückt, wie auch im Falle Kambodschas ab März 1969. Das Ausmaß der Selbstzensur war damals außerordentlich, wie in der gegenwärtigen Phase. Die Bedeutung dieses schockierenden Beispiels sollte ohne weitere Bemerkungen einsichtig sein.

Ich werde weitere Beispiele für die Varianten (I) und (II) überspringen, von denen es zahlreiche gibt, und ebenso weitere schlimme Greueltaten der Gegenwart, wie das große Schlachten irakischer Zivilisten durch eine besonders bösartige Form biologischer Kriegsführung – "einer sehr schwierigen Entscheidung", wie es Madeleine Albright 1996 im US-Fernsehen kommentierte, als sie nach ihrer Reaktion auf

die Ermordung einer halben Million irakischer Kinder in 5 Jahren gefragt wurde, aber "wir denken, der Preis ist es wert". Derzeitige Schätzungen liegen bei 500 getöteten Kindern monatlich und der Preis ist es immer noch "wert". Diese und andere Beispiele könnten auch im Hinterkopf behalten werden, wenn wir die Ehrfurcht einflößende Rhetorik darüber lesen, daß – wie das Beispiel Kosovo zeige – der "moralische Kompaß" der Clinton-Regierung endlich vernünftig funktioniere.

Was aber zeigt dieses Beispiel? Die Androhung von Bombardierungen durch die NATO führte zu einer scharfen Eskalation der Verbrechen der serbischen Armee und paramilitärischen Einheiten, und zum Abzug internationaler Beobachter, was selbstverständlich die selbe Wirkung hatte. Der Oberkommandierende General Wesley Clarke erklärte, es sei "vollständig vorauszusehen" gewesen, daß der serbischer Terror und Gewalt zunehmen würden nach der NATO-Bombardierung, genau wie es geschehen ist. Erstmals erreichte der Terror die Hauptstadt Pristina, und es gibt glaubwürdige Berichte über ausgedehnte Zerstörungen von Dörfern, Ermordungen, die Schaffung eines massiven Flüchtlingsstroms, vielleicht ein Versuch einen Großteil der albanischen Bevölkerung zu vertreiben, all dieses eine "vollständig vorhersagbare" Konsequenz der Drohung mit und dem anschließenden Einsatz von Gewalt, wie General Clark richtig bemerkt.

Kosovo ist darum ein weiteres Beispiel für (I): den Versuch die Gewalt zu eskalieren, genau in Erwartung derselben.

Es ist fast zu einfach, Beispiele für das unter (III) beschriebene Vorgehen zu finden, zumindestens, wenn wir uns an die offizielle Rhetorik halten. Die groß angelegte, kürzlich erschienene, akademische Untersuchung über "humanitäre Intervention" von Sean Murphy überprüft erneut die Bilanz nach dem Kellogg-Briand-Pakt

von 1928, der Krieg als Mittel der Politik ausschloß, und weiter seit der UN-Charta, die diese Vorkehrungen verstärkte und darlegte. In der ersten Phase, so schreibt er, waren der japanische Angriff auf die Mandschurei, Mussolinis Invasion in Āthiopien und Hitlers Besetzung von Teilen der Tschechoslowakei die bekanntesten Beispiele "humanitärer Intervention". Alle waren begleitet von moralisch erhebender humanitärer Rhetorik, wie auch sachlichen Rechtfertigungen, Japan wollte mit Unterstützung eines führenden chinesischen Nationalisten - einer weitaus glaubwürdigeren Figur als alle, welche die USA jemals während ihrer Angriffe auf Südvietnam präsentieren konnten - ein "irdisches Paradies" errichten, indem es die Mandschurier vor den "chinesischen Banditen" verteidigte. Mussolini befreite Tausende von Sklaven, während er die westliche "zivilisierende Mission" ausführte. Hitler verkündete Deutschlands Absicht, die ethnischen Spannungen und Gewalt beenden und "die nationalen Eigenheiten der deutschen und tschechischen Völker sicherstellen" zu wollen, durch eine Operation, "die von dem ernsthaften Wunsch den wirklichen Interessen der in dieser Region lebenden Völker zu dienen geleitet wird", in Übereinstimmung mit dem Willen derselben; der slowakische Präsident bat Hitler, die Slowakei zum Protektorat zu erklären.

Eine weitere hilfreiche intellektuelle Aufgabe besteht darin, diese obszönen Rechtfertigungen mit denen zu vergleichen, die für Interventionen, einschließlich "humanitärer Interventionen", in der Periode seit der UN-Charta angeboten werden.

In diesem Zeitraum ist wahrscheinlich die vietnamesische Invasion nach Kambodscha im Dezember 1978, die Pol Pots Greueltaten, die damals ihren Höhepunkt erreichten, beendete, das bezwingendste Beispiel für (III). Vietnam nahm das Recht auf Selbstverteidigung gegen bewaffnete Angriffe, in einem der wenigen glaubwürdigen Fälle dieser Periode, in Anspruch: das Regime der Roten Khmer (Demokratisches Kampuchea, DK) führte mörderische Angriffe gegen Vietnam in den Grenzregionen aus. Die Reaktion der USA ist sehr erhellend. Die Presse verurteilte die asiatischen "Preußen" für ihren ungeheuerlichen Bruch internationalen Rechts. Für ihr Verbrechen, das Schlachten Pol Pots beendet zu haben, wurden sie hart gestraft, erst durch eine (von den USA unterstützte) chinesische Invasion, dann durch die Errichtung extrem harter Sanktionen durch die USA. Die USA erkannten das vertriebene DK als die offizielle kambodschanische Regierung an aufgrund seiner "Kontinuität" mit dem Regime Pol Pots, wie das US-Außenministerium erklärte. Nicht allzu verdeckt unterstützten die USA die Roten Khmer in ihren weiterhin stattfindenden Angriffen in Kambodscha.

Dieses Beispiel sagt uns mehr über die das "Gewohnheitsrecht", das die Grundlage für die "sich herausbildenden gesetzlichen Normen humanitärer Intervention" bildet.

Trotz der verzweifelten Anstrengungen der Ideologen, zu beweisen, daß Kreise quadratisch sind, gibt es keine ernstzunehmenden Zweifel daran, daß die NATO-Bombardierungen das, was von der zerbrechlichen Struktur internationalen Rechts bleibt, weiter unterminieren. Die USA machten dieses in der Diskussion, die zu der Entscheidung der NATO führte, absolut deutlich. Außer Großbritannien (das mittlerweile ein so unabhängiger Akteur ist, wie die Ukraine in den Jahren vor Gorbatschow) waren die NATO-Länder der US-Politik gegenüber skeptisch und besonders verärgert über das "Säbelrasseln" (Kevin Cullen, Boston Globe, 22.2.99) der US-Außenministerin Albright. Je genauer man sich heute der vom Konflikt betroffenen Region zuwendet, desto größer ist die Opposition zu dem Beharren Washingtons auf dem Einsatz von Gewalt, selbst innerhalb der NATO (Griechenland und Italien). Frankreich hat eine Resolution des UN-Sicherheitsrates verlangt, um die Stationierung von NATO-Friedenstruppen zu ermächtigen. Die USA lehnten dieses rundheraus ab und bestanden auf "ihrer Position, daß die NATO in der Lage sein sollte, unabhängig von den Vereinten Nationen zu handeln", wie Sprecher des Außenministeriums erklärten. Die USA weigerten sich, die Benutzung des "neuralgischen Wortes



"ermächtigen" in der abschließenden Stellungnahme der NATO zuzulassen, weil sie der UN-Charta und internationalem Recht keinerlei Autorität zugestehen wollten; allein das Wort "zustimmen" wurde erlaubt (Jane Perlez, New York Times, 11.2.99).

Gleichfalls war die Bombardierung des Irak ein unverschämter Ausdruck der Mißachtung der UN, bis hin zum genauen Zeitpunkt, und wurde auch so verstanden. Und natürlich gilt dasselbe auch für die Zerstörung der Hälfte der pharmazeutischen Produktion eines kleinen afrikanischen Landes wenige Monate zuvor, ein Vorgang, der gleichfalls nicht anzeigt, daß der "moralische Kompaß" sich von der

Selbstgerechtigkeit entfernt, gar nicht zu reden von einer Bilanz die sofort höchstrangig untersucht würde, wenn Fakten relevant für die Bestimmung dessen wären, was "Gewohnheitsrecht" ist.

So könnte auch ziemlich glaubhaft argumentiert werden, daß die weitere Zerstörung der Regeln der Weltordnung irrelevant ist, gerade so, wie sie ihre Bedeutung in den späten 30ern dieses Jahrhunderts verloren hatten. Die Verachtung der führenden Weltmacht gegenüber dem Rahmen der Weltordnung hat sich dermaßen gesteigert, daß es nichts mehr zu diskutieren gibt. Eine Analyse der internen dokumentierten Aufzeichnungen zeigt, daß diese Haltung bis in die frühesten Tage zurück zu verfolgen ist, sogar bis hin zum ersten Memorandum des neugegründeten Nationalen Sicherheitsrates im Jahre 1947. Während der Jahre unter Kennedy wurde diese Haltung erstmals öffentlich ausgesprochen. Die wesentliche Neuerung der Jahre unter Reagan und Clinton ist, daß die Mißachtung internationalen Rechts und der Charta mittlerweile ganz offen von statten geht. Sie ist auch mit sehr interessanten Argumentationen gestützt worden, die auf den Titelseiten zu lesen wären, und an erster Stelle schulischer und universitärer Lehrpläne stünden, wenn Wahrheit und Ehrlichkeit als wichtige Werte angesehen würden. Mit brutaler Deutlichkeit erklärten die obersten Behörden, daß der Internationale Gerichtshof, die UN und andere Institutionen irrelevant geworden seien, da sie nicht länger den Vorgaben der USA folgen würden, wie sie es noch in den ersten Nachkriegsjahren getan hätten.

Man könnte dann die offizielle Position vertreten. Das wäre eine ehrliche Position, zumindest wenn sie von der Weigerung, das zynische Spiel der selbstgerechten Pose und des Hochhaltens der verabscheuten Prinzipien internationalen Rechts als hoch-

gradig selektive Waffen gegen wechselnde Feinde einzusetzen, begleitet würde.

Während die Reagan-Anhänger bereits zu neuen Ufern aufbrachen, hat unter Clinton die Mißachtung der Weltordnung so zugenommen, daß sogar den Falken zuzurechnende Analytiker in Besorgnis geraten. In der aktuellen Ausgabe von Foreign Affairs, dem führenden Journal der herrschenden Elite, warnt Samuel Huntington davor, daß Washington einen gefährlichen Kurs einschlägt. In den Augen eines Großteils der Welt, wahrscheinlich sogar fast der gesamten, wie er schreibt, sind die USA dabei "zur verbrecherischen Großmacht zu werden", die als "größte, einzelne äußere Bedrohung ihrer Gesellschaften" angesehen würden. Die "Theorie internationaler Beziehungen" der realistischen Schule, so fährt er fort, sagt voraus, daß es zu Koalitionen kommen könne, um ein Gegengewicht gegen diese verbrecherische Großmacht zu setzen.

Aus pragmatischen Gründen sollte deshalb diese Position überdacht werden. Amerikaner, die ein anderes Bild ihrer Gesellschaft bevorzugen, könnten für ein Überdenken aus anderen als pragmatischen Gründen plädieren.

Wie beantwortet all dieses die Frage, was man im Kosovo tun soll? Es läßt sie unbeantwortet. Die USA haben einen Kurs gewählt, der, wie sie ausdrücklich anerkennen, die Greueltaten und Gewalt "vorhersagbar" eskalieren lassen; ein Kurs der auch einen weiteren Schlag gegen das Regime internationaler Ordnung führt, welches den Schwachen wenigstens ein Minimum an Schutz vor räuberischen Staaten bietet. Auf lange Sicht sind die Konsequenzen jedoch nicht vorhersagbar. Eine glaubwürdige Beobachtung ist, daß "jede Bombe die auf Serbien fällt und jeder ethnischer Mord im Kosovo vermuten läßt. daß es für Serben und Albaner kaum möglich sein wird Seite an Seite in einem wie auch immer gearteten Frieden zusammenzuleben" (Financial Times, 27.3.99). Es wurde bereits bemerkt, daß einige der möglichen Langzeitergebnisse außerordentlich häßlich sind.

Ein Standardargument ist, daß wir etwas tun mußten: Wir konnten nicht einfach untätig dabeistehen, als die Greueltaten weitergingen. Das ist niemals wahr. Eine Möglichkeit besteht immer darin, dem hippokratischen Prinzip zu folgen: "Zuallererst, füge kein Leid zu". Wenn es keinen Weg gibt, bei diesem Prinzip zu bleiben, dann tue nichts. Es gibt immer Wege, die in Betracht gezogen werden können. Diplomatie und Verhandlungen sind nie am Ende.

Es ist wahrscheinlich, daß, nachdem die Vorwände des Kalten Krieges ihre Effektivität verloren haben, das Recht auf "humanitäre Intervention" in den kommenden Jahren regelmäßiger in Anspruch genommen wird, vielleicht berechtigterweise, vielleicht nicht. In einer solchen Ära mag es lohnend sein, den Ansichten hochrespektabler Kommentatoren Beachtung zu schenken, ganz zu schweigen vom Internationalen Gerichtshof, der ausdrücklich in dieser Materie urteilte, dessen Entscheidung aber von den Vereinigten Staaten abgelehnt wurde und über dessen Kernpunkte nicht einmal berichtet wurde.

Es dürfte schwer sein, respektablere Stimmen als Hedley Bull oder Leon Henkin in den wissenschaftlichen Disziplinen der internationalen Angelegenheiten und des internationalen Rechts zu finden. Bull warnte vor 15 Jahren davor, daß "einzelne Staaten oder Staatengruppen, die sich zu autorisierten Richtern des Wohlergehens der Welt aufschwingen unter Mißachtung der Ansichten anderer, tatsächlich eine Bedrohung der internationalen Ordnung und damit des wirksamen Vorgehens auf diesem Gebiet darstellten". In einem Standardwerk zur Weltordnung schreibt Henkin: "Druck, der das Verbot der Anwen-

dung von Gewalt aushöhlt, ist bedauerlich, und die Argumente, mit denen die Anwendung von Gewalt in diesen Fällen gerechtfertigt wird, sind gefährlich und überzeugen nicht (...) In der Tat kommen Verletzungen der Menschenrechte nur allzu häufig vor, und wenn es erlaubt wäre, ihre Verletzung durch den Einsatz äußerer Gewalt zu beheben, gäbe es praktisch kein Gesetz, den Einsatz von Gewalt irgendeines Staates gegen irgendeinen anderen Staat zu verhindern. Ich denke, die Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte und dem Beheben anderer Ungerechtigkeiten, muß durch andere, friedliche Maßnahmen durchgesetzt werden, und nicht dadurch, daß der Aggression Tür und Tor geöffnet werden und die grundsätzlichen Fortschritte im internationalen Recht, die Ächtung des Krieges als Mittel der Politik und das Verbot des Einsatzes von Gewalt, zerstört werden."

Anerkannte Prinzipien des internationalen Rechts und der Weltordnung, bindende Vertragsauflagen, Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes, all dieses führt nicht automatisch zur Lösung bestimmter Probleme. Jede Angelegenheit muß für sich betrachtet werden. Diejenigen, die nicht die Standards von Saddam Hussein annehmen, müssen viele Beweise erbringen, um die Androhung und den Einsatz von Gewalt durchzusetzen und damit die Prinzipien der internationalen Ordnung zu verletzen. Vielleicht können diese Beweise erbracht werden, aber das muß gezeigt werden, nicht nur mit leidenschaftlicher Rhetorik vorgetragen werden. Die Konsequenzen solcher Verletzungen müssen genauestens bewertet werden, insbesondere was wir unter "vorhersagbar" verstehen. Und für diejenigen, die wenigstens ein bißchen ernsthaft sind, gilt, daß die Gründe für das Vorgehen analysiert werden müssen, wiederum nicht einfach durch Verherrlichung unserer Führer und ihres "moralischen Kompasses".

(Der Text ist dem Internet entnommen, die Übersetzung fußt auf der Vorarbeit von Lars Stubbe unter http://www.germany.labournet.org/kosovo/chomsky-d.html.)

# Stoppt den Krieg in Europa!



Am 24. März 1999 hat die NATO, und als eines der entschlossensten Mitgliedsländer die Bundesrepublik Deutschland, ohne Mandat der Vereinten Nationen und ohne Kriegserklärung die Bombardierung Jugoslawiens begonnen. Sie führt damit einen Krieg in Europa, von dem schon jetzt der gesamte Balkan betroffen ist - nicht nur als Fluchtgebiete, NATO-Stützpunkte und UCK-Rückzugsgebiete, sondern im Falle Albaniens auch schon als Ort der militärischen Operationen.

Wir verurteilen entschieden die Menschenrechtsverletzungen in Jugoslawien. Durch keinerlei historisches Beispiel ist aber die Hoffnung begründet, durch Luftangriffe der NATO und Unterstützung der UCK könnte die Einhaltung der Menschenrechte im Kosovo erzwungen werden. Wir wehren uns dagegen, dass die Idee der Menschenrechte, deren Verletzung in anderen Ländern kein Anlass für Interventionen der NATO ist, sondern selbst in ihren eigenen Mitgliedsstaaten akzeptiert und in vielen Ländern - etwa durch Waffenlieferungen -

unterstützt wird, dieses Rechtfertigung Krieges und zur Diffamierung seiner KritikerInnen instrumentalisiert wird.

Viele namhafte Personen haben vor diesen militärischen Aktionen gewarnt, denn es war klar vorauszusehen, dass die Reaktion Milosevics auf die Bombardierung nur eine noch stärkere Verfolgung der albanischstämmigen Kosovaren und die

Bedrohung der militärisch schwächeren Nachbarländer sein konnte. Mit den zwanzig bis fünfzig Milliarden Mark, die dieser Krieg nach amerikanischen Schätzungen kosten wird, wären mit Sicherheit andere Maßnahmen zur Lösung des Kosovo-Problems möglich gewesen.

Noch vor kurzem galt der Europäischen Union diese Region als so sicher, dass ihre Flüchtlinge abgelehnt und dorthin zurück geschafft wurden. Das Elend albanischer Flüchtlinge, die unter Lebensgefahr versuchten, die italienische Küste zu erreichen, entsprach offizieller EU-Politik. Die Behauptung, die Abwendung einer "humanitären Katastrophe" stünde im Mittelpunkt, können wir auch nicht nachvollziehen, wenn zugleich offenbar keinerlei Planung für die kriegsbedingten Flüchtlingsströme existierte. Warum wurde erst so spät über tatsächlich humanitäre Hilfe beraten, warum konferierten die EU-Außenminister erst nach ganzen zwei Wochen? Es ist menschenverachtend, wie die NATO- Länder nun um Aufnahme der Flüchtlinge feilschen.

Wir haben kein Verständnis für die deutsche Beteiligung an diesem Krieg. Es erschüttert uns, dass unter den ersten Zielen der Bombardierung die Orte Pancevo, Kraljevo und Kragujevac gemeldet wurden - Orte der fürchterlichsten deutschen Kriegsverbrechen, von denen auch die Wehrmachtsausstellung in vielen Städten unseres Landes berichtet hat.

Eine Forderung, die wir jetzt stellen, ist die nach sofortigem Stopp der Bombardements. Nichts hindert die NATO daran, die Bombardements auszusetzen. Um vom Krieg wieder zu Verhandlungen zurückzukehren, ist jede der Kriegsparteien aufgefordert, den ersten Schritt zu tun. Die NATO darf sich hier nicht ausnehmen. Insbesondere wenn sie sich für moralisch überlegen hält, muss sie den Waffenstillstand beginnen.

Am 24. April hat die NATO sich eine neue Strategie gegeben, nach der sie sich künftig selbst unabhängig vom UN-Sicherheitsrat das Mandat zu militärischen Interventionen erteilen will. Wir stellen fest, dass sich die NATO - offenbar im Vorgriff auf diese Strategie - bereits heute unter Umgehung der UNO selbst mandatiert hat. Sie führt deshalb nicht nur einen Kampf gegen Slobodan Milosevic, sondern auch einen Machtkampf mit UNO und OSZE. Um die neue Macht, die die Regierungen der NATO erteilt haben, nicht wieder zu verlieren oder gar die neuen Strategie zu gefährden, sind die Staaten der NATO nun anscheinend nicht interessiert, die Entscheidungsgewalt wieder in die Hände der UNO zu geben.

Die Bundesrepublik Deutschland hat so z.B. auch Madeleine Albright - wesentliche Mitverantwortung für die politische Situation auf dem Balkan. Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat marodierende und separatistische Gruppierungen in Jugoslawien schon zu Titos Zeiten unterstützt, die alte Bundesregierung hat schließlich mit der frühzeitigen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens den Zerfall Jugoslawiens offen gefördert.

Die SPD, die nun zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert einem deutschen Kriegsbeitritt auf dem Balkan zugestimmt hat, hätte auch aus ihrer eigenen Geschichte lernen müssen. Tut nun den Schritt, einen Frieden in Europa zu ermöglichen! Es ist unglaublich, dass von alten Hardlinern der CDU und dem Kanzler des NATO-Doppelbeschlusses, Schmidt, heute aufgeklärtere Stellungnahmen zu hören sind als von der auch aus Teilen der Friedensbewegung entstandenen Partei der Grünen. Wer in den 80er Jahren mit Hunderttausenden Gleichgesinnter gegen Cruise Missiles in Europa demonstriert hat, darf nicht dann damit werfen, wenn er selbst näher am Drücker sitzt. Stoppt diesen Krieg jetzt, bevor er sich noch weiter ausweitet.

Diesem Appell hat sich die Mitgliederversammlung des BRSD einstimmig angeschlossen.

# Die Revolution heute und morgen

Wenn ich über Revolution spreche, muß ich insbesondere über die Revolution in Nicaragua sprechen, weil es mir beschieden war, sie mitzuleben. Und weil ich außer Revolutionär noch Priester bin (wenn auch ein vom Vatikan bestrafter), werde ich auch über die Befreiungstheologie sprechen. Ich denke, daß die Bezeichnung "Befreiungstheologie" schlecht gewählt ist, und daß man besser, Revolutionstheologie" sagen sollte. Dann würde man nicht so oft fragen, was "Befreiungstheologie" bedeutet, weil jedermann weiß, was eine Revolution ist, sowohl ihre Befürworter als auch ihre Gegner. Niemand muß fragen, was eine Revolutionstheologie ist. Und niemand müßte fragen, wie man jetzt so oft fragt, warum der Papst gegen diese Theologie ist, da wir doch alle wissen, daß der Papst gegen jedwede Revolution ist.

Der Papst hatte Unrecht, als er auf seinem Flug mit der Alitalia zu seinem zweiten Besuch in Nicaragua den Journalisten sagte, daß von der Befreiungstheologie nun keine Gefahr mehr ausginge, weil es in Europa keinen Kommunismus mehr gäbe. Darauf antwortete Bischof Casaldaliga aus Brasilien, solange es Arme gäbe, gäbe es die Befreiungstheologie.

Hat der Fall der Berliner Mauer etwa bewirkt, daß es keine Armen mehr gibt? Oder glaubt der Papst etwa auch an das "Ende der Geschichte", was zugleich das Ende der Heilsgeschichte bedeuten würde?

Die Befreiungstheologie hatte marxistische Einflüsse und ist in einigen Punkten eine marxistische Theologie. Aber das heißt nicht, daß diese Theologie wegen des Scheiterns des real existierenden Sozialismus in eine Krise geriete. Denn einerseits war der sogenannte real existierende Sozialismus eine Perversion des Marxismus. Im Christentum gab es ebenfalls Perversionen des Evangeliums, die monströser waren als irgendeine Perversion der Lehre von Marx: Grausamere Verbrechen (Kreuzzüge, die Inquisition), skandalöseren Sittenverderbnis (die Renaissancepäpste). Und dennoch bleibe ich Christ. Und ebenso bleibe ich Marxist. Ich glaube weiterhin an den Sozialismus.

Andererseits hat die kapitalistische Presse in der ganzen Welt das Scheitern des Sozialismus verkündet. Aber sie verschweigt das Scheitern des Kapitalismus, das noch viel größer ist. Der Kapitalismus war nur für 20% der Menschheit ein Erfolg, oder für 10%. Für die Dritte Welt, für die Mehrheit, die nun mal die armen Länder ausmachen, und für Armen in den reichen Ländern, ist der Kapitalismus eine Katastrophe. Und das Scheitern des Kapitalismus ging dem Scheitern des Sozialismus voraus. Und daher können wir folgende Differenzierung vornehmen: Es ist der falsche Sozialismus, der gescheitert ist, nicht die Verwirklichung des echten Sozialismus. Hingegen ist der Kapitalismus, der gescheitert ist, der echte Kapitalismus, und nicht der falsche Kapitalismus. Der Sozialismus scheiterte, weil er nicht verwirklicht wurde. Der Kapitalismus scheiterte, weil er verwirklicht wurde. Und vor genau zwei Wochen gab das Magazin Newsweek zu. daß der globale Kapitalismus die armen Länder destabilisiert und den reichen Ländern große Verluste beibringt.

Und der Sozialismus der unterging, war ganz gewiß nicht in jeder Hinsicht schlecht. Er verzeichnete viele Erfolge auf den Gebieten Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Grundversorgung und viele, die sich von ihm abwandten bereuen dies bereits. Das Magazin Time sagt folgendes über den neuen Kapitalismus in der ehemaligen Sowjetunion: "Es ist eine traurige Tatsache, daß Moskau nicht anders als die wohlhabenden Hauptstädte im Westen wahrscheinlich in Zukunft für viele Jahre dazu verdammt sein wird, einen hohen Prozentsatz an Besitzlosen, Obdachlosen und Arbeitslosen zu beherbergen als schmerzhaften Preis, der für die Früchte des freien Unternehmertums zu bezahlen ist."

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß jener Sozialismus keines natürlichen Todes gestorben ist, sondern, wie es dasselbe Magazin Time bei anderer Gelegenheit enthüllte, war der Untergang dieser Regime das Kind einer "heiligen Allianz" von Reagan und dem Papst. Der Vatikan ging mit dem CIA ins Bett, um es mit den Worten der katholischen nordamerikanischen Zeitung National Catholic Reporter auszudrücken.

Diese "Heilige Allianz" war ebenfalls gegen Nicaragua gerichtet. Seine beiden Hauptfeinde waren Reagan und der Papst.

Unsere beiden Feinde fühlten sich auch bei unserer Wahlniederlage als Sieger. Aber das Debakel im Osten hat mit unserer Wahlniederlage in Nicaragua nichts zu tun. Der Osten war nicht unser Vorbild gewesen.

In Wahrheit gab es bei der Revolution in Nicaragua bereits einige Jahre, bevor Gorbatschow dieses Wort in der Öffentlichkeit gebrauchte, eine Perestroika. In Nicaragua gibt es etliche, die halb im Scherz (und halb im Ernst) sagen, daß er die Perestroika von Nicaragua kopiert hätte.

In Wahrheit hatte sich die sandinistische Revolution von Anfang an dem Vielparteiensvstem, einer gemischten Wirtschaftform (Sozialismus und Privatwirtschaft), der Demokratie sowie der uneingeschränkten Achtung der Menschenrechte, der Pressefreiheit und freien Wahlen verschrieben.

Zu der Zeit. als die sandinistische Revolution im Volk aufkam, kam in Nicaraga auch die Befreiungstheologie auf. So geschah es, daß der Sandinismus, der eine marxistische Revolution war, auch zu einer christlichen Revolution wurde. Eine Revolution von Marxisten und Christen oder von christlichen Marxisten wie in meinem Fall und dem vieler mehr, an der sich ebenso andere beteiligten, die weder Marxisten noch Christen, sondern einfach Revolutionäre waren.

Pater Teilhard de Chardin hatte vorhergesagt, daß sich Christen und Marxisten eines Tages auf dem Höhepunkt begegnen würden. Auf dem Höhepunkt des Christentums und auf dem Höhepunkt des Sozialismus vermute ich. Und diese Begegnung fand in Nicaragua statt. Es ereignete sich das, von dem Graham Green auf einem Treffen von Schriftstellern aus der ganzen Welt 1988 in Moskau sagte – und dabei sah er Michail Gorbatschow fest in die Augen: "In Mittelamerika wird der Widerspruch zwischen Christentum und Marxismus zu Grabe getragen."

Die südamerikanischen Bischöfe beklagten sich beim Papst darüber, daß das
sandinistische Nicaragua sich in ein Mekka
aller Befreiungstheologen verwandelt habe.
Und damit hatten sie vollkommen recht. Einer dieser Theologen, Jose Maria Vigil, sagte, daß Nicaragua ein Symbol sei, und daß
über den symbolischen Wert von Nicaragua hinaus die Sache der Armen auf dem
Spiel stünde, und damit die Sache von Jesus. Ein anderer Arturo Paoli, sagte über
Nicaragua: "Ich habe zum ersten Male gesehen, daß das einfache Volk weder Angst
noch Haß angesichts einer Militäruniform
empfindet."

Und Leonardo Boff sagte, daß es das einzige Land sei, in dem er Lebensfreude gesehen habe.

Trotz alledem ist die Revolution in Nicaragua gescheitert. Zuerst kam die Wahlniederlage. Diese war zutiefst der Einmischung der Regierung der Vereinigten Staaten geschuldet (Krieg und Wirtschaftsblockade); ohne daß ich die Fehler und Sünden abstreiten möchte, die wir begingen, als wir die Macht ausübten, aber dies waren keine ausschlaggebenden Faktoren.

Am schlimmsten war das, was danach kam. Jene Niederlage hat die Mehrheit der hohen Führer demoralisiert und korrumpiert. In einigen Fällen raubten sie Millionen von Dollars.

Die sandinistische Partei hörte auf revolutionär zu sein. Deshalb wandten sich viele – so wie ich – von ihr ab. Heute stehen wahrscheinlich 80% der Sandinisten außerhalb der Partei.

Heute ist die Mehrheit der Jugend in Nicaragua apathisch, unpolitisch, enttäuscht, ohne Glauben an irgendeine Partei oder irgendeinen politischen Führer, ohne andere als private Interessen: ihren wirtschaftlichen Wohlstand oder ihre Vergnügungen.

Ich halte fest: Die Befindlichkeit der Jugend von Nicaragua ist die der Jugend von ganz Lateinamerika, und zu einem großen Teil, wie ich glaube, die der Jugend der ganzen Welt. Überall machen die Linken und die Volksbewegungen eine Krise durch. In fast allen Ländern Lateinamerikas haben die Rechten gesiegt, und das bei Volkswahlen. Das Volk hat Regierungen gewählt, deren Politik gegen das Volk gerichtet ist. Und in einigen Fällen hat das Volk sie sogar wiedergewählt. In Bolivien gelangte jetzt ein Diktator, der bereits vor Jahren gestürzt worden war, wieder an die Macht, weil das Volk für ihn gestimmt hatte.

Warum? Ich meine: Weil das Volk manipulierbar ist. Mehr noch: Weil es zumeist manipuliert wird. Rufen wir uns ins Gedächtnis, wie vieleTyrannen und Despoten der Geschichte an die Macht gelangten, weil das Volk sie gewählt hatte. Wahlen sind keine Garantie für den Triumph von Wahrheit und Gerechtigkeit.

Und wir haben einen Fall in der Bibel, in der Gott die Wahlen verloren hat: als er der König Israels bleiben wollte, der er seit der Befreiung aus Ägypten war, und das Volk sich für einen anderen König entschied.

Wie ich Ihnen sagte: Die Jugendlichen stehen jedem sozialen und politischen Wandel gleichgültig gegenüber. Ebenso die meisten Völker. Oder sie sind gegen diesen Wandel.

Das bedeutet, daß die Revolutionen, die revolutionären Bewwegungen und die revolutionären Zustände in der Krise sind. Gibt es einen Ausweg?

Es gibt viele. die sich fragen, ob es einen Ausweg gibt. Es gibt welche, die sagen, daß es keinen Ausweg gäbe. Ich glaube fest daran, daß es einen Ausweg gibt. Weil ich nicht glaube, daß Wir auf wissenschaftlicher Grundlage davon ausgehen müssen, daß die menschliche Evolution, in einer Gesellschaft von Wölfen gipfeln wird. Aus menschlichen Wöhfen für Menschen, weil Wölfe untereinander sich nicht wie Wölfe verhalten, sonst wären sie längst ausgestorben.

Es entbehrt ebenfalls einer wissenschaftlichen Grundlage zu glauben, daß der Egoismus endgültig siegen wird. Der Egoismus hat die menschliche Gesellschaft nur während der letzten 10.000 Jahre beherrscht und zwar seitdem es Privateigentum gibt.

Aber seitdem Leben auf diesem Planeten existiert, trieb Kooperation, nicht Wettstreit die Evolution voran. Die Frage lautet jetzt: Wo ist der Ausweg?

Ich meine, daß der Ausweg die Befreiungstheologie ist. Warum? Weil der Ausweg im Glauben liegen muß.

Aber es gibt verschiedene Arten von Glauben. Es gibt einige Glaubensformen, die schädlich und sogar destruktiv sind, wie diese, die zu kollektivem Selbstmord führen. Es gibt einen rein spirituellen Glauben. der unfähig ist die Welt zu verändern. Der einzige Weg ist der Glaube an die Revolution, der identisch ist mit dem Glauben

EL Flaco

an das Königreich, oder genauer übersetzt; an das Reich Gottes. Zu Lebzeiten von Christus hatte der Begriff Königreich dieselbe subversive Bedeutung wie in unserem Zeitalter das Wort Revolution.

Dieser Glaube an die Theologie und Mystik der Revolution ist es, der wieder Hoffnung spenden kann. Mit diesem Glauben können wir wieder von Sozialismus sprechen.

Der Sozialismus existiert, weil wir Kinder Gottes sind. Will sagen, weil wir Brüder sind. Und Gott uns als Sozialisten geschaf-

fen hat. Die Menschheit war sozialistisch, bis Privateigentum aufkam. Deshalb hat Leonardo Boff völlig recht, wenn er sagt: "Die sozialistischen Ideale sind in den tiefsten Schichten dieses "politischen Tieres" verwurzelt, das der Mensch ist. Von hier aus nähren sich gefährliche Utopien."

Heute wagen es viele nicht, von Marxismus zu sprechen, und noch weniger von Kommunismus, nicht einmal von Sozialismus. Aber ich habe beobachtet, daß unter den Linken, die sich nicht vom Debakel in der Sowjetunion und in Osteuropa haben

entmutigen lassen, in der Regel die Christen zu finden sind. Die Letzten, die zum Marxismus kamen, sind die, welche ihr unverbrüchliches Vertrauen in ihn bewahrt haben.

In Managua besuchte mich ein Spanier, der mir erzählte, daß er bis vor kurzem in der kommunistischen Partei gewesen sei, und daß er verwirrt und verzweifelt sei, und wissen wol1e, an was er glauben oder worauf er hoffen solle, er wolle irgendeine Orientierung. Ich habe überall diese Verwirrung gesehen, aber nicht unter den christlichen Marxisten oder Revolutionären und den Befreiungs- bzw. den Revolutionstheologen.

Ich glaube, daß es für Christen keine Alternative zum Sozialismus gibt. Ich glaube, daß das 21. Jahrhundert einem neuen Marxismus und einem erneuerten Christentum gehören wird. Einem christlichen Marxismus.

Das Christentum hat immer die Bekehrung gepredigt. Aber die Bekehrung des Herzen reicht nicht aus weil die Ungerechtigkeit nicht allein im Herzen existiert, sondern auch in der Gesellschaft. Man muß auch das System bekehren. Zusammen mit dem Herzen, versteht sich, denn wie Mao sagt, der Klassenfeind ist auch im Innern von jedem Einzelnen.

Ist es utopisch zu glauben, daß der Egoismus verschwindet? Das wäre so, als würde man glauben, daß das Evangelium eine Utopie sei. Ein marxistischer atheistischer Spanier sagte einmal, daß er nicht verstünde, warumdie Christen nicht glaubten, daß der menschliche Egoismus einmal verschwinden würde, wo sie doch an etwas glaubten, was viel schwerer zu glauben wäre, nämlich an die Wiederauferstehung des Fleisches.

Es war an der Zeit, daß Christen und Marxisten auf dem Höhepunkt zusammenkamen, wie Chardin gesagt hatte. Und wenn er von der "Mystik des Morgen" spricht, ist es das, worauf er anspielt. Wir sind spät zum Marxismus gekommen, aber wir sind gekommen, um dabei zu bleiben. Besser gesagt: Wir sind einfach zu unseren Wurzcln zurückgekehrt. Hat nicht Engels nachgewiesen, daß die Verachtung weltlicher Genüsse und die Kasteiung des Fleisches im Urchristentum ein Protest gegen die Reichen waren?

Pater Cardonel hatte unsere Ursprünge wiedererkannt, als er nach seiner Rückkehr aus China erklärte: "Ich habe den Eindruck, gesehen zu haben, was aus unserer Christenheit hätte werden können, wenn sie die Lehren Christi ernst genommen hätte."

Vom Kommunismus kommen wir her. Unsere heiligen Quellen, die Kirchenväter, sind kommunistisch. Sainkt Gregor von Nisa sagt, daß am Anfang "Mein und Dein, diese verhängnisvollen Wörter, fremd-waren." Und Sainkt Basilius: "Eine perfekte Gesellschaft ist die, welche jegliches Privateigentum ausschließt." "Alle Dinge auf der Welt sollten zum gemeinsamen Gebrauch sein", sagt Clemente Romano Und Sankt Ambrosius von Mailand: "Unser Herr hat gewollt, daß diese Erde der gemeinsame Besitz aller Menschen sei." Und Chrysostomus: "Die Gütergemeinschaft ist eine der menschlichen Natur adaquatere Lebensform als das Privateigentum." Und das waren nicht nur Worte. Es war auch die Lebenspraxis der ersten christlichen Gemeinden. Laut Engels haben sie die modernen revolutionären Bewegungen inspiriert.

In Nicaragua hat die sandinistische Revolution die Wahlen verloren - es ist eben so, daß wir wie Jesus immer der Niederlage ausgesetzt sind. Und wir müssen kämpfen wie ER, ohne die Gewißheit des sofortigen Sieges. Aber mit der Gewißheit eines endgültigen Sieges - wenn wir auch nicht wissen, wann. Früher, im Kampf der Marxisten, pflegte man einen historischen Optimismus, eine wissenschaftliche Gewißheit des sofortigen Sieges der Klassen des Volkes. Die, die sich allein auf diese Überzeugung stützten, konnten nach der Niederlage von ihrem revolutionären Kampf ablassen. Aber nicht jene, die kämpften, weil es für eine gerechte Sache war, die Sache der Liebe, die unabhängig von Sieg oder Niederlage ist.

Der Theologe Giulio Girardi hat gesagt: "Gott weiß genau, daß ER selbst mit seinem Volk eine Niederlage erleiden kann, und daß dies tatsächlich viele Male eintreten wird." Ein anderer Befreiungstheologe, Jose Maria Vigil: "Wir sind die geschlagenen Soldaten einer unbesiegbaren Sache."

Ich habe von einer weltweiten Krise der Linken gesprochen. Aber man muß zugeben, daß sich überall Zeichen der Hoffnung zeigen. In diesen Zeiten, bringt die Evolution wie nie zuvor überall Personen hervor, die einen Wandel wünschen, Männer und Frauen, die nichts anderes verkörpern als die Evolution, die vorvärts schreitet und die Evolution, die mehr und mehr ins Bewußtsein dringt. Wir sind das Ergebnis eines Prozesses, der mit dem Big Bang einsetzte. Zuerst waren da die Bestandteile der Atome. Sie schlossen sich zu Atomen zusammen, und die Atome zu Molekülen. Die Moleküle, die immer größer wurden, bildeten Zellen Und die Zellen, die zuerst für sich alleine waren, schlossen sich zu immer größeren und komplexeren Organismen zusammen, bis es zu einem Organismus von der Komplexität des menschlichen Bewwußtseins kam. Und die Menschheit evolutionierte, indem sie sich zu immer komplexeren Gesellschaften zusammenschloß. Und es wäre unwissenschaftlich zu glauben, daß wir bereits am Ende der Evolution angelangt sind. Den Menschen gibt es erst seit einer oder vielleicht seit 2 Millionen Jahren. Der Homo sapiens ist weniger als 100.000, einige glauben, etwa 60.000 Jahre alt. Pferde hingegen gibt es seit 60 Millionen Jahren. Die Zivilisation beginnt vor kaum 10.000 oder 12.000 Jahren mit der Erfindung des Ackerbaus und der Domestizierung von Tieren sowie dem Privateigentum. Ich frage: Können wir uns vorstellen, wie die Menschheit in 10.000 Jahren sein wird? Und in 100.000 Jahren? Und in einer Million Jahren? Wie kann man dann behaupten, daß wir am Ende der Utopien angelangt seien?

Das Reich Gottes wird vom Heiligen Matthäus das Himmelreich genannt, weil die jüdischen Sitte es gebietet, den Namen Gottes aus Respekt nicht zu erwähnen. und nicht weil es nicht von dieser Welt wäre. Christus hat in all seinen Predigten nur ein Thema gehabt: Das Kommen dieses Reiches. Er hat nicht sich selbst gepredigt, nicht Gott, sondern das Kommen des Reiches. Dieses Reich (oder die Himmelsrepublik) ist eine Gescllschaft voller Gerechtigkeit, Brüderlichkeit, Liebe. die es hier auf dieser Welt geben wird. Aber die nicht auf dieser Welt enden wird. "Das Königreich ist ein anderer Name für die vollständige Revolution," sagt Leonardo Boff.

Ich glaube an das Himmelreich, daß auf dieser Erde sein wird, aber ich glaube auch an den Himmel. Weil es ausreicht, daß wir des Nachts nach oben schauen, um es zu erblicken. Es sind diese Millionen Sterne mit bewohnten Planeten, auf denen es wie bei uns Evolutionen und Revolutionen gibt. Die Erde und der ganze Kosmos, die Gemeinschaft der bewohnten Planeten, das ist das Himmelreich.

Dieser Text entspricht dem Vortrag Cardenals am 4.10.1998 im Goethe-Institut der Stadt Staufen zur Eröffnung der Staufener Kulturwochen.

### **Ernesto Cardenal**

In der Person des südamerikanischen Befreiungstheologen, Dichters und Revolutionärs Ernesto Cardenal verbinden sich Religiosität und politisches Engagement auf wunderbare Weise. Der Anhänger der Gewaltlosigkeit bekennt sich zum gerechten Krieg der Armen, er ist der Prototyp des Vertreters eines revolutionären Christentums.

1925 in wohlhabenden Verhältnissen in Nicaragua geboren, beteiligt er sich nach Studien in
Mexiko und den USA 1954 in senem Heimatland an der gescheiterten Rebellion gegen den
Diktator Somoza und muß ins Gefängnis. 1957
tritt er in ein nordamerikanisches Trappistenkloster ein und veröffentlicht in den folgenden Jahren eine Reihe von ersten Gedichtbänden. 1965
erhält er in Managua die katholische Pristerweihe und gründet mit Freunden die bald weltberühmte Kommune Solentiname auf dem
gleichnamigen Inselarchipel im Nicaragua-See.

In den 70er Jahren kämpft er als Mitglied der Sandinistischen Befreiungsfront (FSNL) wieder gegen die Diktatur des Präsidenten Somoza und muß 1978 ins Exil nach Costa Rica. 1979 nach dem Sturz Somozas, wird er Kultur- und Erziehungsminister der sandinistischen Regierung (Kampagne"Kultur für das ganze Volk"). 1985 suspendiert die katholische Kirche ihn vom Priesteramt, 1988 löst die zunehmend autoritär-orthodoxer werdende sandinistische Führung sein Kulturministerium auf, 1994 tritt er aus der FSNL des Danlel Ortega aus. Seither widmet er sich wieder verstärkt seiner Dichtkunst und der Arbeit mit den Ärmsten, vor allem in Solentiname.

1980 wurde Ernesto Cardenol mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet. Sein bisher umfangreichstes lyrisches Werk, "Cantico Cosmico", erschien 1989.

# Kann denn Mammon christlich sein?

Kann denn Mammon christlich sein? Nein, aber es kann Menschen geben, die ihr Geld für "christliche Zwecke" einsetzen.

Gerade heute ist mir ein solcher Mensch bei uns in Brandenburg begegnet: Als Bäckermeister in Schwante nördlich von Berlin hat er unsere Fördermöglichkeit "Arbeit durch Arbeitssicherheit" benutzt, um die Arbeit für seine 18 Mitarbeiter (6 Azubis) zu erleichtern und die Arbeitsbedingungen zu verbessern: Die Beschickung des Backofens wurde durch technische Hilfen so vereinfacht, dass die körperliche Belastung deutlich reduziert wird; die Absauganlagen führen zu weit geringerer Staubbelastung für die Bäcker und die Hitzebelastung im Backraum konnte erheblich reduziert werden. Die Arbeiten waren natürlich mit erheblichem zusätzlichen Arbeitsaufwand für den Meister verbunden, aber zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für seine Mitarbeiter wurde es gemacht! Die Ergebnisse präsentierte der Meister uns in einem Kirchgemeinschaftsraum neben der Bäckerei, für den er verantwortlich ist und in dem er als Mitglied des Gideonbundes Menschen zum christlichen Glauben führen will. Auch wir bekamen eine kleine Ausgabe des Neuen Testaments geschenkt. Das missionarische Engagement des Meisters erstreckt sich besonders auf Jugendliche: Im letzten Sommer hat er ein Feriencamp für etwa 100 Jugendliche organisiert und finanziert unter dem Motto "Ägypten". Neben Abenteuern und Spielen war Wortverkündigung ein wichtiger Baustein des Programms, Der junge Mann setzt viel Kraft und Geld ein, um nicht nur sich und seiner Familie zu nützen – das auch! -, sondern auch seinem Dorf und den Menschen seiner Umgebung!

Also - es gehtl

Warum klappt es so selten?

Uns im Osten fehlt das Einüben. In meinem Leben spielte das Geldhaben eine völlig untergeordnete Rolle: Im Krieg geboren, lebte ich in der Nachkriegszeit im zerstörten Berliner Zentrum unter Bedingungen, wo wenig Geld da war. Durch Hilfe innerhalb der Familie und zwischen den Nachbarn wurde die Not verringert.

In der DDR spielte für uns das Geld ebenfalls kaum eine Rolle: Alle konnten ihre Grundbedürfnisse (staatlich subventioniert) mit dem relativ geringen Einkommen aus Erwerbstätigkeit befriedigen, bei noch dazu nur sehr geringen Unterschieden zwischen Akademikern und Arbeitern. Luxusgüter waren nur in geringem Maße verfügbar, teuer und schwer zu bekommen.

Für einen Facharbeiter konnte z.B. ein mit Erfolg absolviertes Ingenieurstudium dazu führen, dass sich sein Gehalt verringert! Das Geld konnte also kaum der Motor sein für das Streben nach mehr Ausbildung und Karriere.

Auch in den "Nischen" der DDR-Gesellschaft, z. B. in "meiner" Berliner Domkantorei, einem kirchlichen Oratorienchor, kamen wir mit sehr wenig Geld zurecht!

Die Hörer wurden aufgefordert, bei Oratorienkonzerten eine angemessene Kollekte zu geben, weil wir lange keine Eintrittskarten drucken und verkaufen durften – und das klappte. Wir konnten mit den Eintrittsgeldern, geringen Zuschüssen der Kirche und bescheidenen Spendengeldern der Mitglieder und Hörer über Jahrzehnte anspruchsvolle Oratorienaufführungen, Chorfreizeiten, Chorfahrten gestalten. Sogar ein Chorfreizeitheim auf Rügen wurde in verfallenden Kirchengebäuden in jahrelanger Wochenendarbeit mit wenig Geld geschaffen. Unsere Richtschnur war, "am Geld darf es nicht scheitern" – und es scheiterte auch nicht daran! Wer weniger bezahlen konnte, als unsere Unternehmungen kosteten, der zahlte weniger!

Im kleinen Kreise hat dieser Ansatz funktionieren können.

Der große Gesellschaftsansatz des real existierenden Sozialismus ist gescheitert. Das System hat mit geringer Produktivität das Land mit seinen Ressourcen zugrunde gewirtschaftet. Auch die Veränderung des Denkens der Menschen hat nicht funktioniert: Das Volkseigentum war ihnen nichts wert; gepflegt wurde nur die eigene kleine Datsche – der Dreck kam in den volkseigenen Wald.

Anders die Entwicklung im westlichen Teil Nachkriegsdeutschlands.

Beim Wirtschaftswunder spielte Geld eine erhebliche Rolle - es wurde bei phantastischem Wirtschaftswachstum erwirtschaftet und verteilt! Die Unternehmen wollten verdienen, aber gleichzeitig auch für ihre Belegschaft sorgen, von Ausbildung, über Tariferhöhungen bis zu Alterversorgungsaufstockungen. Im Grundgesetz der Bundesrepublik wurde das Sozialstaatsgebot festgeschrieben (nicht die Marktwirtschaft!). Im Bundessozialhilfegesetz wurde sogar einvernehmlich von allen Parteien beschlossen, dass das Existenzminimum für jeden Menschen bei uns aus Steuermitteln sichergestellt werden sollte, wenn seine Familie oder er selbst es nicht bestreiten können - unabhängig davon, wodurch diese Armut bedingt war.

Das war einmal Konsens!

Inzwischen sind viele Jahre ins Land gegangen, die die Gesellschaft verändert haben: Es waren nicht mehr so viele Zuwächse zu verteilen, die Ansprüche stiegen, die Verteilungsgerechtigkeit blieb auf der Strecke. Seit 1982 sind die Reallöhne und -Gehälter etwa gleich geblieben, die Einkünfte aus Unternehmensgewinnen aber um 120 % gestiegen! "Shareholdervalue"-Denken bestimmt das Denken vieler: Wo ich mit meinem Geld die größten Gewinne mache, setze ich es ein, egal mit welchen Mitteln diese Gewinne zustande kommen! Beim Steuernzahlen sieht ieder zu, wie er sich drücken kann. Besteuerung wird als Wegnahme von Geld, das einem eigentlich zusteht, begriffen. Steuerhinterziehung gilt als Kavaliersdelikt.

Der Seniorchef des Otto-Versandhauses wirtschaftete sein Berufsleben lang nach dem Motto seines Vaters: "Behandele deine Leute gut und zahle anständig Steuern". Das geht doch heute nur noch als Witznummer durch – soweit sind wird gekommen!

Wie ist die Veränderung der Gesellschaft möglich geworden?

Sowohl die Individuen als auch der Staat haben sich in die unsolidarische Richtung entwickelt – wir müssen diesen Prozess anhalten, ihn umkehren!

Wir müssen von oben und von unten daran arbeiten. ...und wir sind dabei!

Beispiel Gesundheitsreform:

Seit Bismarck wird die Behandlung im Krankheitsfall durch Krankenkassenbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer solidarisch finanziert. Eingezahlt wird von allen abhängig Beschäftigten bis zu einer Grenze, der Beitragsbemessungsgrenze. Leistungen bekommt der, der krank ist, nicht derjenige, der viel eingezahlt hat! 80 % des Geldes wird für 20 % der Patienten eingesetzt, nämlich chronisch Kranke und Behinderte, die zum Teil lebenslang intensive medizinische Betreuung brauchen.

Durch die christlich liberale Bundesregierung wurden in den letzten Jahren
Veränderungen zur Kostendämpfung
durchgesetzt, die exemplarisch dazu beitrugen, die solidarische Krankenversicherung
auszuhöhlen: Jugendliche wurden für ihr
ganzes Leben von der Versorgung mit
Zahnersatz ausgeschlossen! Es wurden Elemente der privaten Krankenversicherung in
die gesetzliche Krankenversicherung eingeführt: z.B. Beitragsrückerstattung: Der Gesunde bekommt am Jahresende einen Teil
der Beiträge zurückerstattet – obwohl die
Kassen ohnehin akute Finanzierungsnöte

Dem Gesunden wird damit signalisiert, dass er eben doch Beiträge in Abhängigkeit von seinem Gesundheitszustand zahlt: Die Kranken mehr, die Gesunden weniger! Genau das Gegenteil ist das Prinzip der gesetzlichen Krankenversicherung!

haben, das Geld also offenbar nicht reicht!

All diese Regelungen sind glücklicherweise unter der Rot-grünen Bundesregierung sofort rückgängig gemacht worden. Denn mein größtes Problem bei der Entwicklung des Denkens der Menschen ist, dass man sich an solche Gedankengänge sehr schnell gewöhnt: Wenn ich gesund bin, muss ich doch Geld zurückbekommen – das ist mein gutes Recht. Macht das jemand rückgängig, wird es empfunden als Wegnahme von Zustehendem. Schon haben wir wieder einen kleinen Schritt auf dem Weg hin zu einer unsolidarischen Gesellschaft gemacht.

Ich hoffe von Herzen, dass es uns gelingt, durch gerechtere gesetzliche Regelungen im Steuerbereich, im Gesundheitsbereich, im Arbeitsbereich, beim Familienleistungsausgleich mehr soziale Gerechtigkeit von oben zu schaffen. Aber wichtig ist, dass diese Entwicklung auch im Empfinden eines jeden Menschen mitvollzogen wird. Im Kleinen muss jeder das Seine tun – zusätzlich zu den gesetzlichen Weichenstellungen.

Was wünsche ich mir von meiner Kirche?

Ich wünsche mir die Vorbildwirkung meiner Kirche in diesem Prozeß:

- Vorleben von Verteilungsgerechtigkeit in der Kirche: Verringerung der enormen Einkommensdifferenzierung zwischen Pastoren, Kantoren, Gemeindehelfern; eine andere Verteilung der Arbeit zugunsten der Einstellung junger Leute.
- 2. Betreiben von Einrichtungen mit hoher wirtschaftlicher Effizienz, um vorzuleben, wie man mit erwirtschafteten Gewinnen umgeht: Beschäftigung Benachteiligter, Wahrnehmung der Verantwortung für Ausbildung und Arbeitsförderung.

Wir brauchen maßgeblich die guten Beispiele, um zu zeigen, daß es geht:

Der Mammon ist nicht christlich, es bedarf großer Mühe und guter Beispiele, um ihn "christlich wirken" zu lassen.

Die sozialdemokratische Politikerin Regine Hildebrandt hielt im Februar 1999 in Hamburg diesen Vortrag.

# Wo die DDR fast demokratisch war

Die ostdeutschen Betriebe waren recht offen für Kritik von innen, doch jetzt hat wieder Duckmäusertum Einzug gehalten

Immer wieder wird die mangelnde Demokratiefähigkeit der Ostdeutschen beklagt. Die Menschen hätten früher, so wird zur Begründung angeführt, einfach nicht die Möglichkeiten gehabt, die Spielregeln von offenen und pluralistischen Gesellschaften einzustudieren. Bei dieser Argumentation werden allerdings wichtige Aspekte übersehen. Im politischen Leben der DDR gab es in der Tat kaum pluralistische Elemente. Aber es gab Nischen, in die sich kritische Menschen zurückziehen konnten; eine Nische war die Kirche, die vielen kritischen Initiativen Raum gab.

Fast schon vergessen ist, daß auch viele Betriebe bedeutende Nischen waren, Räume, in denen es Formen innerbetrieblicher Demokratie gab, die sich viele Westdeutsche überhaupt nicht vorstellen können. Gerade die einfachen Arbeiterinnen und Arbeiter redeten in den Betrieben Tacheles, wenn ihnen etwas nicht paßte. Auf Betriebsversammlungen ging es oft hoch her, und die Betriebsleitung mußte sich auch sehr unangenehme Fragen gefallen lassen. Die Sicherheit, den Arbeitsplatz nicht zu verlieren, hat vielen das Selbstbewußtsein gegeben, das für eine offene, kritische Atmosphäre nötig ist.

An den Widerspruch zwischen dem undemokratischen Klima in der Politik und dem eher offenen Ton in vielen Betrieben hatten sich die meisten gewöhnt. Die überwiegende Mehrheit hat die fehlende politische Demokratie im Osten genauso hingenommen, wie heute die überwiegende Mehrheit in Ost und West die fehlende Mitbestimmung und undemokratische Verfahren in der Wirtschaft als normal hinnimmt.

Mit Blick auf die wachsenden Erwerbslosenzahlen haben sich mittlerweile die meisten Mitarbeiter die Offenheit im Betrieb schnell abgewöhnt. Ein Verlust an Demokratie, der nichts mit undemokratischen Erfahrungen in der DDR zu tun hat, sondern mit den Defiziten des westdeutschen Wirtschaftsmodells. Die Wende in der DDR war vor allem geprägt durch die Forderung nach Mitbestimmung in der Politik. Kaum gefordert wurden dagegen Änderungen der Eigentumsverhältnisse und nach Demokratie im Betrieb. Statt dessen fällt immer wieder das Argument: Was nutzt mir die Freiheit, wenn ich keine Arbeit habe und kein Geld, um die Freiheit zu nutzen.

Aber auch die vorhandenen Mitbestimmungsrechte in der Politik werden nur wenig, genutzt. Die Gründe dafür sind nicht auf die fehlenden Erfahrungen zu reduzieren. Gerade das Jahr 1990 hat den Ostdeutschen ganz brutal klargemacht: Im Zweifelsfall entscheidet die Mehrheit, und die sitzt im Westen. Auch die neue Regierung hat sich in dieser Frage nicht gerade hervorgetan. Der Osten ist so sehr Chefsache, daß nur noch eine Ministerin aus dem Osten gebraucht wird. Unter Kohl waren es noch zwei.

Dennoch wird die parlamentarische Demokratie im Osten gar nicht so häufig in Zweifel gezogen. Viele sehen jedoch, daß die wichtigen Entscheidungen gar nicht in den Parlamenten fallen, sondern in der Wirtschaft. Und dort wird Demokratie oft vom Grundsatz her in Frage gestellt. Nur wenige Unternehmensleitungen sehen innerbetriebliche Demokratie als Gewinn an. Selbst wenn das Management Interesse an Kritik äußert, ist es in wirtschaftlich unsicheren Zeiten schwer, ein offenes Klima zu gewährleisten. Wer kritisiert schon gern die Unternehmensführung, die vielleicht bald über Entlassung oder Weiterbeschäftigung entscheiden muß? Spätestens dann gilt doch wieder das Prinzip des Patriarchats: Der Chef hat immer recht.

In vielen Firmen wird den Angestellten dazu noch per Arbeitsvertrag ein Maulkorb umgehängt. Über betriebliche Dinge darf außerhalb des Betriebes nicht gesprochen werden. Selbst Lohn- und Gehaltsvergleiche, in der DDR völlig normal, sind so unmöglich geworden. Oft geht die Schweigepflicht sogar noch viel weiter. Die Pflicht, über betriebliche Angelegenheiten zu schweigen, gilt über das Bestehen eines Arbeitsvertrags hinaus. Die Meinungsfreiheit wird also auf das Maß reduziert, das die Leitung für richtig hält. Diese patriarchale Methode ist zwar im Parlamentarismus unvorstellbar, aber in der Wirtschaft halten sie die meisten für ganz normal.

Demokratische Veränderungen in der Wirtschaft sind vermutlich nur schwer

durchsetzbar. Öffentlicher Druck ist von klassischen Klientelvertretungen wie Parteien oder Gewerkschaften nicht zu erwarten. Er muß von unten kommen. Zum Beispiel von den Verbrauchern. Die können über Kampagnen wie den Shell-Boykott oder die Kampagne für Saubere Kleidung Veränderungen in der Industrie einfordern. Auch kritische Aktionäre können in ihren Aktiengesellschaften soziale und ökologische Forderungen stellen. Zwar ist Bayer-Vorstandschef Manfred Schneider der Meinung, daß, wer die freie gewerkschaftliche Betätigung in allen Betrieben fordere, gar kein richtiger Aktionär sei, aber Hermann Josef Strenger, Aufsichtsratsvorsitzender von Bayer, mußte die Bayer-Hauptversammlung darauf hinweisen, daß das Aktienrecht die kritischen Reden »leider ermöglicht«.

Wenn die Chancen für eine ökonomische Demokratie nicht genutzt werden, werden die Wirtschaftsbosse bald auch die politische Demokratie als Standortrisiko in Frage stellen und abschaffen. Erste Versuche in diese Richtung laufen bereits. In der Wirtschaft gilt nach wie vor das Motto: Wahlen ändern nichts, sonst wären sie verboten.

Aus: Publik-Forum, Zeitung kritischer Christen, Oberursel, Ausgabe 23/1998.

# Birgit Rommelspacher

# Öffentliches Reden, privates Schweigen

Birgit Rommelspacher analysiert den Streit zwischen Walser und Bubis im Zusammenhang mit der 98er Friedenspreisrede und zeigt, daß hier eine Szene nachgestellt wird, die seit Jahrhunderten antijüdische Ressentiments nährt: der rächende Jude und der Christ als Opfer.

Martin Walser sagt, Tausende von Menschen hätten seine umstrittene Rede, die er im Oktober anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels gehalten hatte, als Befreiung empfunden. Er hat wohl vielen Deutschen aus dem Herzen gesprochen bezüglich der Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Holocaust. Gerade

auch den jungen Leuten, die sich oft darüber beklagen, daß sie in der Schule "ständig" mit dem Thema "bombardiert" würden und es ihnen allmählich zum Hals heraushinge und sie nichts mehr davon hören wollten.

Was setzt Walser nun diesem offensichtlich mißlungenen öffentlichen Erinnern entgegen? Er empfiehlt, sich auf sein Gewissen
zurückzuziehen, diese "tiefste innerliche Einsamkeit", diese "durchgängige Zurückgezogenheit in sich selbst". Wie kann man sich
nun dieses Innerste vorstellen, beziehungsweise was entdecken die nichtjüdischen
Deutschen, wenn sie sich auf sich selbst
zurückziehen und in sich hineinschauen? Im
allgemeinen eine innere Leere, überdeckt von
einem diffusen Schuldgefühl. Dies jedenfalls
ergaben die Ergebnisse psychologischer und
psychoanalytischer Forschungen zum Thema.

Die Leere resultiert aus dem Schweigen in den Familien. Denn das Gewissen bildet sich nicht da, wo der Mensch in "tiefster Einsamkeit mit sich alleine" ist, sondern es entwickelt sich in der Beziehung mit bedeutsamen anderen, die unseren Lebensweg begleiten. Und von diesen bedeutsamen anderen erfahren die allermeisten Deutschen, daß es zum Thema Nationalsozialismus nichts zu sagen gibt. Auch nach über fünfzig Jahren wird nach wie vor geschwiegen in den deutschen Familien zum Thema Judenverfolgung und Judenmord. Wenn die Kinder und Enkel nach der Vergangenheit fragen, bekommen sie Antworten über Krieg, Vertreibung, Flucht und Not. Sie erfahren etwas über die Not der Deutschen, nicht über die der anderen.

Dieselben Kinder und Enkel werden nun vor allem in den Schule und in den Medien mit öffentlichem Erinnern konfrontiert. Diese Kluft zwischen öffentlichem Reden und privatem Schweigen führt dazu, daß sich beide Seiten gegenseitig verdächtigen: Aus privater Sicht wirkt das öffentliche Reden aufgesetzt und übertrieben; wurde den meisten doch vermittelt, daß der Nationalsozialismus sie nichts angeht. Umgekehrt wird das Privatle-

ben durch das Wissen über die nationalsozialistischen Verbrechen mit einem Generalverdacht belegt: Sind die eigenen Vorfahren, die meist doch durchaus liebenswerten Eltern und Großeltern, denn auch solche Verbrecher? Bei jeder noch so unscheinbaren Frage schwingen ungeheuerliche Verdachtsmomente mit, die ihr jede Harmlosigkeit nehmen und das Gespräch meistens von vornherein blockieren.

Wenn Martin Walser also den Rückzug auf das individuelle Gewissen als Lösung propagiert, um der öffentlichen Funktionalisierung von Erinnerung zu entgehen, stellt er uns vor die Wahl zwischen Skylla und Charybdis. Oder will er damit sagen, daß man das private Schweigen auch zum Vorbild für den öffentlichen Diskurs nehmen sollte, um endlich, so sein inbrünstiger Wunsch, ein normales Volk zu werden?

Die Bedingung einer solchen Normalität ist aber die Normalisierung der Verbrechen. Und darin sind die Deutschen nicht unerfahren. Wenn zum Beispiel eine Großmutter ihrer Enkelin auf die Frage nach der Reichspogromnacht ohne weitere Anteilnahme erzählt, sie habe irgendwo Scheiben klirren hören, dann versucht sie dies Ereignis zu normalisieren, indem sie ihm jegliche Außergewöhnlichkeit nimmt und ihm jede innere Beteiligung abspricht. Sie erzählt der Enkelin nicht, wer wern die Scheiben eingeworfen hat, ob sie selbst dabei erschrocken ist oder sich gefreut hat, wie sie selbst dazu stand und was sie heute darüber denkt. Nichts. Was sie ihrer Enkelin allerdings um so deutlicher vermittelt, ist: Solche Dinge haben mich nicht berührt und gehen dich auch nichts an. Das Ereignis wird weggerückt, fremd gemacht und seines persönlichen Bezugs entledigt. Das ist das Gegenteil von Aneignung der Geschichte.

Erinnern kann Aneignung oder Entfremdung bedeuten. Insofern ist zu vermuten, daß vieles im öffentlichen Erinnern eher zur Entfremdung führt, weil die Generation, die hier aufklärt, oft selbst nicht gewagt hat, sich der eigenen Täterschaft und der ihrer Vorfahren auszusetzen. Indem sie aufklärt, wehrt sie die eigene Beziehung dazu ab und kann sich zugleich als moralisch überlegen positionieren und von den Nachkommen Unterwerfung einfordern. Und genau deshalb wird diese Geschichte nie aufhören, wirksam zu sein, denn sie lebt fort im Mißtrauen der Kinder gegenüber ihren Eltern und Großeltern, einem Mißtrauen, das mangels Resonanz vielfach in Selbstmißtrauen umschlägt.

Was fehlt, ist die moralische Autorität, die Anhaltspunkte geben könnte, wie man mit dieser Geschichte umgehen könnte, denn die Eltern und Großeltern haben als Autorität längst abgedankt. Sie haben sich selbst infantilisiert, indem sie sagen, daß sie damals nichts hörten, nichts wußten und nichts hätten tun können. So bleiben das Mißtrauen und die moralische Verwirrung ein psychologisches Erbe der Nachkommen. Und nicht zuletzt auch ein diffuses Schuldgefühl, das unauslöschlich auf einem zu lasten scheint, nur weil man Deutsche/r ist. Und viele, gerade auch die junge Generation, empfinden das als ungerechtfertigt und empören sich. Das Ergebnis ist der häufig zu hörende Satz: Wir sind doch viel zu jung, um damit etwas zu tun zu haben.

Diese junge Generation weiß genauso gut wie alle anderen, daß man nicht für etwas schuldig gesprochen werden kann, das man nicht getan hat. Das Schuldgefühl resultiert nicht aus den Taten der Vorfahren, sondern aus der Beziehung der Nachkommen zu ihren Eltern und Großeltern. Diese haben sich seibst ihrer Schuld nicht gestellt und sie an ihre Nachkommen weitergegeben, "Ich fühle mich schuldig, weil mein Vater die Schuld nicht übernommen hat", so deutlich formuliert eine der in unserer Untersuchung Befragten den Zusammenhang.

Die nachfolgende Generation nimmt diese Schuld mehr oder weniger bereitwillig an, weil sie sie sonst an die Eltern wieder zurückgeben müßte. Sie müßten sie anklagen und sich von ihnen distanzieren. Aber die meisten fragen lieber nicht so genau nach und wollen es nicht so genau wissen. Die Kinder nehmen ihre Vorfahren allzu gerne in Schutz und beschuldigen lieber die Opfer und deren Nachkommen, daß sie keine Ruhe geben würden. Und da wissen sich viele wieder eins mit Martin Walser, der in seiner militaristischen Sprache von den "Meinungssoldaten", die mit der vorgehaltenen "Moralpistole" tagtäglich um sich schießen, einer Mischung aus aufgeblasenem Selbstmitleid und moralischem Verfolgungswahn drastisch Ausdruck verleiht.

Und das ist das eigentlich Skandalöse an der umstrittenen Rede von Walser: Er ruft nicht zur Analyse auf, wann und warum Erinnern so oft mißlingt, sondern schürt dumpfe Ahnungen. Er sieht allerorten einen "grausamen Erinnerungsdienst" am Werk mit dem Ziel der "Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken". Wer mag es wohl sein, der hier ständig die Moralkeule schwingt? Klaus von Dohnanyi hat ihn wohl richtig verstanden, als er die Juden darauf ansprach, ob sie denn auch geholfen hätten, wenn "nur" Behinderte, Homosexuelle und Roma verfolgt worden wären.

Das zutiefst Beunruhigende an dem momentanen Streit um die Friedenspreisrede ist folgender Punkt: In der Inszenierung "Bubis gegen Walser" wird genau die Szene nachgestellt, die seit Jahrhunderten antijüdische Ressentiments nährt - der rächende Jude, der keine Ruhe geben kann, und der Christ als Opfer, der in stillem, einsamen Leiden seine Erlösung sucht. Ein Bild, das auch für den Samstagabendkrimi herhalten muß, in dem der rastlose Jude durch seine Nachforschungen zwei alte Rentner in den Tod treibt und noch 16 weitere auf seiner Liste hat und der von Rosa Roth, der sympathischen, aufgeklärten deutschen Kommissarin, gefragt wird: "Müssen Sie Ihr Wissen als Rache benützen?"

# Die 68er wollen sich versöhnen

Ein Gespräch von Anton Landgraf mit dem Soziologen Moshe Zuckermann über Neue Linke, Antisemitismus und die Walser-Rede

Moshe Zuckermann wurde 1949 in Tel Aviv, Israel, geboren. Seine Eltern, beide polnische Holocaust-Überlebende, wanderten 1948 nach Israel ein. 1960 emigrierten sie nach Westdeutschland. Zuckermann lebte von 1960 bis 1970 in Frankfurt/Main und kehrte Anfang der siebziger Jahre wieder nach Israel zurück. Der Soziologe und Historiker arbeitet als Dozent an der Universität Tel Aviv. Zur Zeit ist er als Fellow am Wissenschaftskolleg Berlin tätig.

AL: Sie haben die sechziger Jahre in Frankfurt am Main erlebt. Wie normal war es damals, als Jude in Deutschland zu leben?

MZ: In der gesamten BRD gab es damals rund 30 000 Juden. Alle erlebten ihr Dasein in Deutschland als ein Sitzen auf Koffern, als einen nur temporären Aufenthalt. Das hielt sich über eine ganze Generation und galt selbst für diejenigen, die schließlich Dutzende von Jahren hier verbrachten, wie z.B. meine Mutter, die in Deutschland starb und in Israel beerdigt wurde.

Für uns Kinder aus der nächsten Generation bedeutete dies, daß wir keine Zukunft in Deutschland hatten. Dies war ein Land, auf das man sich besser nicht einlassen sollte. Und auf keinen Fall durfte man sagen, was Ignatz Bubis Ende der achtziger Jahre postulierte und was ihn in meinen Augen zu einem Revolutionär machte – daß das jüdische Leben in Deutschland wieder auferstehen möge, daß Juden wieder in Deutschland leben und sich institu-

tionell als Gemeinde einrichten dürfen. Das war in meiner Generation keine Selbstverständlichkeit. Heute hat sich die jüdische Gemeinde, vor allem durch die Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion, fast verdreifacht.

AL: Die gesellschaftliche Atmosphäre der Nachkriegszeit muß alles andere als angenehm gewesen sein: NS-Funktionäre wie Globke konnten in der BRD steile Karriere machen. Selbst in höchsten Staatsämtern saßen Personen mit einer interessanten Nazi-Vergangenheit.

MZ: In der restaurativen Adenauer-Ära sollte Westdeutschland als sogenannte demokratische Bastion gegen den Kommunismus wieder in die Völkergemeinschaft integriert werden. Und dafür mußte man auf die alten NS-Eliten zurückgreifen, und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir hatten hier im Wissenschaftskolleg erst kürzlich die Debatte um Leute wie Theodor Schieder und Werner Conze, die ihre Ordinarien aus der Nazi-Zeit übergangslos in neuen Lehrstühlen fortführen konnten.

Aber die Tatsache, daß die Bundesrepublik aus dem NS-Staat entstand, wurde Mitte der sechziger Jahre plötzlich hinterfragt. Mittlerweile ist es ja hier fast ein Nationalsport, die 68er lächerlich zu machen. Das waren sie in vieler Hinsicht natürlich auch, aber man muß betonen, daß diese Generation genau dieses Selbstverständnis hinterfragt hat. Manchmal sehr selbstgerecht, manchmal mit einem sehr primitiven Faschismusbegriff. Aber sie setzten diese Frage sowohl in der Theorie wie auch prak-

tisch auf die Tagesordnung. Ich habe dieses Jahrzehnt, in dem die studentische Revolte wenn auch nicht Auschwitz, so doch zumindest die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zum gesellschaftlichen Thema erklärte, in Frankfurt miterlebt. Für mich war dies biographisch ein sehr prägendes Erlebnis.

AL: Es gab innerhalb der Studentenbewegung allerdings einen deutlichen Bruch: Nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 wendete sich fast die gesamte Neue Linke gegen Israel. Diese Entwicklung schlug teilweise in offenen Antisemitismus um, zum Beispiel, als bei der Entführung der Lufthansa-Maschine nach Entebbe die Revolutionären Zellen gemeinsam mit der PLO die jüdischen Passagiere selektierten.

MZ: Ich war damals Mitglied einer zionistischen Jugendorganisation, die sich die Auswanderung nach Israel zum Ziel gesetzt hatte. Wir betrachteten die okkupierten Gebiete als politisches Faustpfand, um irgendwie den Frieden zu erreichen. Und diese zionistische Einstellung vermengte sich mit meiner Sozialisation durch die Neue Linke. Heute kann man sich natürlich fragen, wie sich das vertrug. Als ich 1970 nach Israel zurückkehrte, dauerte es nicht lange, bis ich mich von einem Zionisten in einen Nicht-Zionisten verwandelte. Aber in den sechziger Jahren waren das zwei Welten, die gleichermaßen für mich relevant waren.

Nach 1967 wurde die anti-israelische Stimmung sehr prägnant. Ein Teil der Neuen Linken im Westen drehte die Sache damals in eine antizionistische und anti-israelische Richtung, die rückblickend betrachtet sehr suspekt ist, weil sie verkappten Antisemitismus enthielt. Daß Judentum und Israel überhaupt gleichgesetzt wurden, ist nicht begreiflich, gegen Juden und gegen Israel zu sein, sind für mich zwei verschiedene Sachen. Die Selektion in Entebbe war für die Juden, für Israel und für mich persönlich ein traumatisches Erlebnis und das hat

auch den Leuten Auftrieb gegeben, die in den Deutschen nichts anderes sehen wollten als potentielle Judenvernichter.

AL: Und die Haltung des besseren Deutschlands, der antifaschistischen DDR?

MZ: Der Antizionismus der Linken hatte auch für den anderen Teil Deutschlands drastische Konsequenzen. Es ist kein Zufall, daß in Israel die DDR pauschal als antisemitisch und antizionistisch kritisiert wurde. In der DDR mag es Antisemitismus gegeben haben, doch dies war keine staatstragende Ideologie. Aber bis zum heutigen Tag wird die ehemalige DDR in Israel nicht etwa wegen des autoritären Systems, sondern wegen ihrer anti-israelischen Position kritisiert. Wie konnte es möglich sein, fragte man sich, daß sich Deutsche gegen Israel wendeten?

Das lag natürlich auch an der Position der Sowjetunion, die in den arabischen Staaten Verbündete suchte. Die DDR konnte damals sicherlich nicht unabhängig von dieser Strategie agieren. Aber insgesamt führte diese Entwicklung zu einer absurden Konstellation: Die alte Bundesrepublik mit ihrer integrierten Nazi-Elite wurde zum guten Bündnispartner Israels, während die DDR mit ihrem antifaschistischen Selbstverständnis zum großen Feind Israels avancierte.

AL: Ehemalige 68er, die heute an der Regierung sind, sehen sich jetzt bestätigt: Die Studentenrevolte habe die Bundesrepublik zivilisiert, sie sei dadurch erst zu einem normalen Staat geworden, wie es etwa die frühere Maoistin und spätere Bundestags-Vizepräsidentin Antje Vollmer einmal formulierte.

MZ: Die 68er-Bewegung hatte für mich eine neue Seite eröffnet, so daß ich mich nach meiner Rückkehr in Israel immer, teilweise sehr vehement, gegen die pauschalen Ressentiments aussprach: Nein, es gibt auch eine andere Entwicklung in Deutschland. Aber mit Normalisierung hatte dies nichts zu tun. Ich lebte ja selber in einem Land, das völlig anormal war. Auch 50 Jahre nach Auschwitz, was soll da normal sein?

Diese Diskussion hat für mich die Bedeutung, etwas entsorgen zu wollen, was mit 68 begonnen hat, die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Zeit, das ideologiekritische Hinterfragen der neueren Entwicklungen. Das wache Bewußtsein soll wieder eingeschläfert werden.

Den Normalisierungs-Diskurs gibt es auch in Israel. Wir haben die Diaspora überwunden, nun sind wir endlich ein normales Land. Und jetzt ist es dort so normal, daß wir das hysterischste Land auf der Welt sind. Ebenso idiotisch kam es mir vor, daß Deutschland nun plötzlich normal sein will. Denn was, verdammt nochmal, ist normal an diesem Land?

AL: Aber hat sich nicht eine Form von Normalität faktisch durchgesetzt: Daß Deutschland nach der Wiedervereinigung seine volle Souveränität erlangt hat und jetzt wieder als selbstbewußte Nation auftritt?

MZ: Man muß heute als Marxist die Tatsache anerkennen, daß Deutschland eine Weltmacht ist und als eine der stärksten ökonomischen Mächte der Welt gibt es auch politisch den Ton an. Deutschland kann im Grunde genommen darauf pfeifen, ob es als normal angesehen wird oder nicht. Es gibt kein Land auf der Welt, das es sich noch leisten könnte, Deutschland nicht zu hofieren.

Der politischen Klasse könnte es daher egal sein, ob die Welt nun Deutschland liebt oder nicht. Aber dennoch wollen die Deutschen geliebt werden und so angesehen sein wie beispielsweise die Franzosen oder die Italiener. Dieser neuralgische Punkt kommt bei jeder Fußball-WM zum Vorschein.

Aber man ist solange nicht normal, wie man behauptet, normal zu sein. In keinem Land der Welt wird so darauf gepocht wie eben in Israel und Deutschland. Beide Länder sind geschädigt durch die Vergangenheit: das eine Land ist aus einer Menschheitskatastrophe heraus entstanden, das andere Land hat diese Katastrophe verursacht. Allein schon der Anspruch, normal zu sein, scheint mir daher völlig absurd. Ein Land, das soviel unsägliches Unheil in diesem Jahrhundert angerichtet hat wie Deutschland, ist nach 50 Jahren wieder eine Weltmacht. Normal ist das nicht. Und wenigstens dieses Bewußtsein sollten sich die Deutschen bescheidenerweise bewahren.

AL: Warum beginnt nun ausgerechnet die Generation, die in den sechziger Jahren gegen die Verdrängung der Nazi-Vergangenheit rebellierte, mit dem Diskurs über eine angebliche Normalisierung?

MZ: Die 68er-Generation hat, psychoanalytisch gesprochen, einen Vatermord
begangen und trug deshalb große Schuldgefühle mit sich. Sie will die Versöhnung,
um diese Schuldgefühle zu überwinden.
Man kann sich jedoch nur versöhnen,
wenn man "normal" geworden ist und
wenn man sich mit dem, was als lebensgeschichtliche Neurose durchlebt wurde, abgefunden hat. Die Psychoanalyse verspricht ja nie das Glück, sondern nur die
Reduzierung des Unglücks. Wenn man also
die Realität akzeptieren kann, ist man
"normal" geworden.

Diese Versöhnung ist mehr oder weniger das, was diese Generation vorhat. Die 68er sind heute alle gesetzte Damen und Herren. Und sie bilden die politische Klasse: Sie müssen die Versöhnung also auch ideologisch formulieren. Sie können sich dadurch ganz unbefangen gegenüber dem Ausland präsentieren, im Gegensatz zu den Politikern früherer Generationen, wie z.B. Brandt, der noch in Warschau niederkniete – gerade er, der nichts verbrochen hatte. Oder wie Kohl, der noch von der Gnade

der späten Geburt redete. Der neue Außenminister Joseph Fischer könnte heute beispielsweise völlig unbefangen in Israel auftreten. Das Verhältnis zwischen Israel und Deutschland wird sich daher in den nächsten Jahren noch sehr ändern.

AL: Diese neue politische Klasse hat sich gerade zur Walser-Rede nicht geäußert, sie hat ihn nicht einmal kritisiert, genau die Generation, die für sich in Anspruch nimmt, dieses Land zivilisiert zu haben. Statt dessen stand Bubis mit seiner Kritik lange Zeit alleine da.

MZ: Die ältere Generation hat hinter dem Rücken der Töchter und Söhne auf die junge Generation durchgegriffen, um festzuschreiben, wie der Diskurs in der nächsten Generation aussehen soll. Die Nicht-Reaktion der 68er hat damit zu tun und sie haben es nicht mehr nötig - keiner wird sie beschuldigen, etwas verschweigen zu wollen. Sie waren es ja, die damals gegen die Verdrängung der Nazi-Vergangenheit rebelliert haben. Keiner wird sie beschuldigen, einen Schlußstrich ziehen zu wollen, weil sie damals gerade keinen ziehen wollten. Aber ietzt, wo sie an der Macht sind, haben sie zu der Walser-Debatte geschwiegen. Die einzigen, die nicht geschwiegen haben, sind die Juden aus dieser Generation, wie beispielsweise Andrei S. Markovits oder Salomon Korn. Und es ist kein Zufall, daß ausgerechnet die jüdischen Vertreter der 68er-Generation mit das Klügste gesagt haben, was es dazu zu sagen gab.

AL: Heute kann Spiegel-Herausgeber Augstein wieder über die große Macht der Juden schwadronieren, ohne daß ihm jemand ins Wort fällt. Die Walser-Rede gilt vielen schon als eine Art Gründungsmanifest der neuen Berliner Republik. Anders wäre es jedenfalls kaum zu erklären, daß die Rede mit stehenden Ovationen der anwesenden 1200 Gäste, die größtenteils die gesellschaftliche Elite dieses Landes repräsentierten, gefeiert wurde. Ist das nicht

eine völlig irrwitzige Konstellation: Die 68er bringen symbolisch ihre Nazi-Eltern um, um anschließend deren Diskurs wieder aufzugreifen?

MZ: Die Generation von Walser und Augstein, die noch zur Tätergeneration gehören, hat ein letztes Mal etwas vorgegeben, gegen das sich die 68er, die heute an der Macht sind, vor 30 Jahren mit wildem Geschrei erhoben hätten. Daß diese heute dazu schweigen, liegt daran, daß ihnen dafür etwas geboten wird: Ihnen wird der rote Teppich ausgerollt. Da heißt es ganz einfach, sich politisch aus der Affäre zu ziehen und den Mund zu halten. Es ist frappant, daß Fischer, Schily usw. kein Wort darüber verloren haben. Sie halten sich heraus und affirmieren damit Walser, Augstein, H.M. Enzensberger, Botho Strauß usw. noch einmal. Das ist für mich ein Erlebnis, das ich nicht so schnell vergessen werde.

Die Relevanz dieser Rede, die übrigens in Israel kaum zur Kenntnis genommen und als innerdeutsche Angelegenheit behandelt wurde, erschließt sich auch durch den begeisterten Applaus, den Walser dafür bekommen hatte. Ich glaube ihm gerne, daß er über 1 500 zustimmende Briefe erhalten hat. Er drückte damit eben nicht nur seine eigene Befindlichkeit aus, sondern sprach für die Stimmung im Land.

Diese Art und Weise, wie man mit der Vergangenheit umgeht, wird sich früher oder später in politischen Praktiken äußern. Dieser Umgang wurde mit der Walser-Rede festgeschrieben, es ist in der Tat eine Art Gründungsmanifest geworden.

AL: Was hat Walser mit seiner Rede bewirkt?

MZ: Man muß festhalten: Walser konnte Bubis einfach ins Gesicht schleudern, daß er, Walser, "auf diesem Feld schon beschäftigt war", als Bubis sich noch mit ganz anderen Sachen beschäftigt habe. Man muß sich klar machen, was Walser damit ausdrückte: Das sagte er zu Bubis, der seine ganze Familie im Holocaust verloren hat. Bubis erwiderte, er hätte gar nicht weiterleben können, wenn er sich nicht zunächst von der Geschichte distanziert hätte. Und Walser erklärte daraufhin, daß er sich mit Auschwitz beschäftigen mußte, um weiterleben zu können. Die Erfahrungen des Holocaust von Bubis und Walser, von Opferund Tätergeneration, stehen damit auf gleicher Ebene und werden austauschbar.

Das hat nichts mehr damit zu tun, wie man mit der Vergangenheit umgeht. Das heißt einfach, der Holocaust-Überlebende hat in Deutschland nichts mehr zu sagen.

AL: Wenn diese Rede das Manifest der neuen deutschen Republik sein soll, welche Konsequenzen werden sich daraus für das politische Selbstverständnis dieser Republik ergeben?

MZ: Einen Schlußstrich zu ziehen. Wir sind wieder wer, ein neuer Nationalismus steht uns wieder gut. Davon redet Walser übrigens schon seit mehr als 15 Jahren. In seiner Rede ist dies alles enthalten, sie hört sich aber nicht an wie eine Rede von Schönhuber, sondern gilt als Teil des intellektuellen, literarischen Lebens in Deutschland. Und das macht auch die Ambivalenz der 68er, die heute an der Regierung sind, aus: Sie gelten als unbescholten, wie die Rede von Walser, die sich emanzipativ und aufgeklärt gegen die Instrumentalisierung von Auschwitz wendet. Und im gleichen Moment benützen sie die ganzen Codes über Normalisierung, Schlußstrich usw.

AL: Herr Bubis erklärte, ein Ende der Diskussion über die Vergangenheit sei frühestens ab dem Jahr 2030 möglich, wenn niemand mehr aus der Täter- und der Opfergeneration leben wird. Für Jugendliche, die schon heute keinen direkten Bezug mehr zu dieser Generation haben, stellt sich die Frage: Wie soll ein Gedenken dann aussehen?

MZ: Wenn sowohl die Täter- wie die Opfergeneration nicht mehr lebt, wird es zwei entgegengesetzte Entwicklungen geben: Eine Abstraktion des Holocaust als Geschichtsereignis, wie etwa die französische Revolution. Andererseits wird sich die homogene Holocaust-Erinnerung parzellieren und immer mehr in die Lebenswelten und das individuelle Bewußtsein getragen werden.

AL: Läßt sich das auch auf die Diskussion um das Mahnmal übertragen?

MZ: Das Mahnmal erhebt den Anspruch, etwas Überzeitliches zu repräsentieren. Aber die Form ist immer schon dem Historischen anheim gegeben, die ästhetischen Formen von vor 150 Jahren sind nicht mehr die Formen von heute. Die Erinnerung muß also dynamisiert werden. Wir müssen das historische Wissen vermitteln und auf der anderen Seite politische Praktiken und kulturelle Umgangsformen schaffen, die an die Opfer erinnern, und gleichzeitig vermitteln, daß wir keine weiteren Opfer mehr wollen.

Das ist meiner Ansicht nach die einzige Weise, wie man an den Holocaust erinnern kann: Man erinnert an die Tatsache, daß Menschen andere Menschen zu Opfern gemacht haben. Dies geschah in der Welt, dies war kein metaphysisches Phänomen, sondern hatte politische, ökonomische und kulturelle Ursachen. Dies zu begreifen und in eine andere gesellschaftliche Praxis umzusetzen, daß ist die große Lehre aus dem Holocaust.

Dies gilt solange, wie wir keine befreite Gesellschaft haben; für die nächsten hundert, zweihundert Jahre oder vielleicht bis in alle Ewigkeit: Hier ist etwas passiert, denkt daran, denkt an die Opfer und diese Erinnerung beinhaltet auch gleichzeitig die Mahnung, daß es Täter gibt in der Geschichte. Das gilt nicht nur für den Umgang mit dem Holocaust, das gilt für den menschlichen Umgang untereinander. Das gilt für das Leben in der entfremdeten Welt.

# Die Schande – Daimler und die Zwangsarbeit

Begegnungen zwischen Menschen und einem Konzern: Vor einigen Wochen trafen sich nahe der Gedenkstätte des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück etwa fünfundzwanzig alte Frauen und zwei Abgesandte des Konzerns DaimlerChrysler.

Dies war nicht das erste Treffen, die Begegnung der Frauen aus Polen und Ungarn mit den Herren aus Süddeutschland hat eine lange Vorgeschichte. Genaugenommen fand die erste Begegnung schon im Oktober 1944 statt, natürlich nicht in so einem Hotel, sondern im Lager Ravensbrück selbst. Die polnischen Frauen waren damals junge Mädchen aus dem zerstörten Warschau, die man von der Straße weg geholt und verschleppt hatte, die Ungarinnen waren Jüdinnen aus Budapest. In Ravensbrück waren die Baracken wegen der großen Transporte aus Osteuropa überfüllt und die Frauen lagen in einem riesigen Zelt auf dem Boden. Viele starben schon in den ersten Tagen nach der Ankunft. Die erste Begegnung mit der Daimler-Benz AG fand in diesem Spätherbst 1944 auf dem Appellplatz statt, nackt mußten die Frauen im Kreis gehen, »wie Pferde im Zirkus« erinnert sich Alicja Kubecka, damals 17 Jahre alt. Ein Ingenieur der Daimler-Benz AG suchte gemeinsam mit dem SS-Lagerkommandanten, der eine Reitpeitsche dazu benutzte, die kräftigsten Mädchen heraus. Diese blieben nicht alle am Leben, aber ihre Arbeitskraft war wertvoll, sie wurden in einem »nationalsozialistischen Musterbetrieb« zur Rüstungsproduktion eingesetzt. 1100 Frauen aus Ravensbrück, darunter auch sowjetische Frauen, slowakische Jüdinnen, französische Widerstandskämpferinnen. Tschechinnen und jugoslawische Parti-

saninnen kamen im Herbst 1944 ins Flugzeugmotorenwerk Genshagen/Ludwigsfelde, wo neben der deutschen »Gefolgschaft« schon einige tausend »Ostarbeiter« und Kriegsgefangene unter unvorstellbaren Bedingungen wie Sklaven ausgebeutet wurden. Es gab Unfälle, Krankheiten, die Arbeitsunfähigen brachte man ins Hauptlager zurück. Die überlebenden Frauen mußten im April 1945 antreten, einige erschoß man an Ort und Stelle, die anderen wurden ins Konzentrationslager Sachsenhausen getrieben. Die Jüdinnen wollte man noch in Ravensbrück vergasen, aber die Gaskammern arbeiteten nicht mehr und so gingen auch sie auf den Todesmarsch in Richtung Ostsee. Manche fanden ein namenloses Grab am Wegrand, andere liegen in Massengräbern in Neustrelitz, Parchim, Grabow... Die Überlebenden, krank an Körper und Seele, kehrten nach der Befreiung heim und versuchten, weiterzuleben. Manche gaben diesen Versuch noch nach einem jahrelangen Kampf auf. Die jüdische Bildhauerin Edit Kiss aus Budapest, die mit ihren 40 Jahren eine der ältesten Frauen im KZ-Außenlager Genshagen gewesen war, malte schon im Sommer 1945 einen Zyklus von 30 Gouachen über das Lager. Sie versuchte, sich die Bilder des Schreckens von der Seele zu malen, aber sie blieben in ihr. 1966 tötete sie sich in einem Pariser Hotelzimmer. Und die Polin Maria Walachowska mit der Häftlingsnummer 8515 sagte noch 1992 einem Filmteam, sie sei keinen einzigen Tag nach ihrer Rückkehr aus Genshagen gesund gewesen. Sie habe nicht einmal genug Geld, um sich die nötigen Medikamente zu kaufen. Sie hasse die Deutschen. Bald darauf starb sie. Für Maria

Walachowska, Edit Kiss und ungezählte andere gab es nach dem Krieg keine weiteren Begegnungen mit dem Führungspersonal von Daimler-Benz. Viele Jahre lang konnte sich im Konzern niemand an diese Begegnung auf dem Appellplatz erinnern. Der Ingenieur, der die nackten Mädchen ausgewählt hatte, wird zufrieden seine Pension und die Treueprämie verzehrt haben. In Broschüren zur Unternehmensgeschichte erinnerte man sich dankbar an »Haltung, Einsatzbereitschaft und Opferwillen« der »Gefolgschaft« in den Kriegsjahren. An die etwa siebzigtausend Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge die in den verschiedenen Rüstungsbetrieben der Daimler-Benz AG ausgepreßt wurden, erinnerte man sich nicht. Es habe gar keine KZ-Häftlinge bei Daimler-Benz gegeben, ließ der Konzern noch 1969 dem Vorsitzenden des Auschwitz-Komitees, Hermann Langbein, mitteilen. So einfach schien das. An die Archive des Unternehmens kamen damals nur wenige Auserwählte heran, in Genshagen/Ludwigsfelde wuchs Gras auf den Trümmern der riesigen "Deutschlandhalle", in der die Frauen aus Ravensbrück Flugzeugteile montiert hatten. Um das Grab der 19 Frauen, die noch im April 1945 erschossen worden waren, kümmerte sich nur ein Ehepaar, Hermann und Anni Reich aus Ludwigsfelde. 1987 jedoch, anläßlich des 100jährigen Firmenjubiläums, gab J. Ph. Reemtsmas Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte »Das Daimler-Benz Buch« heraus, eine Sammlung von Aufsätzen und Untersuchungen zur Geschichte des Rüstungskonzerns im »tausendjährigen Reich«. Zu den Autoren gehörten auch Mitglieder der »plakat"-Gruppe bei Daimler Benz, einer linksgewerkschaftlichen Arbeiterinitiative. Das »Daimler-Benz Buch« veröffentlichte erstmals Fakten zum Ausmaß der Verstrickung des Konzerns in die nationalsozialistischen Strukturen, widmete sich auch den ausgebeuteten Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen, obwohl es den Autoren verwehrt wurde, die Firmenarchive zu nutzen. Das Buch erzeugte eine nachhaltige Unruhe. Der Konzern ließ Fehler suchen und fand in den 800 Druckseiten ganze 18 Details, die er anzweifelte. Schließlich gab er eine eigene Studie in Auftrag. Die »Gesellschaft für Unternehmensgeschichte« konnte die Konzernarchive auswerten, machte Interviews mit einigen hundert noch lebenden Zwangsarbeitern und legte 1994 eine beachtliche Studie über »Zwangsarbeit bei Daimler-Benz« vor. Daimler-Benz war somit der erste deutsche Konzern, der sich, nicht besonders früh und nicht ganz freiwillig, seiner eigenen Geschichte und seinem eigenen Anteil an der nationalsozialistischen Politik zuwandte. 1988 zahlte der Konzern, auch das war bis dahin ohne Beispiel, zwanzig Millionen Mark als »humanitäre Geste« an die Conference on Jewish Material Claims Against Germany und verschiedene karitative Einrichtungen. Es wurde vereinbart, daß die Conference on Jewish Material Claims Against Germany, die 10 Millionen Mark erhielt, individuelle Klagen ehemaliger Zwangsarbeiter nicht unterstützt. Ein offener Brief von Hermann Langbein, in dem er darauf aufmerksam machte, daß diese Organisation nach ihrer Satzung Einrichtungen Jüdischer Gemeinden unterstützt, der große Teil der Zwangsarbeiter bei Daimler-Benz aber gar nicht oder nur im Sinne der Nazigesetze jüdisch war, blieb unbeachtet. Für die Daimler-Benz AG schien dieses leidige Kapitel der Vergangenheitsbewältigung endlich abgeschlossen. Nach der Öffnung der Mauer brach ohnehin eine ganz andere Zeit an, neue Perspektiven ergaben sich auch für die Daimler-Benz AG, man plante unter anderem die Rückkehr in die Genshagener Heide, wo man das IFA-Werk Ludwigsfelde übernehmen wollte. Daraus wurde nichts, aber dieses ehemalige Außenlager Genshagen lag

dem Konzern wie ein Stein im Magen. 1993 erschien der Film »Der Stern und sein Schatten.« Helmuth Bauer, einer der Autoren des Daimler-Benz-Buches und der Filmemacher Eike Schmitz hatten in Ludwigsfelde recherchiert, sie waren auf die Spuren des KZ-Außenlagers gestoßen und hatten in Osteuropa ehemalige Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen interviewt. Nun konnte man die Gesichter dieser Menschen sehen, die für die Kriegsproduktion des Konzerns ausgepreßt worden waren, man wurde mit ihren Narben konfrontiert, den sichtbaren und den unsichtbaren. Und zum erstenmal seit 1945 waren die bestürzenden Bilder der Edit Kiss zu sehen. Man hörte das Lied, das Emilia Lepianka aus Warschau und ihre Gefährtinnen in Genshagen gesungen hatten, erfuhr, wie die Frauen einander mit der Wärme ihrer magerer Körper und ihrer verwundeten Herzen geholfen hatten, zu überleben. 1995, zum 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Ravensbrück waren alle überlebenden Frauen von der Brandenburgischen Regierung und der Leitung der KZ-Gedenkstätte eingeladen. Auch Frauen aus dem Außenlager Genshagen kamen, ihren Aufenthalt bezahlte Daimler-Benz. Einige hatten sich nach Jahrzehnten durch die Filmarbeiten wiedergetroffen, andere begegneten einander nun hier wieder, am Ort ihres Leidens. Zum KZ Ravensbrück hatten über 100 Außenlager gehört, keines ist so gut dokumentiert wie inzwischen das von Genshagen. Die "Genshagenerinnen", wie sie sich nannten, wurden nun so etwas wie eine eigene Gruppe unter den überlebenden KZ-Häftlingen. In diesem April 1995 kam es zur zweiten Begegnung mit einem Vertreter von Daimler-Benz. Diesmal war es der Personaldirektor des Konzerns, Gerd Woriescheck. Man hatte einen Cellospieler engagiert, das Gespräch fand im gepflegten Ambiente eines schönen Hotels statt. Herr Woriescheck, dem man seine persönli-

che Betroffenheit über das Schicksal der Frauen ohne weiteres glaubte, hatte die undankbare Aufgabe, ihnen klar zu machen, daß man bei allem Verständnis für die Vergangenheit sich ihren leise vorgetragenen Forderungen nach individueller Lohnzahlung leider verschließen müsse. Schließlich gäbe es ja kaum Unterlagen. Schließlich wüßte niemand, wie viele ehemalige Zwangsarbeiter noch in Osteuropa leben, von denen manche irrtümlich glauben, bei Daimler-Benz gearbeitet zu haben, Denn es gab Baufirmen und Zulieferbetriebe, die für Daimler-Benz gearbeitet haben, aber nicht zum Konzern gehörten. Und deren Zwangsarbeiter könne der Konzern ja nicht entschädigen. Es gäbe also keine gerechte Lösung. Und schließlich habe man ja die 20 Millionen Mark bezahlt und finanziere weiterhin Forschungsarbeit und Filmarbeiten zum Thema. In der Tat unterstützt der Konzern unter anderem durch Spenden die Gedenkstätte Ravensbrück, finanzierte durch diese Spenden auch zeitweilig die Arbeit von Dr. Helmuth Bauer, verschiedene Ausstellungen mit den Bildern von Edit Kiss, zur Geschichte des Außenlagers und eine geplante Publikation. Aber das Hauptargument des Konzernvertreters, daß man keine Unterlagen habe, war ein Hohn gegenüber den Frauen, die dort vor ihm saßen und die Dokumente ihrer KZ-Zeit wie schwärende Wunden vorweisen konnten. Dennoch empörten die Frauen sich nicht. Vielleicht waren sie beeindruckt durch die freundliche Aufmerksamkeit des deutschen Konzernmanagers, für einige wird auch der Kontrast zwischen ihrem bescheidenen Lebensumständen und diesem Hotel verwirrend gewesen sein, anderen ging es vor allem um einen späten Seelenfrieden. Alle spürten sie, daß die Begegnung mit ihren Gefährtinnen von damals, der Besuch in Ravensbrück und die Fahrt zu den Trümmern der »Deutschlandhalle« in Genshagen, wo einige von ihnen monatelang nicht das Sonnenlicht gesehen hatten, etwas in ihnen veränderte. Wichtiger als die Forderung nach Lohn für ihre Zwangsarbeit war ihnen zunächst die Gedenkstunde am Schwedtsee, auf dessen Grund die Asche der Ermordeten liegt, war die Andacht am Grab ihrer 19 Gefährtinnen auf dem Friedhof von Ludwigsfelde, wo inzwischen ein Gedenkstein stand. Wichtiger war die Begegnung mit dem Ehepaar Reich, mit den Mitarbeitern der Gedenkstätte. Die »Genshagenerinnen« hatten begonnen, ihre Erinnerung nicht mehr zu verdrängen. Viele von ihnen teilten das Leid, kinderlos geblieben zu sein. Als junge Mädchen waren sie brutalen

### Abo und Geschenk-Abo »CuS«

Seit 1948 erscheint die Vierteljahreszeitschrift der deutschen Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten: »Christ und Sozialist/Christin und Sozialistin (CuS)«

Das Jahresabo kostet DM 30,- (Ausland DM 35,-) incl. Versand. Die tatsächlichen Kosten können durch ein »Förder-Abo« gedeckt werden, um das wir unsere LeserInnen mit eigenem Einkommen bitten. Der Preis für dieses Förder-Abo beträgt DM 40,-, DM 50,- oder mehr. Der Mitgliedsbeitrag im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten beträgt zur Zeit DM 90,- pro Jahr; darin enthalten ist das Abo für »CuS« sowie der Mitglieder-Rundbrief. Beträge über DM 30,- sind steuerlich absetzbar.

An BRSD: c/o	Martina Ludwig, Hohensteiner Straße 12, 09117 Chemnitz
lch möchte	e Mitglied werden im BRSD (Bezug von »CuS« inclusive!)
Hiermit abo	ponniere ich »CuS« ab Heft Nr.:
zum Be	ezugspreis von DM 30,- (Ausland DM 35,-) im Jahr,
zum Fö	örderpreis von DM im Jahr.
Hiermit	it bestelle ich ein Geschenk-Abo von »CuS« ab Heft Nr.: bis
Heft Nr.:	/bis auf Widerruf für
Name und	
Anschrift:	
zum Be	Sezugspreis von DM 30,– (Ausland DM 35,–) im Jahr,
zum Fö	orderpreis von DM im Jahr
Bestellerin:	
	Datum: Unterschrift:
	Datum. Charles and the second

gynäkologischen Untersuchungen und Eingriffen ausgesetzt gewesen, die Zeit als KZ-Häftling und Zwangsarbeiterin hatte auch in dieser Beziehung lebenslange Folgen. Sie sahen sich selbst in den Bildern ihrer Gefährtin Edit Kiss und Gesichter von Toten. tauchten aus ihren Erinnerungen auf. Die Frauen fuhren aufgewühlt nach Hause und schrieben einander, besuchten sich. Das alles veränderte ihr Leben, es veränderte auch ihre Gesichter. Die Ungarin Agnes Bartha, die im Film »Der Stern und sein Schatten« mit versteinertem Gesicht über ihre Zeit als Zwangsarbeiterin sprach, der man die lebenslange Mühe ansah, den Schmerz im Zaum zu halten, hat heute gelöste, weiche Züge. Die Interviews, ihre Mitarbeit an Film und Ausstellungen hatten ihr geholfen, ihr Trauma zu bearbeiten. Dennoch möchte Agnes nicht auf den ihr

zustehenden Lohn verzichten. Sie ist fast zugrundegegangen bei der verhaßten Arbeit an dem Flugzeugmotor, in jenem letzten Winter des Krieges. Nur Zufälle und die schwesterliche Hilfe der Edit Kiss hatten dem jungen Mädchen, das auf 29 Kilo abgemagert war, geholfen, das alles zu überstehen. Zum Schluß hatte Edit Kiss die fiebernde Agnes aus der Todesmarschkolonne gezogen und sich mit ihr in dem Dorf Strasen versteckt. In dieses Dorf fuhr Agnes, sie fand das Haus, in dem Edit sie gesundgepflegt hatte, sie ging auf den Friedhof und sah das Grab einer unbekannten Frau aus dem Todesmarsch, wahrscheinlich eine Ungarin wie sie selbst. Es hätte ihr Grab sein können. Aber es war nicht ihr Grab und Agnes spürte ihr Leben auf eine neue Weise, Agnes Bartha hatte schon 1988 an die Conference on Jewish Material Claims

nen und Sozialister
-) im Jahr,
im Jahr von meinem

ihrem Anteil an dem Daimler-Geld gefragt. In Ungarn kam nichts davon an. Sie hat keine Antwort erhalten. Agnes hat auch den Herrn Woriescheck nach der Entschädigung oder wenigstens dem Lohn gefragt. Und sich über seine Antwort gewundert. Der zweiten Begegnung mit den Vertretern des Konzerns und den ehemaligen Zwangsarbeiterinnen folgten weitere. Gerd Woriescheck verließ 1997 den Konzern, an seiner Stelle wurde Dr. Otto Nübel, der Leiter des Konzernarchivs, mit dem Kontakt zu den Frauen beauftragt. Er reiste im Herbst 1997 zur Eröffnung der Ausstellung über das Außenlager Genslagen an. Auch die »Genshagenerinnen« waren in die Gedenkstätte Ravensbrück gekommen, sie wollten die Ausstellung sehen und ihrer ermordeten Gefährtinnen gedenken. Seine Aufgabe erfüllte Dr. Nübel charmant und gewissenhaft. Jede Frau erhielt ein kleines Präsent, wieder hatte man das schöne Hotel bezogen.. Alles hätte so gut sein können und ein Beispiel wirklich gelungener Versöhnungsarbeit eines deutschen Konzerns. Aber da war noch die Frage nach dem ausstehenden Lohn. Diese Frage gärte in den Frauen. Einige meinten, sie wollten nicht als Bittstellerinnen dastehen, es sei eine Frage der Selbstachtung, davon zu schweigen. Andere dachten anders, erinnerten an die Toten, die schon nichts mehr fordern konnten und meinten, sie dürften nicht schweigen. Alicja konnte einfach nicht diesen Ingenieur vergessen, der so einvernehmlich neben dem SS-Kommandanten mit der Reitpeitsche gestanden hatte. Sie konnte nicht vergessen, wie sie als Mädchen, das noch kein Mann nackt gesehen hatte, vor diesen Herren paradieren mußte. Sie erinnerte sich, wie sie im Herbst 1944 am Ufer des Schwedtsees gestanden und den Kirchturm an anderen Ufer gesehen hatte. Hier wohnen auch Menschen, die zu Gott beten, hatte sie ge-

Against Germany geschrieben und nach

dacht, wie können die das alles zulassen. Aber es muß ein anderer Gott gewesen sein als Alicjas, zu dem die Deutschen damals beteten. Alicja Kubecka sieht nicht ein, warum sie denen Geld schenken soll. Herr Dr. Nübel war nett und sehr allgemein, wiederholte die Argumente seines Vorgängers. Von einem Fonds war keine Rede.

Zur bisher letzten Begegnung der ehemaligen KZ- Häftlinge aus Genshgen und den Vertretern von Daimler-Benz, inzwischen mit einem amerikanischen Konzern zu DaimlerChrysler fusioniert, kam es im vergangenen November. Wieder waren inzwischen einige der Frauen gestorben. Kati Lang aus Budapest, die jahrzehntelang nicht einmal ihrer eigenen Schwester von ihrer Zeit in Genshagen/Ludwigsfelde erzählen konnte. Maria Kozlowska aus Warschau. Sie war damals mit ihrer Mutter in Genshagen, Maria überstand die Arbeit, ihre Mutter endete im Krematorium von Ravensbrück. Nach dem Besuch der Ausstellung schrieb sie an die Gedenkstätte: »Ich hatte während des Rundgangs das Gefühl, meiner Mutter ganz nahe zu sein. Mir war, als hätte sie mich die ganze Zeit zärtlich begleitet, ich fühlte direkt ihre Anwesenheit. Das hat mich glücklich gemacht, denn ich war ja dort, wo ihre Asche ruht, eine andere Spur existiert nicht.« Maria Kozlowska starb drei Monate nach diesem Brief, im März 1998. Wieder eine weniger, für die der Konzern zahlen müßte. Wenn er zahlen würde. Zu dieser letzten Begegnung waren die Frauen mit gewissen Erwartungen angereist. Inzwischen haben Rechtsanwälte in den USA eine Sammelklage gegen DaimlerChrysler eingereicht. Wie man aus jüngerer Geschichte weiß, könnte es da um ganz andere Summen gehen als die »Genshagenerinnen« beanspruchen. Und die Beschädigung des Images droht, der Verlust von Geschäftsbeziehungen. Auch andere Konzerne sehen sich mit den Forderungen ihrer ehemaligen Zwangsarbeiter konfrontiert, einige, wie Volkswagen, reagierten schnell mit der Ankündigung individueller Entschädigung. Industrie und Bundesregierung verhandeln, plötzlich erscheint den Konzernen ein Gemeinschaftsfonds als das Erstrebenswerte. Wenn doch nur die amerikanischen Rechtsanwälte ihre Klagen zurückziehen würden. Außer Herrn Dr. Otto Nübel war diesmal noch ein Manager von DaimlerChrysler angereist, Herr Dr. Ulsamer vom Finanzvorstand. Wieder traf man sich in dem schönen Saal des schönen Hotels. Herr Dr. Nübel forderte die vor ihm sitzenden Frauen auf, ihm vertrauensvoll zu sagen, »wo sie

der Schuh drückt.« Er sprach vom zusammenwachsenden Europa. vom Gedankenaustausch, den man pflegen müsse. Jozefa Janina Rucinska, die Sprecherin der Warschauerinnen, die im vergangenen Jahr noch beschwichtigend auf ihre Gefährtinnen eingewirkt hatte, der es nach Jahrzehnten voller Krankheiten. Einsamkeit und traumatischen Erinnerungen (»Schnel» ler, schneller, polnische Schweinel«) hauptsächlich um Versöhnung gegangen war, fragte im Namen aller nach dem Lohn. Wieder erklärte Herr Dr. Nübel, daß man doch gar nicht über alle ehemaligen Häftlinge Unterlagen habe. Sie hätten Unterlagen, erwiderten die vor ihm

sitzenden Frauen. Aber es ginge doch um Gerechtigkeit, versuchte Herr Dr. Nübel seine schwierige Mission zu meistern, was wäre mit denen, die in anderswo eingesetzt waren und keinen Konzern ansprechen könnten. Was wäre, wenn sich Leute meldeten, die gar nicht bei Daimler-Benz gearbeitet haben, sondern ganz woanders. Ja. was wäre dann. Die Frauen schwiegen. Ein junger Mitarbeiter der Gedenkstätte, der an dem Treffen teilnahm, stellte die Frage, ob es denn eigentlich so schlimm wäre, wenn der Konzern dem einen oder anderen eine Entschädigung zahle, der sie irrtümlich fordere. Die meisten der ehemaligen Zwangsarbeiter könnten ja ohnehin nichts



mehr fordern. Hier wurde der Herr vom Finanzvorstand unruhig, der ansonsten unbewegten Gesichts dabeisaß. Er sprach den denkwürdigen Satz, daß man so etwas den Aktionären nicht vermitteln könne. Schließlich habe der Konzern eine Verantwortung gegenüber den Aktionären. Nach so klaren Worten wurden auch die Frauen klarer. Wladislawa Mankowska erklärte, sie würde keiner vom Konzern bezahlten Einladung mehr folgen. Sie würde nicht mehr um etwas betteln wollen, was ihr zusteht. Es ginge um ihren Lohn mit Zins und Zinseszins, sie habe mit ihrer Gesundheit den Reichtum des Konzerns mitbezahlt. Und es ginge um eine Entschädigung für all die Demütigungen und Schläge, für die Würmer im kargen Fraß, für die Todesangst, für die kaputte Seele und den kaputten Körper. Sie sagte das Wort: WÜRDE. Herr Dr. Nübel, dem nur der Verweis auf die Verhandlungen mit der Bundesregierung und den zu gründenden Fond blieb, konnte einem leid tun. Und noch einen Moment gab es, wo der Vertreter des Konzerns seinen Job als mißlich empfunden haben dürfte. Das war, als die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen der Daimler-Benz AG am letzten Tag des Treffens die Daimler-City am Potsdamer Platz besichtigten. Ihre Neugier schlug in Bitterkeit um. Henryka Kluka sagte fassungslos immer wieder. "Diese Macht. Dieser Reichtum."

Nach einem Urteil des Deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 13. Mai 1996 können ehemalige Zwangsarbeiter ihre Entschädigung individuell nur noch bis zum 13. Mai 1999 einklagen. Zum Jahreswechsel schickte Herr Dr. Ulsamer den "Genshagenerinnen" eine vorgedruckte Karte voller guter Wünsche. Die Warschauerinnen haben jetzt mit einer Gruppe von 60 Männern Kontakt aufgenommen, den Überlebenden von über tausend Zwangsarbeitern, die in einem Außenlager von Daimler-Benz in Mannheim ganz ähnliches erlitten wie die Mädchen damals in Genshagen. Der Sprecher der Männer heißt Eugeniusz Szobski. Seit zehn Jahren kämpft er mit dem Konzern um den Lohn. Die Briefe der Herren vom Vorstand zeigte er Frau Rucinska. Höfliche Briefe, hinhaltende Formulierungen, Versatzstücke, die ihr bekannt vorkamen. Die Männer wollen nicht warten, bis der Termin vorüber ist. Sie erwägen die Klage über einen amerikanischen Anwalt, der schon gegen die Schweizer Banken erfolgreich war. Frau Rucinska berät sich mit ihren Gefährtinnen. Warum haben sie sich nicht früher mit den Männern verständigt. ? »Unsere Jungs« sagen die Frauen zärtlich. Und sie spüren, daß sie lange, sehr lange gewartet haben, für einige von ihnen zu lange. Aber nun ist ihre Geduld am Ende. Wie die von Agnes, Eva und Judith aus Budapest, wie die der slowakischen Jüdin Edita. Die blieb nach der Befreiung in Deutschland, weil zu Hause alle tot waren. Edita kämpft seit Jahrzehnten gegen die Depressionen. Ihre wunderbare Begabung für Liebe und Freundschaft, für Glanz und Schönheit, ihre bunten Tücher helfen nicht gegen die Alpträume. Sie war vierzehn Jahre alt, als sie nach Auschwitz kam, mit sechzehn war sie in Ravensbrück, mit siebzehn arbeitete sie für Daimler-Benz in Genshagen. Jetzt ist sie über siebzig und sie will ihren Lohn. Sie hat es den Herren von Daimler gesagt, bei der letzten Begegnung im November. Wahrscheinlich hört ein Konzern nicht auf Menschen, nur auf Anwaltskanzleien. Es gibt ein fast ungebräuchlich gewordenes deutsches Wort, das seit Martin Walsers Rede wieder öfter verwendet wird. Es heißt: SCHANDE.

Von Regina Scheer erscheint 1999 das Buch "Es ging Wasser wild über unsere Seele" im Aufbau-Verlag. Noch erhältlich ist von dieser Autorin im selben Verlag "AHAWAH, das vergessene Haus". CuS dankt dem FREITAG für die Genehmigung des Nachdrucks.

# Die Bioethik-Konvention. Rückblick und künftige Entwicklung

In einer Broschüre des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Württemberg zur Bioethik-Konvention heißt es "Typisch dürfte es sein, dass es vier Nicht-Fachleute waren, die 1994 die Diskussion über die Bioethik-Konvention des Europarates (Straßburg) ausgelöst haben. Die Text-Entwürfe wurden noch geheim gehandelt, als drei Frauen (aus NRW) und ein Mann (aus Süddeutschland) Wege fanden, an sie heranzukommen; sie übersetzten die Entwürfe ins Deutsche und erreichten im April 1994 ihre Veröffentlichung in der FR [Frankfurter Rundschau, Red.] Im Frühsommer 1995 wurde der betreffende FR-Redakteur wegen der genannten Veröffentlichung mit dem Wächter-Preis ausgezeichnet.'

Der erwähnte "Mann aus Süddeutschland" ist Jobst Paul. Er hat für CuS den nachstehen Beitrag verfaßt.

### Von der nachhaltige Wirkung der öffentlichen Kritik

Bereits ein Jahr ist vergangen seit dem denkwürdigen Entschluß der damaligen Bundesregierung im April 1998, die "Bioethik-Konventio" des Europarats – und vor allem ihre Kernthemen – aus dem Wahlkampf 1998 herauszuhalten und den Bundestag vor den Bundestagswahlen 1998 damit nicht mehr zu befassen. Ein kluger, wenn auch aus der Not geborener Entschluß, denn in den Regierungsfraktionen wären Zerreißproben unvermeidlich gewesen, die unmöglich bis zum Wahltermin hätten ausgestanden werden können.

Doch 1998 wiederholte sich nur, was vier Jahre zuvor, nämlich im Vorfeld der Bundestagswahl 1994 schon einmal, damals freilich im wirklich allerletzten Moment, für eine Vertagung gesorgt hatte: Die Parlamentarische Versammlung des Europarats nahm im Oktober 1994 Abstand von ihrer faktisch schon feststehenden Routine-Zustimmung zum damaligen Konventionsentwurf und folgte den alarmierenden Hinweisen, die zu den Inhalten der Konvention vorwiegend in der deutschen Öffentlichkeit laut geworden waren. Heute, [März 1999. Red.] nach einem Jahr ungewohnter regierungsamtlicher Stille, drängt sich deshalb zunächst eine Frage auf, die früher nur leise gestellt werden konnte: Was war und was ist der Grund für die nachhaltige Wirkung der öffentlichen Kritik über nun fünf Jahre hinweg - und wird diese Wirkung anhalten?

### Vom leichten und vom schweren Weg der Kritik

Die Antwort findet sich vielleicht in Überlegungen, vor denen die Kritiker standen, die zum Jahreswechsel 1993 auf 1994 plötzlich den damals noch geheimen Entwurf der Konvention in der Hand hielten. Wie sollte eine Handvoll Privatleute vorgehen, um in aller Eile eine gesamte Öffentlichkeit zu informieren, dieser Öffentlichkeit die vertrackten, dazu noch englischsprachigen Fußfallen eines entlegenen Straßburger Dokuments zu verdeutlichen und schließlich noch rechtzeitig der Politik in die Arme zu fallen? Die einzig mögliche Lösung fand sich letztlich von selbst, nämlich nicht den leichtesten, sondern den schwersten Weg zu wählen. Leicht wären einige entsetzte Hinweise auf die textlichen

Fußstricke des Textes gewesen, in der Hoffnung, Presse, Politik und die Öffentlichkeit würden der Betroffenheit der Kritiker schon Glauben schenken und dann den Hinweisen gewißsehr eilig nachgehen. Das wäre der leichteste Weg gewesen, aber auch ein sicher erfolgloser. Es blieb nur das Gegenteil: Die völlige Aufarbeitung des Materials und seiner Hintergründe, eine ideologische Analyse hin zu den tiefen menschenrechtlichen Bruchlinien des Texts und die Benennung der politischen Illegitimität seiner Entstehung.

So mühsam diese Arbeit war und so wenig sie ohne die Vorarbeiten im Rahmen der Singer-Debatte der Jahre ab 1989 möglich gewesen wäre – am Ende standen vor allem drei kritische Thesen, mit denen man  der Regierungen), sondern zielte auch auf die ideologisch fragwürdige und arrogante Forschungspolitik der Europäischen Kommission in Brüssel zugunsten gewisser wissenschaftlicher und Forschungsnetzwerke.
 Die dritte These richtete sich dement-

Die dritte These richtete sich dementsprechend gegen die autokratisch-selbstherrliche Art der europäischen Wissenschaft, der Forschung und der hinter ihnen agierenden Industrie.

Nicht verschweigen sollte man, daß diese grundsätzlichen Aussagen zugleich etwas anderes einschlossen, nämlich nicht weniger als ein umfassendes politisches, kulturelles und weltanschauliches Reformprogramm in Europa – bevor von einer Entwarnung überhaupt die Rede sein könnte.

Der Gang der Ereignisse bis heute hat nicht nur die Richtigkeit dieser Thesen bestätigt, sondern auch die damals sehr geringe Hoffnung auf öffentliches Gehör weit übertroffen, offenbar gerade weil die Kritik umfassend, grundlegend und detailreich ausgearbeitet worden war und es sich nicht leicht gemacht hatte. Dem konnten sich die verantwortlichen Adressaten auf Dauer nicht ver-

Pipa, es wird nicht leiche sein, der Versuchung zu widerstehen.

an die Öffentlichkeit treten konnte. Freilich – diese Thesen klangen kühn, doch allein vor ihrem Hintergrund waren die konkreten Stolpersteine des damaligen Entwurftextes erklärbar, sei es im Punkt der "fremdnützigen" Forschung an "nichteinwilligungsfähigen" Patienten, der "verbrauchenden" Embryonenforschung u.v.m.:

- Die erste These behauptete ein gespaltetes Menschenbild der Konvention entlang der angelsächsisch-bioethischen Doktrin.
- Die zweite These bestritt nicht nur die demokratische Legitimität des Europarats (als Organisation der Exekutiven, also

Arroganz und Vetternwirtschaft des EU-Forschungsapparates

schließen, zumal sich die Kritik - wie er-

hofft - zu einer Art subversiver denkeri-

scher Dynamik in der Breite entwickelt hat.

Obwohl nicht vorhersehbar und jeweils überraschend, sind alle bisherigen Einschnitte im Konventionsdrama dadurch motiviert gewesen, daß sich stets gewichtigere Stimmen aus dem gesellschaftlichen Spektrum nach akribischer Prüfung der Kritik anschlossen und damit den Ruf nach einer übergreifenderen ethischen Debatte —

durchaus über Deutschland hinaus - verstärkten. In ganz jüngster Vergangenheit kamen in Europa massive Einbrüche in einem durch Legitimationsmängel ausgehöhlten politischen Apparat hinzu. Für jene, die den Forschungsapparat der EU wegen seiner ideologischen Arroganz zugunsten der angelsächsisch-bioethischen Person-Doktrin und seiner skandalösen (hier: "wissenschaftlichen") Vetternwirtschaft seit Jahren kritisiert haben, war es eine Genugtuung, daß die Praktiken der EU-Wissenschaftskommissarin Cresson öffentlich wurden und schließlich zum Einsturz der gesamten bisherigen Kommissionsstrukturen führten: Mit den Stichworten Bioethik-Konvention und Gentechnologie ist das Europäische Parlament nun dem dramatischen öffentlichen Appell gefolgt, das demokratische Prinzip endlich als revolutionares Ethos ernst zu nehmen.

Auch dort, von wo die dramatischen Ereignisse um die Bioethik-Konvention ihren Ausgang nahmen, in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, versuchen inzwischen Parlamentarier, dem Apparat der Regierungen, dem sie früher eher teilnahmslos gegenüber standen, mutig entgegen zu treten: Die österreichische Abgeordnete Edeltraut Gatterer legte neulich dem "Social, Health and Family Affairs Committee" ein engagiertes Papier vor unter dem Titel "Assistance and care for the dying: the present situation in Europe", mit dem sie beabsichtigt, offensichtlichen Gefahren der Bioethik-Konvention demokratisch entgegen zu arbeiten. Ebenso: Die über Jahre hin recht provokant agierende Ethik-Berater-Gruppe der EU- Kommission kommt in ihrem neuesten Beratungspapier zur Embryonenforschung zur überraschenden Feststellung, in Europa ständen sich in Forschungsdingen eine utilitaristische und eine menschenrechtliche Position gleich stark gegenüber. Dies ist in zweierlei Hinsicht denkwürdig: Denn noch vor kurzem wäre die Mehrheit der Berater wohl unter keinen Umständen bereit gewesen, ein vom utilitaristischen Pfad abweichendes Papier auch nur in Erwägung zu ziehen, während sich eher gemäßigte Berater die Existenz einer bioethisch-utilitaristischen Person-Doktrin in EU-Köpfen als 'Diabolisierung' abtaten. Die verdrängte Grundsatzfrage brach nun am letztmöglichen Punkt auf: Bei der Frage der Zulässigkeit der "verbrauchenden" Embryonenforschung.

Dieser ausführliche Rückblick ist zugleich ein Versuch, die gegenwärtige Lage und die künftige Entwicklung des Konventionsprojekts einzuschätzen. Die derzeitige Stille in den nun politisch neu geführten deutschen Ministerien deutet auf ein unbehagliches Moratorium angesichts unausweichlicher ethischer Grundsatzfragen, damit aber auch auf ein administratives Ende des windigen Experiments einer "angewandten", d.h. hemdsärmeligen Ethik der kurzfristigen "Interessen". Der Plan zu einer auf vier Jahre angelegten Bundestags-Enquete-Kommission zur umfassenden Thematik der Humantechnologien (und damit auch zur Konvention), den die neue Regierung angekündigt hat, ist nicht vom Tisch - aber auch noch immer nicht "auf dem Tisch". Die Stille ist in der Tat spannungsgeladen wie am ersten Tag - gespannt zwischen den unverändert handfesten Forderungen der Humanforschung und einem vielleicht sehr lang zu führenden öffentlichen Diskurs über Ethik, Menschenbilder und philosophische Traditionen, der ohne europäische Dimension völlig undenkbar wäre. Aber gerade angesichts des nun offenbar gewonnenen Freiraums sollte weiterhin die Handregel gelten, ihn mit einer "Debatte von unten" auszufüllen (mag sie auch noch so improvisiert sein) und ihn unter keinen Umständen noch einmal den "Gremien" zu überlassen.

# Über die Unmöglichkeit, dem sogenannten Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin zuzustimmen

### These 1

In der Bioethik-Konvention (im folgenden: BEK) wird die Menschenrechts-Idee pervertiert. Das Menschenrecht des Schwachen auf unangetastetes Leben wird zugunsten der Rechte kommender Generationen eingeschränkt; und diese Einschränkung der Menschenrechte wird "Menschenrecht" genannt. Wer sich nicht an solcher Verhöhnung der Menschenrechtsdeklarationen ab 1948 mitschuldig machen will, kann der BEK nicht zustimmen.

Begründung: Schon die ersten Fassungen der "Bioethik-Konvention" beriefen sich in der Präambel auf die Europäische Menschenrechtstradition. Das wird seit 1996 sogar im Titel des Textes unterstrichen, er heißt jetzt: "Menschenrechtsüber-einkommen zur Biomedizin": Solche Bezugnahme hat sachlich keinen Grund, sie ist willkürlich und soll offenbar den Abschied von der Menschenrechtstradition verschleiern. - Genauer: Der Grundgedanke der Menschenrechtstradition ist die Überzeugung, dass der einzelne Mensch ein Recht auf Leben und Entfaltung hat, das ihm weder Einzelne noch Institutionen nehmen dürfen. Der Menschenrechtsgedanke besagt: Der Einzelne ist rechtlich in einem Lebensraum gesichert, zu dem weder der Staat noch die Gesellschaft, weder die kommenden Generationen noch die gesamte Menschheit ein Zutrittsrecht haben. Es geht also um das Recht des Einzelnen im Gegenüber zur Übermacht der Vielen, der Großen, der Starken.

Ohne jeden Zweifel haben auch die Vielen, die Großen, die Starken Rechte gegenüber dem Einzelnen (Steuerrecht und anderes mehr). Dieses Recht der Allgemeinheit an den Einzelnen aber "Menschenrecht" zu nennen, ist unsinnig; damit würde der Kern des Menschenrechtsgedankens vernebelt.

Und genau dieses geschieht in der Konvention. In der Präambel ist von einer "Fortentwicklung der Menschenrechte" die Rede; und die sieht so aus, dass auch die Menschheit ein Recht hat gegenüber dem einzelnen Menschen. Noch einmal: Ein solches Recht hat sie. Nur: Wer dieses Recht in den Rang der Menschenrechte hebt, hat entweder den Ansatz der Menschenrechtstradition nicht begriffen, oder er will die Diskussion bewußt vernebeln. Was mit solcher Vernebelung möglich wird, ist zum Beispiel dieses: Das Recht der Menschheit (der künftigen Generationen) darauf, dass "dieser" altersdemente Mensch sich auch ungefragt fremdnützige Forschung gefallen lassen muß (denn irgendwann einmal könnte ja die Alzheimer-Krankheit vielleicht besiegt sein) dieses Recht bekommt nun (da es ja ein "Menschenrecht" genannt wird) die gleiche fundamentale Bedeutung wie das Recht dieses Kranken auf körperliche Unversehrtheit. Der Menschenrechtsgedanke ist pervertiert, ad absurdum geführt. Der Menschenrechtsgedanke ist nicht einfach ausgelöscht, aber er ist in Relation zu anderen Optionen getreten; er steht nicht mehr absolut, er wurde relativiert. Und damit wurde die Menschenrechtsidee, die man vorgeblich 'fortentwickeln' (Präambel) wollte, in Wahrheit verlassen!

### These 2

Der Bundestag hat in seinem Beschluss vom 29.6.95 nach ausführlicher Debatte über die BEK die klare Priorität der Würde des Menschen vor allen anderen Rechtsgütern (etwa der Forschungsfreiheit) unzweideutig herausgestellt; das gleiche gilt auch vom Bundesratsbeschluß vom Mai 1995. Unverändert halten jedoch die Befürworter der BEK an ihrer These fest: Menschenwürde und Forschungsfreiheit seien zwei gleichrangige fundamentale Rechte, die in eine "Balance" (M. Palacios) gebracht werden sollen. Damit ist die genannte Priorität der Menschenwürde aufgegeben. Die Menschenwürde wird relativiert, was in schroffestem Gegensatz steht zum Artikel 1 unserer Verfassung.

Begründung: "...die Würde des Menschen und weitere unverletzliche Schutzrechte (dürfen) zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt sein. Sie setzen dem medizinischen und technischen Fortschritt Grenzen und erlegen dem Staat darüber hinaus die Verpflichtung auf, den Einzelnen wirksam vor mißbräuchlicher Anwendung der neuen Erkenntnisse zu schützen", so heißt es in der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 29.6.95. - Wenn ich mich heute an die Bundestagsabgeordneten "meines" Wahlkreises wende mit der dringenden Bitte, der BEK ihre Zustimmung zu verweigern, dann erwarte ich von ihnen also keinesfalls ungewöhnliche geistig-moralische "Turnübungen", die sie nie geprobt hätten. Ich bitte sie schlicht darum, bei dem eindeutigen Festhalten an Art. 1 GG, wie es im Bundestagsbeschluß von Juni 1995 zum Ausdruck kommt, weiterhin zu beharren.

Auch Kritiker der BEK loben vielfach zunächst die Präambel, deren hohe Grundsätze der weitere Text allerdings nicht durchhielte. Ich sah es von Anfang an anders. Schon die Präambel zeigt dem aufmerksamen Leser, was eigentlich gemeint ist: Die Menschenwürde des Individuums wird zunächst dadurch abgeschwächt, dass ihm die Spezies (der "Mensch als Gattung" und die künftigen Generationen) gleichgewichtig nebengeordnet wird; dadurch aber, dass die Spezies immer größeres Gewicht bekommt, dadurch zudem, dass ihr eine weitere Größe nebengeordnet wird, nämlich der Fortschritt der Wissenschaft, gerät das Individuum immer weiter ins Hintertreffen.

Deutlich wird diese grundgesetzwidrige Relativierung der Menschenwürde auch in der Forderung, der Forschungsfreiheit den gleichen Rang wie der Menschenwürde einzuräumen. Angeblich gibt es zwei fundamentale Rechte: Das Recht auf Leben des Einzelnen und das Recht der Forschungsfreiheit; beide Rechte seien gleich fundamental! Die heutige Aufgabe sei, zwischen beiden eine "Balance" zu schaffen. Auch damit ist die Menschenwürde relativiert: Sie muß sich ins Benehmen setzen mit den Forschern, muß mit ihnen verhandeln und Kompromisse schließen.

Dadurch, dass auf diese Linie auch die deutsche Forschungsgemeinschaft öffentlich eingeschwenkt ist, wird die Sache nicht besser: In einem Text vom März 1996 heißt es: "Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, einen Ausgleich zwischen kollidierenden Grundrechten zu schaffen, also zum Beispiel zwischen dem Grundrecht auf Forschungsfreiheit und dem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. (...) Zu bedenken ist, dass das Zurücktreten zum Beispiel des Grundrechts auf Leben ...gegenüber dem Grundrecht auf Forschungsfreiheit letztlich zu

# Wir über uns: Informationen für neue Leserinnen und Leser

Der Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) besteht seit 1919. Die in der Weimarer Republik zahlenmäßig wie qualitativ bedeutende religiös-sozialistische Organisation wurde 1933 verboten, viele ihrer Mitglieder starben durch den Faschismus. Nach 1945 entstand der BRSD neu, wurde aber im kalten Krieg zwischen den Machtblöcken zerrieben. In den 70er Jahren war nur ein kleiner Rest übriggeblieben, der zusammen mit Christinnen und Christen aus der Studentenbewegung den Bund neu aufbaute.

Heute sind wir eine kleine, aber lebendige Gruppierung, die ihre Aufgabe darin sieht, in Kirche und Gesellschaft die Interessen der Unterprivilegierten bei uns und in der Weit zur Sprache zu bringen, die Ursachen von Armut, Verelendung und ökologischer Krise zu benennen und für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu arbeiten. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaftsordnung, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Richtschnur dieser Praxis ist für uns das Evangelium und das verheißene Reich Gottes. Die Bibel spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der "die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet". Jesus von Nazareth hat das "Reich Gottes" für diese Erde verkündet.

Wir sind keine Partei und keine Sekte, auch keine neue Kirche oder Therapiegruppe. Wir gehen auch nicht davon aus, daß wir im Besitz der alleinigen Wahrheit sind. Wir sind ein Zusammenschluß von Menschen verschiedener Berufe, Theologinnen, Intellektuelle aller Sparten und auch Angestellte, Arbeiterinnen, Studentinnen usw. Wer Karriere machen will, ist bei uns falsch. Auch bezahlt wird bei uns niemand.

### Wer mit uns der Meinung ist

- · daß das Ende des "realen Sozialismus" nicht das Ende der Geschichte ist;
- daß Gottes Reich auch eine Verheißung für diese Erde ist ("Wir harren eines neuen Himmels und einer neuen Erde");
- daß die beste (aber nicht einzige!) Form der Solidarität mit den Armen dieser Welt er Kampf um Veränderungen in den kapitalistischen Zentren ist;
- daß Christinnen zu dieser Befreiung mehr beizutragen haben, als ein mehr oder weniger frommes Gemüt;
- daß es nicht genügt, Basisgemeinden in Brasilien schick zu finden, aber sich in der BRD vor einer Organisierung zu hüten;

wer mit anderen zusammen Antworten suchen und zusammenarbeiten will, die/den laden wir ein, sich mit uns zusammen auf den Weg zu machen. Jedes Abo und jede Mitgliedschaft/Mitarbeit stärkt uns und unsere Arbeit.

deren eigenem Schutz (zum Beispiel zur Entwicklung von Therapiemöglichkeiten ...) geboten sein kann".

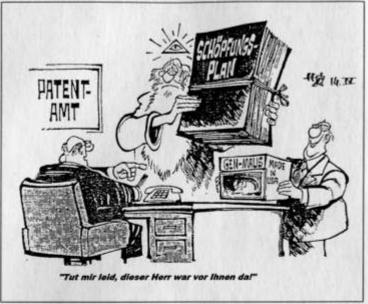
Ich setze noch einmal die gute und klare Position des Deutschen Bundestages dagegen: In der Debatte vom Juni 1995 formulierte Peter Altmaier als Konsens al-

Fraktionen: "Die Würde des Menschen ist für uns eine absolute Grenze für die Anwendung dessen, was technisch und medizinisch "machbar" ist." Diese Position zwingt aber zu der Frage: Sind die Bioethiker und ihr Anhang bereit akzeptieren: ZU Wenn die Menschenwürde (die-"absolute Grenze") durch die Forschungsfreiheit nicht rela-

tiviert werden darf, dann hat das zwingend zur Folge, dass sich die Forschungsfreiheit eine Relativierung durch die Menschenwürde gefallen lassen muß? Denn beim gleichen Thema kann es im Konfliktfall niemals zwei "absolute" Rechtsgüter nebeneinander geben.

Die Relativierung der Menschenrechte des Einzelnen (vgl. These 1) und die Relativierung der Menschenwürde (vgl. den augenblicklichen Zusammenhang) müssen wir einen skandalösen Etiketten-Schwindel nennen: Die ehrwürdigen und bei uns allen in hohem Ansehen stehenden Begriffe "Menschenwürde" und "Menschenrechte" werden beibehalten, die Sache aber wird in beiden Fällen nicht mehr sauber durchgehalten, zum Teil wird sie in ihr

Gegenteil verkehrt. Wenn der Bundestag über die BEK abstimmt, sollten sich die Abgeordneten zuvor nicht von denjenigen einlullen lassen, die so argumentieren, als besage unser Grundgesetz: Die Interessen des Wirtschaftsstandorts Deutschland sind unantastbar. Sage niemand, das decke



sich "im Grunde" mit dem tatsächlichen Grundgesetz-Text! Nein, die Priorität ist eben nicht auf zwei Größen teilbar. Entweder spielt der Wirtschaftsstandort Deutschland (bzw. Europa) die erste Geige, oder die Würde des Menschen ist unantastbar.

### These 3

In den zwanziger Jahren wären die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen für die heutige Bioethik wesentlich günstiger gewesen. In der Bundesrepublik Deutschland aber hat die BEK, solange unsere Politiker den Boden des Grundgesetzes nicht verlassen, keinerlei Chance.

Begründung:Dass die Würde des Menschen nach Art. 1 GG unantastbar ist. weiß jeder. Aber wie wichtig, fundamental und bedeutungsvoll dieser Satz ist, wissen viele nicht; auch ich habe es erst vor kürzerer Zeit bei dem Verfassungsrechtler Günter Düng gelernt: Unser Grundgesetz ist im Laufe der Zeit mehrfach geändert worden. Kann dann auf Art. 1 wirklich gebaut werden, ließe sich nicht auch dieser Satz ändern? Düng weist hin auf Art. 79 Abs. 3: "Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig." Düng spricht hier von einer "Ewigkeitsentscheidung"; denn der Art. 1 GG kann auch nicht mit Einstimmigkeit aller Bundestagsabgeordneten ausgehebelt werden. Anders gesagt: Wer den Art. 1 GG aushebeln will, will unseren Staat aushebeln, das hieße: Er ist Terrorist. Noch anders gesagt: Wer, wie es gelegentlich geschieht, in Diskussionen über die BEK den Hinweis auf den Artikel 1 GG arrogant abtut als ein Argumentieren mit der "sogenannten Menschenwürde", der benimmt sich, behaupte ich, terroristisch.

Unser Grundgesetz ist nicht nur eine Reaktion auf die Greuel des "Dritten Reiches", sondern auch eine Reaktion auf die Weimarer Verfassung. In ihr hieß es: Alle Gewalt geht vom Volke aus. Das heißt: Wenn das Volk es will, wenn sich dafür die erforderlichen Mehrheiten finden lassen, könnte man Gesetze beschließen, nach denen Behinderte zu töten sind, oder über 90jährige, oder Homosexuelle, oder Juden - je nachdem, wofür man Mehrheiten bzw. Akzeptanz findet. Wenn alle Gewalt vom Volke ausgeht, ist der Einzelne den Mehrheiten ausgeliefert. Und das ist im GG prinzipiell anders. Düng bringt das in die prägnante Formulierung: "Früher (noch während Weimar) galten die Grundrechte nur nach Maßgabe der Gesetze; heute gelten die Gesetze nur nach Maßgabe der Grundrechte". Das

hieße m.E. für unseren Zusammenhang; Solange die Argumente nicht widerlegt sind, die besagen, dass die Menschenwürde in der Bioethik-Konvention nicht klar gesichert ist (vgl. These 2 mit Begründung), darf diese Konvention auf dem Boden der Bundesrepublik keine Gültigkeit beanspruchen, gleichgültig, wie die Mehrheiten in den Parlamenten votieren.

### These 4

Ein besonders starkes Argument für die Ratifizierung der BEK, auch wenn diese in vielen Punkten nicht den hohen deutschen Schutzstandard formuliert, ist angeblich das Argument: Deutschland muss hier zu gewissen Kompromissen bereit sein, da nur so erreicht werden kann, dass für ganz Europa erstmalig verbindliche Mindest-Standards festgeschrieben werden. Dieses "Argument" ist total hinfällig, da die in der BEK formulierten Standards keineswegs von allen Vertragsstaaten übernommen werden müssen.

Begründung:Die BEK definiert nicht die Begriffe "jeder" und "Mensch". Jeder Beitritts-Staat soll diese Definitionen für sich vornehmen. - Und das erregt demjenigen Schwindelgefühle, der sich etwas auskennt in den heute möglichen und in manchen Fach-Kreisen üblichen Definitionen. Der vehemente Bioethik-Befürworter und Bochumer Philosoph Hans-Martin Sass zum Beispiel unterscheidet zwischen "biologischem menschlichen Leben, Organleben, Zell-Leben, Gewebeleben" und "menschlichem personalen Leben" und sagt dann, nur das personale Leben, das es frühestens ab dem 57. Tag nach der Empfängnis und spätestens bis zur Feststellung des Hirntodes geben könne, sei "ethisch zu würdigen und rechtlich zu schützen": Vor dem 57. Tag und nach der Feststellung des Hirntodes ist ein menschliches Wesen kein "Mensch" Im vollen Sinne des Wortes (Sass: "kein vollwerti-

ges Mitglied der Rechts- und Solidargemeinschaft"). Nach dieser Definition eines deutschen Professors sind also beispielsweise Embryonen vor dem 57. Tag weder ethisch zu würdigen noch rechtlich zu schützen. Wenn solche Definitionen auf dem internationalen Bioethik-Markt gehandelt werden, wenn (zweitens) jedem europäischen Staat für seinen Bereich eine Menschen-Definition freigestellt ist, und wenn (drittens) die Verfasser der BEK die Aufgabe hatten, für ganz Europa verbindliche Mindeststandards zu formulieren, dann ist es erwiesen: Das CDBI (der "Lenkungsausschuß") hat seine "Schulaufgaben" in keiner Weise bewältigt; denn es bleibt völlig unklar, welche Menschen in den verschiedenen Europarats-Staaten als "Menschen" anerkannt werden und damit den fraglichen "Schutz" dieser Konvention überhaupt für sich in Anspruch nehmen können. - Es gehört kaum Phantasie dazu, sich beispielsweise vorzustellen, ein Staat übernimmt die genannte Sass-Definition und ermöglicht damit (auch verbrauchende) Embryonen-Forschung bis zum 56. Tag (!) - wo blieben dann die ständig behaupteten für ganz Europa verbindlichen Mindeststandards?I

Wer zudem noch die Tatsache in Anschlag bringt, dass die BEK selber durch "Vorbehalts"-Regelungen ausdrücklich die Möglichkeit schafft, dass Staaten bestimmte Artikel der BEK nicht für ihr Hoheitsgebiet übernehmen, der muß zu dem Urteil kommen: Politiker, die uns trotz allem die Konvention empfehlen mit dem Argument, durch sie kämen erstmalig im medizinischen Bereich für ganz Europa verbindliche Mindest-Standards zur Geltung, sind entweder von den Bioethikern und ihrer finanzstarken Lobby über den Tisch gezogen worden, oder (falls sie die genannten Sachverhalte durchschauen) sie versuchen, das deutsche Volk, den sogenannten Souverän, über den Tisch zu ziehen. – Müssen die Politiker (bzw. das deutsche Volk) sich das gefallen lassen? Müssen wir dieses chaotische Regelwerk wollen, wenn wir Europa wollen?

- Als Mensch weiß ich, daß es die Menschlichkeit nicht verträgt, wenn wir uns einteilen in Nötige und Überflüssige, in Wichtige und solche, an denen man ungestraft experimentieren darf.
- Als Christ glaube ich, daß es niemals im Sinne Jesu sein kann, zu einem Menschen, und sei er noch so geschädigt, zu sagen: Weg damit!
- Als Theologe durchschaue ich die bioethische Rationalität als rational nicht ableitbares Bekenntnis: Kein Mensch hat unbedingtes Lebensrecht; er hat es nur, wenn er es nachweist. Ich setze das christliche Bekenntnis dagegen (es ist ebenfalls eine Setzung): Jeder Mensch hat schon vor jeder Leistung ein uneingeschränktes Lebensrecht und behält es für immer.
- Als Rollstuhlfahrer ist mir klar: Die "Bioethik- Konvention " ist kein Angriff nur auf behinderte Menschen. Vielmehr werden alle Menschen wie Sachen behandelt: Man will sie nur behalten, wenn und solange man sie gebrauchen kann: Das Ding wird zum Maß aller Menschen.
- Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland bin ich überzeugt: Die "Bioethik-Konvention " wäre nicht einmal mit einer Grundgesetz-Änderung zu haben, sondern nur nach Abschaffung unserer Verfassung.
- Insgesamt kann ich zur "Bioethik- Konvention" in den vorliegenden Fassungen nur ein absolutes Nein sagen und meine Mitmenschen, insbesondere meine Mitchristen, ebenfalls zu einem entschiedenen Nein aufrufen.

# **Droht uns die totale Medizin?**

### Ein Nichtfachmann versucht, die sogenannte Bioethik zu verstehen

Der Autor, Pastor i.R. D. Ulrich Bach, gehört gegenwärtig zu den Autoren, die - weit über die Grenzen der Theologie hinaus - Menschen zum Nachdenken und zu leidenschaftlichen Debatten herausfordern. Wie kaum ein anderer hat er sich in den vergangenen Jahren an der Kursbestimmung der Diakonie beteiligt. Sein Referat wurde gehalten am 21. September 1995 innerhalb der von der Evangelischen Markus-Gemeinde Dortmund veranstalteten Informations- und Gesprächsreihe "Biotechnologie und Medizin auf Fortschrittskurs – wir werden nicht gefragt".

### Worum geht es eigentlich?

Die Fortschritte in Biologie und Medizin waren in den letzten Jahrzehnten so rasant, daß die Vision immer stärker wurde, eine Welt mit weniger Krankheit und Leid schaffen zu können, vielleicht gar eine Welt ohne Krankheit. Damit verlagerte oder erweiterte sich aber die Blickrichtung der Medizin: Sie weiß sich nicht mehr nur dem Einzelmenschen verpflichtet, sondern ebenso auch den künftigen Generationen. Schon in der Präambel der Bioethik-Konvention des Europarates (Entwürfe Juli 1994, Februar 1995) wird klar gesagt, der Mensch sei einerseits das Individuum, gleichzeitig aber auch Glied der Gattung, der Spezies "Mensch". Ivan Illich sieht hier offenbar keine Erweiterung, sondern eine Ablösung: Mit der Bioethik "hat die Medizin aufgehört, den Blick auf die Leiden der Kranken zu richten: Objekt der Fürsorge ist das sog. 'Leben' geworden" (zit.: Feyerabend, S. 677). Ähnlich sieht auch Rena-

te Schernus kein Sowohl-als-auch, sondern ein Entweder-oder: "Gesehen werden nicht mehr Individuen, deren Leid so weit wie möglich zu lindern ist, - sondern Belastungen, die man vermeiden kann" (Schernus a., S. 7). Auch manche Befürworter der Bioethik drücken sich so aus, als dächten sie tatsächlich in einem scharfen Entweder-Oder, als hätte sich der Blick der Medizin in den letzten Jahrzehnten nicht erweitert, sondern verlagert; ich denke einmal an Sätze von N. Hoerster, auf die ich an späterer Stelle eingehen werde, zum anderen an Hans Martin Saß, der von einer "Wende in der Medizin" spricht: "weg von der Akutbehandlung, hin zum Vorbeugen" (ZP. 5. 63).

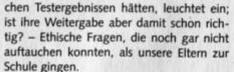
So oder so: Bei der zur Rede stehenden Entwicklung zeigte es sich überdeutlich, daß wir im ärztlichen Bereich mit den bisherigen ethischen Festlegungen längst nicht mehr auskommen. Das Leben ist zu schützen; Kranken ist zu helfen; das Leben soll dem Tod möglichst lange abgetrotzt werden: Im Grunde kam die ärztliche Kunst mit diesen drei schlichten Sätzen jahrhundertelang aus. Aber wenn es möglich ist, auch vorgeburtliches Leben zu untersuchen und zu beeinflussen: Muß es unter allen Umständen geschützt werden, auch wenn es stark geschädigt ist? Und: Ab wann ist es zu schützen, schon vom ersten Tage an oder erst nach 12 Wochen? Aber weiter: Welches "Leben" muß geschützt werden (s.o.): das Leben des ungeborenen Kindes (Individuum), oder sind hier die Interessen der künftigen Generationen (Spezies), ihr Anspruch auf Gesundheit zu schützen? - Wenn es auf der anderen Seite möglich ist, auf Sterbende so Einfluß zu nehmen, daß vielfach der funktionierende Kreislauf auch nach Ausfall sämtlicher Gehirnströme in Gang gehalten werden kann, halten wir auch dann an dem Satz fest, das Leben müsse dem Tod möglichst lang abgetrotzt werden? Was ist sinnvoll, wann kann ärztliche Kunst unmenschlich werden? – Ist es

notwendig oder überschreitet es die Grenze zum Zynismus, wenn wir auch diese Frage nicht nur im Blick auf den einzelnen. sondern ebenso im Gedanken künftigen an die Generationen stellen? So sagt Ulrich Eibach: "Wenn es etwa auf der Basis der zunehmenden Entschlüsselung genetischer Steuerungsmechanismen gelingt, die Krebskrankheiten zu besiegen, so würde sich allein dadurch die

durchschnittliche Lebenserwartung um mehr als zehn Jahre erhöhen, eine Aussicht, die jedem Sozialpolitiker Alpträume verursachen und einen bisher undenkbaren Prozentsatz des Einkommens für Gesundheits-, Alters- und Pflegeversicherung kosten würde" (Eibach, S. 5). Auch jetzt also: Was ist sinnvoll? Was können wir tun? Was sollen wir tun? Was dürfen wir tun? U. Eibach spricht mit Recht von einer "Krise der Ziele der Medizin" (a.a.O.). – Ohne hier den gesamten Themen-Katalog vorstellen zu können, nenne ich noch wenige Punkte:

Gentests: Durch genaue Untersuchung eines winzigen Blutstropfens läßt sich feststellen, ob der betreffende Mensch die Wahrscheinlichkeit in sich trägt, im Laufe seines Lebens an bestimmten Krankheiten zu erkranken. Es gibt z.B. eine fortschreitende und unheilbare Krankheit, die erst im Alter von etwa 35 Jahren ausbricht. Voraussagen (mit recht großer Wahrscheinlichkeit) ließe sie sich aber schon im Säuglingsalter. Ist es sinnvoll, das zu untersuchen? Soll man den Betreffenden dar-

über aufklären? Denn kann wann ein Mensch diese Wahrheit verkraften: Mit 40 Jahren werde ich schwer körperbehindert sein? - Weiter: Dürfen solche Testergebnisse weitergegeben werden? Welcher Arbeitgeber würde einen so belasteten Menschen anstellen, welcher Versicherer mit ihm eine Lebensversicherung abschließen? Daß Wirtschaft und Versicherungsgesellschaften Interesse an sol-



Transplantationen: Sind Organverpflanzungen überhaupt sinnvoll? Ist die Einwilligung, ein eigenes Organ dann zur Verfügung zu stellen, wenn man im Sterben liegt, selbstverständliche Pflicht jedes anständigen Menschen, oder gibt es gute Gegengründe? Ist die Voraussetzung der Organentnahme die ausdrückliche vorherige Einwilligung, oder reicht schon das Nicht-Vorliegen einer ausdrücklichen Weigerung? – Die angedeutete Diskussion fragt vornehmlich nach medizinisch Mögli-

chem und rechtlich Erlaubtem; damit aber klammern wir die Fragen der psychischen Belastung für Spender und auch für den Empfänger, sowie für die Angehörigen weitgehend aus. Diesen Aspekt, "Organtransplantation aus der Sicht einer Angehörigen", bringt Gerda Esser sehr eindringlich zur Sprache. Gegen Ende ihres fast schonungslosen Berichts bekennt sie: "Ich habe bis vor einem Jahr 15 Jahre lang einen Organspenderausweis mit mir herumgetragen, aber nach meinem heutigen Erkenntnisstand würde ich kein Organ spenden, auch wenn es mir drei Tage nach meinem Herztod entnommen werden könnte, denn ich möchte nicht durch diese Organspende bewirken, daß ein Mensch das Martyrium der Transplantation erdulden muß. Ebenso möchte ich kein Organ empfangen, selbst wenn es aus einer Fabrik käme, da ich nicht durch die Hölle der Transplantation gehen möchte, lieber sterbe ich" (Esser, S. 425).

Zur Transplantation noch ein besonderer Punkt, der den wichtigen Bereich der Embryonenforschung berührt: Es gibt eine neue Therapie (Kenner sagen, die Erfolgsmeldungen seien unverantwortliche Übertreibungen; aber auch sie geben zu, daß Teilerfolge tatsächlich erzielt wurden). Bei dieser Therapie geht es darum, Gewebe von Embryonen zu transplantieren und zwar in das Gehirn von Parkinson-Patienten. Da man hierbei offenbar für jede Implantation das Gewebe mehrerer Embryonen braucht, entsteht die Frage: Wird man mehrere Abtreibungen so terminieren können, daß ein sinnvoller Zeitplan einzuhalten ist: wird man die Mütter darüber informieren, weshalb man sie bittet, mit dem Eingriff noch ein paar Tage zu warten; oder ist deren Zustimmung geradezu die Voraussetzung dieser Transplantation? -Seit einiger Zeit geht es mir so: Je mehr Einzelfragen ich wahrnehme, um so größer

scheint mir die Zahl der schwindelerregenden Probleme zu werden.

Eingriffe an nicht entscheidungsfähigen Menschen: Mit einem schwer geistig behinderten Menschen, der offensichtlich starke Zahnschmerzen hat, kann ich nicht über freie Arztwahl diskutieren; da muß ein anderer entscheiden, ob man einen Arzt aufsucht, und wenn, dann welchen. Wo aber liegen die Grenzen dieses notwendigen Verfügens? Ist es etwa berechtigt, an altersverwirrten Menschen zu experimentieren? Ich denke an Versuche zur Medikamentenwirksamkeit. Da gibt es das "Dilemma": Wer einwilligen kann, ist noch so wenig erkrankt, daß es unsicher ist, ob das, was ihm hilft, auch schwerer Erkrankten hilft. Wer aber schwerer erkrankt ist, kann nicht mehr einwilligen. Darf er trotzdem in eine solche Versuchsreihe einbezogen werden; oder nur dann, wenn für ihn keinerlei Risiko besteht; oder prinzipiell überhaupt nicht? (vgl. Helmchen, S. 15).

Ich nenne diese Dinge, um den Ruf verstehbar zu machen nach internationalen Absprachen über diese Probleme, von denen ich ja nur eine kleinste Auswahl angedeutet habe. Es ist zunächst einmal durchaus verständlich, daß seit Jahren gefordert wird, es müsse so etwas wie eine Europäische Bioethik-Konvention geben; denn hier kann nicht jeder Mediziner oder jedes Krankenhaus oder jedes Land für sich entscheiden. Dabei darf es allerdings nicht nur um vereinfachende, übersichtliche und kostengünstige Vereinheitlichung gehen; nötig sind vor allem Absprachen über ethisch-moralische Grundsätze: Was ist zu verantworten, was nicht? Denn wir wissen (und je offener wir die Zeit vor und nach 1933 im Blick haben, um so deutlicher wissen wir das): Es gibt eine "Schuld im Denken", wie es Schuld im Handeln oder Unterlassen gibt. Schuld im Denken ist etwas anderes als ein Denkfehler. Es ist das Denken in die falsche Richtung, darum ist jetzt



dringend geboten, dagegen zu denken. Die Glücksbesessenheit führt in unsägliches Unglück" (Seim, S. 56). Zu welchem Wildwuchs es ohne verbindliche Absprachen über ethisch-moralische Leitlinien (oder bescheidener: Über einen unaufgebbaren humanen Mindestanstand) kommen kann, welche Gedankengebilde in einzelnen Köpfen herumgeistern, möchte ich durch zwei Beispiele anzeigen.

Ein älteres Zitat aus dem Zusammenhang der Pränataldiagnostik: Der Gynäkologe Prof. Adamson sagte 1974: "Wenn wir eine genetische Erkrankung diagnostizieren, raten wir der Mutter stets zur Unterbrechung der Schwangerschaft, um ihr die Möglichkeit zu geben, eine neue Schwangerschaft zu beginnen - und wenn es in einzelnen Fällen notwendig ist, führen wir die Mutter in eine Abteilung unseres Krankenhauses, wo sie mongoloide, geistig zurückgebliebene Kinder und solche mit genetisch bedingten Abnormitäten sehen kann" (zit.: Sierck, S. 75). Da werden also behinderte Kinder ungefragt für eine willkürliche (das "notwendig" im Zitat ist pure Behauptung) Demonstration benutzt: 'Setzt bloß nicht so etwas wie uns noch einmal in die Welt!' Das ist der Propaganda-Satz, den die kürzlich Geborenen der Schwangeren beibringen sollen. - Welche Sorte von Ethik kommt hier zum Vorschein? Und wollen wir wirklich, daß sich diese Sorte von Ethik überall bei uns durchsetzt? Sind wir überhaupt gefragt worden?

Andererseits aber: Wollen wir eigentlich, daß wir gefragt werden; oder wäre es
uns lieber (weil bequemer), wenn diese
komplizierten Fragen von den Fachleuten
entschieden werden? Das wäre nicht nur
bequemer; zudem ließe sich auch die Tatsache leichter verdrängen, daß wir alle den
"Peter Singer in uns" (Schibilsky, S. 214,
217, 357) haben: Impulse der Ablehnung
und Ausgrenzung schwächerer Menschen.
Weil es aber ungemütlich ist, diese Dinge

sich und anderen ehrlich aufzudecken. kommen wir in "Gefahr-, unsere eigenen Schatten, Tötungsimpulse, Angst vor Fremdem und anderes mehr zu verdrängen und nach außen zu projizieren z.B. in die satanische NS-Vergangenheit, in das bioethische Kartell oder in Menschen, die wir schnell verteufeln wie Singer" (Schernus a., S. 8). - Mit dieser Frage wollte ich verhindern. daß meine Ausführungen an späterer Stelle einseitig werden; da werde ich deutlich kritisieren, daß manche Vertreter der Bioethik sehr eigenmächtig mit den demokratischen Institutionen umspringen und es mit der Würde des Menschen zuweilen nicht allzu genau nehmen; dabei dürfen wir aber die selbstkritische Frage nie aus dem Blick verlieren, ob wir selber es nicht oft vermeiden. unsere Mitsprache-Möglichkeiten auszuschöpfen und mancherlei destruktive Impulse wahrzunehmen, die in uns schlummern. - Linus S. Geisler formuliert kurz und bündig: "Jede Gesellschaft bekommt die Ethik, die sie verdient. Die Bioethik macht da keine Ausnahme" (Geisler a.).

Das zweite Beispiel ist jünger und gehört in den Bereich der letzten Lebensphase: Zwei dänische Wissenschaftler schrieben 1994 (zit. nach: Feverabend [u.a.], S. 30): "Nach unserer Auffassung scheint es ganz natürlich, zu sagen, daß die Organe lebendiger Personen lebenswichtige Gesundheitsressourcen sind, die wie alle lebenswichtigen Ressourcen gerecht verteilt werden müssen. Wir könnten uns daher gezwungen sehen, darauf zu bestehen. daß alte Menschen getötet werden, damit ihre Organe an jüngere, kritisch kranke Personen, umverteilt werden können, die ohne diese Organe bald sterben müßten. Schließlich benutzen die alten Menschen lebenswichtige Ressourcen auf Kosten von bedürftigen jüngeren Menschen." Ich setze Ausführungen dagegen, die Jürgen Seim wenige Jahre zuvor schrieb: "Aus dem Kampf gegen die Krankheit ist, wie Ulrich

Eibach sagt, ein Kampf gegen den Tod geworden. Nun weiß jeder, daß dieser Kampf zuletzt aussichtslos ist. Darum kippt die Anstrengung des beinahe allmächtigen Helfen- und Retten-Wollens auf ihrem Scheitelpunkt um in die Entschlossenheit zum bevollmächtigten Töten-Sollen. Die Ambivalenz der Hilfe, die von oben nach unten, vom Hilfsbereiten zum Hilfsbedürftigen geschieht, wird dann offenbar: Wo sie keine Hilfe zum Leben mehr sein kann, wird sie nicht etwa Hilfe beim Sterben, sondern Hilfe zum Tod" (Seim. S. 57).

Damit ist der Rahmen des Feldes "Worum geht es eigentlich?" vielleicht nicht abgesteckt, aber gewiß hinreichend angedeutet. [-]

In den "Beiträgen zur Diakonie", herausgegeben vom Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Württemberg erschien das Referat in stark erweitertet Fassung. Der abgedruckte Text ist ein Auszug. Die komplette Broschüre (ca. 30 Seiten) ist erhältlich beim Theologischen Referat des DWW, Postf. 101105, 70010 Stuttgart.

CuS dankt dem Autor und dem Diakonischen Werk für die Abdruckerlaubnis.

### Britta Baas

# "Nur die Methode ist neu, nicht das Gesetz"

Bischöfe wettern gegen die »Abtreibungspille« RU 486 – und unterschlagen wichtige Fakten. Britta Baas fragte die Ärztin Astrid Bühren.

Baas: Frau Dr. Bühren, in den Medien tobt der Streit um die sogenannte »Abtreibungspille RU 486«. Mehrere katholische Bischöfe halten sie für ein großes Unheil. Es ist von »Verharmlosung der Abtreibung«, ja sogar von »Privatisierung der Tötung« unschuldiger Kinder die Rede. Trifft die Kritik den Kern des Problems?

Bühren: Nein, denn da geht es um zwei völlig verschiedene Dinge. Einmal um die Abtreibung als solche. Diese Riesen-Diskussion haben wir ja eigentlich vor ein paar Jahren mit dem Urteil in Karlsruhe demokratisch abgeschlossen – nur einige Bischöfe offensichtlich nicht. Zum anderen geht es jetzt um RU 486 als Medikament, das in bestimmten Situationen angewandt wird. Übrigens nicht nur beim Schwangerschaftsabbruch. RU 486 wird zum Beispiel auch im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Krebs erforscht. Aber sie wird ja jetzt immer nur als »Abtreibungspille« be-

zeichnet. Den Ausdruck mag ich sowieso nicht.

Baas: Was stört Sie daran? Mit dieser Pille wird doch schließlich eine Abtreibung eingeleitet.

Bühren: Das ist richtig. Aber es werden auch andere Mittel angewandt, so etwa Prostaglandine, die mit RU 486 kombiniert werden. Die werden ja auch nicht per se als Abtreibungsmittel bezeichnet. Der Ausdruck »Abtreibungspille« treibt die ganze Diskussion in eine unselige Ecke. Sie würden doch bei einem chirurgischen Schwangerschaftsabbruch ebensowenig auf die Idee kommen, das Narkosemittel als Abtreibungsmittel zu titulieren. Außerdem schwingt bei dem Begriff der völlig falsche Eindruck mit: Die Frau geht in die Apotheke, besorgt sich diese Pille, und schon ist alles erledigt.

Baas: Der Schwangerschaftsabbruch mittels RU 486 wird gemeinhin als besonders schonende Methode propagiert. Doch er zieht sich dann über mehrere Tage hin. Ist das nicht psychisch weitaus belastender für die Frauen als ein operativer Eingriff?

Bühren: Rein medizinisch gesehen, ist es ein schonenderer Eingriff. Strenggenommen ist ja jedes operative ärztliche Handeln eine Körperverletzung – die aber unter der Voraussetzung gerechtfertigt ist, daß die Patientin der Operation zustimmt. Trotzdem bleibt ein Restrisiko: Sie wissen zum Beispiel nie genau, wie ein Mensch auf ein Narkosemittel reagiert. Und bei der Operation kann es auch zu Infektionen kommen – da muß gar kein ärztlicher Kunstfehler vorliegen.

Baas: Das beantwortet noch nicht die Frage, was eine Abtreibung mit RU 486 psychisch bedeuten kann.

Bühren: Aus psychotherapeutischer Sicht ist es ein Vorgang, den eine Frau bewußt erlebt und der damit auch nicht zu leugnen ist. Und das ist eine sehr wesentliche Sache für die Verarbeitung. Wohingegen ein operativer Eingriff - wenn die Frau es wünscht - durchaus unter Vollnarkose stattfinden kann. In dem Moment würde er sich nicht als bewußter Vorgang abspielen und damit auch schwerer zu verarbeiten sein. Grundsätzlich gilt aber: Was für die eine Frau der bessere Weg ist muß es für die andere noch lange nicht sein. Da spielen individuelle Fragen eine Rolle und letztlich die verantwortete Eigenentscheidung der Betroffenen.

Die Intention des Ärztinnenbundes ist es allerdings, mittels Prävention einen solchen Entscheidungskonflikt erst gar nicht entstehen zu lassen. Wir tun berufspolitisch sehr viel dafür, daß gesellschaftliche Bedingungen geschaffen werden, in denen Frauen auch ungewollte Schwangerschaften akzeptieren können. Da geht es uns speziell um die Situation Alleinerziehender, die mit gutem Gewissen Beruf und Kind vereinbaren können müssen. Schließlich be-

deutet Beruf ja Lebensunterhalt. Und wenn es dann wirklich vertrauenswürdige Kinderbetreuungs-Einrichtungen gibt, dann kann die Mutter beides mit gutem Gefühl verbinden. Außerdem will der Ärtzinnenbund, daß sich auch die Väter verantwortlich fühlen: Wir fordern deshalb zum Beispiel, daß die Erziehungszeiten gesetzlich geregelt von Mutter und Vater einzuhalten sind.

Baas: In diesen Fragen tun sich die katholischen Bischöfe in ihrer Mehrheit nicht allzu sehr hervor Dafür wetterten viele von ihnen in ihren Neujahrspredigten um so heftiger gegen die »Abtreibungspille«. Ärgert Sie das?

Bühren: Meine Kritik richtet sich gar nicht speziell gegen die katholische Kirche. Ich denke, das ist etwas, worauf alle ihr Augenmerk richten müssen. Für mich ist es immer ein Alarmzeichen, wenn ich Briefe bekomme - auch von Ärztinnen, die das ganz anders sehen als ich -, in denen quasi gefordert wird, daß der Schwangerschaftsabbruch beziehungsweise dessen medizinische Durchführung wie eine Strafaktion sein soll. Nach dem Motto: Wenn die Frau so etwas schon macht, dann soll es auch. verflixt noch mal, besonders weh tun. Eine solche Haltung finde ich aus ärztlicher Sicht unverantwortlich. Ich will das an einem Beispiel erklären: Wenn jemand einen Selbsttötungsversuch unternommen hat, ist das in den Augen vieler Menschen auch etwas, was man moralisch-ethisch nicht darf Behandeln wir diesen Patienten in der Klinik dann aber nach dem Motto: Na, nun sollst du aber mal büßen? Wohl kaum.

Baas: Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, spricht im Zusammenhang mit RU 486 von einer »neuen Form von Geburtenregelung«. Dahinter steckt der Vorwurf. Diese Pille wird zur praktischen und als solche sicher vielfach mißbrauchten »Pille danach«.

Bühren: Das ist ausgeschlossen. Wer RU 486 nehmen will, muß ebenso eine Schwangerschafts-Konfliktberatung chen wie Frauen, die einen operativen Eingriff bevorzugen. Ich will es noch mal ganz klar sagen: Bei RU 486 geht es nur um eine bestimmte, bei uns neue Methode des Abbruchs. Das Gesetz ist nicht neu: es ändert sich nicht durch RU 486. Und die Bedingungen, unter denen straffreie Abbrüche stattfinden, tun es ebensowenig. Der Deutsche Ärztinnenbund hat sich im übrigen schon damals, als das gesamte Gesetzgebungsverfahren anstand, klar für die Beratungspflicht ausgesprochen. Und gerade als Psychotherapeutin meine ich, daß sie ganz unumgänglich ist. Viele Frauen brauchen diese Gesprächsmöglichkeit, weil sie in ihrer Konfliktlage möglicherweise gar keine andere Gelegenheit haben, weil ihr persönliches Umfeld nicht danach ist.

Baas: Feministische Kritik richtet sich nicht nur gegen die Position der Bischöfe. Es gibt immer wieder auch Stimmen, die in RU 486 ein Mittel sehen, das Frauen noch abhängiger noch leichter verfügbar Männern gegenüber macht. Behindert RU 486 die Befreiung der Frau?

Bühren: Da stimme ich nicht zu, weil ich die Frauen prinzipiell für kompetent halte, solche Mechanismen zu durchschauen. Ärztliche Beratung muß diese Kompetenz jedenfalls stärken, Frauen vermitteln, daß sie selbst verantwortlich sind und den Mut haben müssen, nein zu sagen – wozu auch immer. Durch das Verbot eines bestimmten Medikaments diese Kompetenz untergraben oder überflüssig machen zu wollen wäre jedenfalls fatal.

Baas: Die katholische Kirche hat ihren entschiedenen Widerstand gegen die »Abtreibungspille« auch auf langer Strecke angekündigt Gleichzeitig ist noch nicht klar, ob katholische Konflikt-Beratungsstellen auf Druck Roms in diesem Jahr schließen müssen. Wird die öffentliche Debatte um

RU 486 den Ausstieg nicht endgültig besiegeln?

Bühren: Das kann ich nicht beurteilen. Für die katholische Kirche geht es aber aus meiner Sicht bei der gesamten Konfliktberatung um nicht mehr und nicht weniger als um die Frage, ob sie sich von der Lebenserfahrung der Hälfte der Menschheit verabschieden will oder nicht. Das Risiko einer ungewollten Schwangerschaft tragen schließlich alle Frauen, allel Das ist ein weiblicher Lebensinhalt. Es geht also um die Akzeptanz all der Frauen, die in diesem Leben drinstehen. Da steht für eine Kirche eine derart grundsätzliche Frage im Raum, daß sie sich das, denke ich, sehr gut überlegen sollte.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus: Publik-Forum, Zeitung kritischer Christen, Oberursel, Ausgabe 1/1999.

# Vor achtzig Jahren, vor hundert Jahren

Gedenken an Christoph Blumhardt

Vor mehr als einem Menschenalter, vor 80 Jahren, 1919, ist Christoph Blumhardt ("der jüngere", wie er zur Unterscheidung von seinem Vater genannt wird) im Alter von 77 Jahren gestorben. Der erste "Weltkrieg" hatte, menschlich gesprochen, seine Hoffnung auf das Kommen des Gottesreiches tief verletzt. Nicht nur das millionenfache Morden auf den Schlachtfeldern und die wahnwitzige Kriegspropaganda hatten ihm schwer zugesetzt; es war auch das Versagen der Kirchen angesichts von Hetze und fehlgeleiteter Begeisterung - und das Versagen des großen Teils der Sozialdemokratie, das ihn in Resignation stürzte. Schon als sein Landtagsmandat in Württemberg 1906 zu Ende ging und er sich nicht erneut aufstellen lassen wollte, hatte er gesagt: "Die deutsche Sozialdemokratie bietet augenblicklich kein erfreuliches Bild. Es fehlt die Liebe zum Feind. Sie sind nicht praktisch genug. ... Es ist ganz so wie in der Kirche." (Das war vor 93 Jahren...)

Vor hundert Jahren, am 19. Juni 1899, schlug eine besondere Stunde für den Sohn des großen schwäbischen Erweckungsmannes und Predigers Johann Christoph Blumhardt. Der Pfarrer von Bad Boll, 57 Jahre alt, längst weit bekannt als Nachfolger seines Vaters, als Seelsorger und Prediger, besuchte in Göppingen eine Arbeiterversammlung. Es ging damals um die "Zuchthausvorlage". Streikende Arbeiter sollten unmittelbar verhaftet und inhaftiert werden können. Blumhardt hört zu. Bald bezeichnet er die Gesetzesvorlage öffentlich als "Verbrechen an der Gerechtigkeit".

Was er in dem Saal in Göppingen antrifft, war nicht eine großartige Partei mit politischem Machtkalkül, sondern eine Menge verängstigter Arbeiter, die sich an Leib und Leben bedroht sahen, wenn sie zu der einzigen politischen Maßnahme greifen sollten, die ihnen seinerzeit möglich war: der Verweigerung ihrer physischen Arbeitskraft. "Wo Geängstigte sind, da hat man mich doch immer gesehen", sagt Blumhardt. Er fühlt sich "hineingerissen" in die Tätigkeit für die Arbeiter und damit die Sozialdemokratie. Was für ein ungeheuer großer Schritt das war, ist heute kaum nachzuempfinden. Eine riesige Kluft gähnte zwischen den beiden Welten "Kirche" und "Proletariat", über die Blumhardt - nicht etwa eine Brücke baute (das war gar nicht möglich), sondern: - hinüberging. Es war für ihn eine Bekehrung von der einen Seite zur anderen. Er verlor das Pfarramt und damit sämtliche Rechte als Pfarrer (auch die Alimentierung). Aber er verlor nicht seine Bindung an Christus. "Wollt ihr mich als Christusdiener oder nicht?" fragte er die Sozialdemokraten, und als sie zu ihm Ja sagten, sagte er in jeder Versammlung: "Ich stehe hier im Namen Jesu Christi". Auch die Berichte und Veröffentlichungen der SPD haben ihn nie auf die nur politischen Akzente zu verkürzen versucht.

Insofern war es aufs Ganze doch ein Brückenschlag, durch den andere hinüber und herüber gehen konnten. Auch wenn Blumhardt den Religiösen Sozialismus der Weimarer Zeit nicht mehr miterleben konnte, so gilt er doch zu Recht vor allem für die deutsche evangelische Christenheit als

der Vater der religiös-sozialen Bewegung und als das Vorbild, das Christen zur sozialistischen Verantwortung rief und Kirchenferne auf die große Botschaft Jesu vom Gottesreich aufmerksam machte. Unzählige seiner Worte, immer einfach und prägnant formuliert, jedem klar verständlich, haben Menschen begleitet und sind uns heute so nahe wie damals: "Das Himmelreich kommt von unten her." - "Gott hat das irdische Leben wichtig gemacht." -"Hinein in die Welt! Da ist Christus." -"Aus der Erde wird Gott uns wieder entgegenkommen." - "Gottesordnung muß Weltordnung werden." - "Der letzte Feind ist der Kapitalismus." - "So geht's nicht ewig fort in der Welt."

Aber auch: "Wir müssen alle Menschen in der Liebe Gottes sehen." – "Gott vergibt alle Sünde. Der Teufel iost nicht so wichtig." – "Die Harmonie zwischen Menschen und Natur muß kommen. …Und das wird die Lösung der sozialen Frage sein."

"Blumhardt hat immer das gleiche Evangelium verkündet", sagt eine Frau, die nach 1899 heimlich und gegen die Weisungen der leitenden Brüder ihrer pietistischen Gemeinschaft die Bibelstunden Blumhardts besucht (die Mutter Johannes Weissingers, der viele der Blumhardtschen Predigten mitgeschrieben hat). Sie fährt fort: "Aber ihr habt ihn ja nicht hören wollen und habt lieber den Lästerern geglaubt."

PS: Der ausführlichere Beitrag, den ich vor zehn Jahren über Blumhardt in CuS 2/1989 geschrieben habe ("Christoph Blumhardts Weg von der Erweckungsfrömmigkeit zum politischen Engagement") und auf den ich verweisen darf, war auf besondere Weise entstanden. Die charismatisch-erwecklich orientierte "Geistliche Gemeinde-Erneuerung" in der westfälischen Landeskirche hatte mich zu einem workshop-Beitrag ihres Gemeindetages in

Herne eingelanden mit der Thematik "gesellschaftlich-politische Dimension des Christseins". Ich habe mich darüber gefreut und entschloß mich - statt zu einer theoretischen Erörterung mit allerlei richtigen Behauptungen - zu dem Lebensbild Christoph Blumhardts vor allem anhand seiner Worte aus Predigten, Reden, Bibelarbeiten und Briefen, mit dem Ziel, auch angesichts der Bewegung, die seine Biografie mit dem großen Schritt von 1899 durchzieht, die Einheit und Folgerichtigkeit seines Lebensweges deutlich zu machen. Der "workshop" wurde zweimal gehalten und kam gut an. Die Frommen müssen merken, daß das politisch-soziale Engagement nicht aus der Luft gegriffen oder den unreligiösen Linken nachgebetet wird, sondern biblisch begründet ist. Dann wird es mitvollziehbar. (Wohin umgekehrt ein Sozialismus ohne Religion führt, ist inzwischen auch längst klar. Gebe Gott, daß es auch die Rot-Grünen von heute merken.)

### Literatur.

Klaus-Jürgen Meier. Christoph Blumhardt, Christ - Sozialist - Theologe. Bern 1979

Joh. Harder (Hg.): Christoph Blumhardt: Ansprachen, Predigten, Reden, Briefe (3 Bände). NeukirchenVluyn 1978

Leonhard Ragaz: Der Kampf um das Reich Gottes in Blumhardt, Vater und Sohn – und weiterf Erlenbach Zürich 1925 und später

# 50 Jahre Christ und Sozialist/ Christin und Sozialistin (3. Teil)

"1988 bis 1992 - die Zeit der Wende", eine Zeit vieler Veränderungen, fünf Jahre voller Umbrüche in Europa und der Welt. Das neue Layout vor allem der Titelseite. die ersten Versuche mit computergestützter Herstellung - das waren kleine Fische gegen das, was sich in der großen Politik tat. Wer die zum ersten Mal formulierten Themen (oder Doppeltitel) der Hefte liest, wird zu Recht den Eindruck haben, daß es uns vor allem um theoretische Klärung in den Umbrüchen der Zeit ging. Theologisches und Philosophisches spielte oft tiefgründig eine Rolle, Gedanken aus der Ökumene wurden aufgegriffen. Praktische eigene Arbeit und die grafische Gestaltung kamen noch zu kurz. Der Zusammenbruch des SED-Regimes und des Ostblock brachte zwar keineswegs den von uns naiv erwarteten Aufschwung ("Jetzt ist der Sozialismus endlich frei von dem Bild seiner Perversion im Sowjetstaat"), aber er machte uns keineswegs - wie anderen linken Blättern und Initiativen - den Garaus

So fügt sich auch bei CuS eine Phase an die andere. Das Jahrfünft meiner Arbeit für



CuS liegt nun schon eine Weile zurück. Wie könnte es anders sein, als daß manches uns heute auch sehr zeitgebunden erscheint? Ich denke, daß jedes Heft von C&S und jeder Jahrgang auch ein Dokument ist für die jeweilige Zeit – und für unsere Auseinandersetzung mit ihr. Möge es auch so weiter gehen – keine Angst vor zeitgebundenen Gedanken, Plänen, Projekten!



# die uns interessieren

Alex Lünskens

# "Es ist besser sich zu irren und niemanden umzubringen, als recht zu haben auf einem Berg von Leichen."

Über Lou Marins Buch "Der Ursprung der Revolte. Albert Camus und der Anarchismus"

Das 20. Jahrhundert war für Camus das Jahrhundert der Angst. Seit Gott für tot erklärt wurde, sind die Menschen dazu übergegangen, den Mord zu rechtfertigen. Sie opfern Menschen für ihre jeweilige Idee einer besseren Welt. Camus wollte keine neuen Gottheiten schaffen und auch keiner diesseitigen Erlösungsutopie das Wort reden. Den leeren Himmel aushalten und den Menschen retten waren die Grundideen seiner politischen Philosophie. Lou Marin stellt sie uns in einer- zumindest für den deutschen Sprachraum noch ungewöhnlichen Perspektive dar. Sowohl Camus' philosophische wie politische Gedanken als auch sein politisches Handeln standen Zeit seines Lebens in enger Verbindung mit libertären und anarchosyndikalistischen Ideen. Seine Auseinandersetzung mit der französischen kommunistisch-autoritären Linken war kein Ausdruck seiner Hinwendung zum bürgerlichen Lager, sondern seiner Ablehnung des politischen Zynismus, der iedes autoritäre System charakterisiert.

Der Ursprung der Revolte ist das erste Buch, das Camus' Nähe zum Anarchismus in dieser Ausführlichkeit darstellt und es bietet gleichzeitig einen Überblick über Camus' gerade heute wieder aktuellen politischen Ansätze. Wo uns die Luftangriffe auf Jugoslawien gerade mal wieder die Hilflosigkeit oder aber den Zynismus der autoritären Politik vor Augen führen, wo die großen Utopien, die auf ein Ende der Geschichte hofften, gescheitert zu sein scheinen, wo die postmoderne Dekonstruktion unserer Argumentationssysteme zur Begründung moralischer Beliebigkeit mißbraucht wird, kann ein Ansatz wie der hier Vorgestellte, Richtung weisen.

Es ist auch heute noch außergewöhnlich, eine politische Philosophie zu finden, die so sehr den konkreten Menschen in ihren Mittelpunkt stellt und die Solidarität mit dem/der Einzelnen als oberste Handlungsmaxime, ja als Begründung der menschlichen Existenz sieht, In Anlehnung an die Philosophie der Befreiung könnte mensch eine Option für den/die Einzelne, eine Parteilichkeit mit dem leidenden Menschen ausmachen.

Als Konsequenz sind Krieg und Todesstrafe als politische Mittel ausgeschlossen. Anstelle der entmündigenden Herrschaftspolitik, die für uns heute meist Synonym für Politik ü das Leben, die Kreativität des/der Einzelnen und seine/ihre Beziehung zu den and eren. Der private Mensch verlässt die ihm zugedachte untergeordnete Enklave und lässt einer übergeordneten Politik keinen Raum. Das ist die Revolte, die Bejahung des Lebens. "Die Revolte kommt nicht ohne Liebe, aus. Sie ist die Würde der Revolte."

Neben der grundsätzlichen Einführung in die politische Gedankenwelt Albert Camus' gewinnen die LeserInnen Einblick in sein politisches Engagement. Mit dem Wissen um die hier vorgestellten Fakten aus Camus' Leben lässt sich die These eines politischen Quietismus Camus' nicht mehr aufrecht erhalten. Seine grundsätzlichen Überlegungen zum Konflikt in Algerien

möchten ein Ausgangspunkt für eine wirkliche Lösung sein.

Für alle, die sich für Albert Camus interessieren, für alle, die auf der Suche nach ungewöhnlichen politischen Ansätzen sind, ist die Lektüre des Buches lohnend. Es ist erschienen im Verlag Graswurzelrevolution und wird zum Preis von 39,80 DM verkauft. Es ist der Erstling dieses Verlags, der sich auch weiterhin der politischen Biographie und der gewaltfrei-anarchistischen Theorie widmen will. Das nächste Buch ist schon in Arbeit und soll die Herausforderungen an den Anarchismus im 20. Jahrhundert behandeln.

Lou Marin, Der Ursprung der Revolte. Albert Camus und der Anarchismus, Verlag Graswurzelrevolution, ISBN 3-9806353-0-9.

# Arnold Pfeiffer

# Christentum aus jüdischer Sicht

Fritz A. Rothschild (Hg.): Christentum aus jüdischer Sicht. Fünf jüdische Denker des 20. Jahrhunderts über das Christentum und sein Verhältnis zum Judentum

Wie schwierig die Begegnung von Juden und Christen nach vielen langjährigen Bemühungen in dieser Hinsicht immer noch ist, mag sich am besten an den Auseinandersetzungen zeigen, die hinsichtlich eines würdigen Gedenkens an den Holocaust (die Shoa) sowohl in Berlin wie am polnischen Ort Auschwitz im Gange sind.

Christen, die gewohnt waren, von jüdischer Seite versöhnliche Worte zu hören, müssen sich jetzt von dem Rabbiner Pinchas Menachem Joskowicz sagen lassen: "Wir können dort nicht leben, wo ein Kreuz steht. Jenes Kreuz, das so nahe den Krematorien auf dem Gelände des ehemaligen Nazilagers errichtet wurde, bereitet uns mehr Schmerz als unsere ganze Tragödie." Von dem jüdischen Philosophen Jeschajahu Leibowitz in Israel ist zu hören, für ihn existiere das Christianschen Philosophen jür ihn existiere das Christianschen Philosophen Jeschajahu Leibowitz in Israel ist zu hören, für ihn existiere das Christianschen Philosophen Jeschajahu Leibowitz in Israel ist zu hören, für ihn existiere das Christianschen Philosophen Jeschajahu Leibowitz in Israel ist zu hören, für ihn existiere das Christianschen Philosophen Jeschajahu Leibowitz in Israel ist zu hören, für ihn existiere das Christianschen Philosophen Jeschajahu Leibowitz in Israel ist zu hören, für ihn existiere das Christianschen Philosophen Jeschajahu Leibowitz in Israel ist zu hören, für ihn existiere das Christianschen Philosophen Jeschajahu Leibowitz in Israel ist zu hören, für ihn existiere das Christianschen Philosophen Jeschajahu Leibowitz in Israel ist zu hören, für ihn existiere das Christianschen Philosophen Jeschajahu Leibowitz in Israel ist zu hören, für ihn existiere das Christianschen Philosophen Philosoph

stentum einfach nicht, das Christentum sei "Lug und Trug" (so in Leibowitz' "Gesprächen über Gott und die Welt").

In einer solchen geistigen Situation ist es überaus hilfreich, das vorliegende Buch in die Hand nehmen zu können, in dem Juden und Christen einander als Partner begegnen, die dabei sind, einander emstzunehmen. Das überaus verdienstliche Buch ermöglicht in gut ausgewählten Quellenstücken die Begegnung mit den jüdischen Denkern Leo Baeck (1873-1956). Martin Buber (1878-1965), Franz Rosenzweig (1886-1929), Will Herberg (1901-1977) und Abraham Joshua Heschel (1907-1972).

Die Texte sind nicht nur trefflich ausgewählt, sondern sie werden im Geiste einer dialogischen Gesinnung jeweils von christlichen Gelehrten eingeleitet – neben amerikanischen Gelehrten figurieren der katholische Theologe Bernhard Casper (Freiburg i.Br.), der über Rosenzweig gearbeitet hat, und der evangelische Exeget Ekkehard Stegemann (jetzt in Basel).

Nicht nur für Heschel, sondern (wie ich meine) für alle beteiligten jüdischen Denker gilt der Satz von John C. Merkle (S.284), es handle sich zwar sicher um die Bemühung, Judentum für Nichtjuden verständlich zu machen, aber mehr noch um die Bemühung, "Zeuge für Gott zu sein".

An drei Punkten mag die Aktualität solchen Zeugnisses gezeigt sein. Es gibt zur Zeit eine mindestens in ihrer Form unerfreuliche Debatte unter Christen (zumal Lutheranern und Katholiken) zum Thema "Rechtfertigung". Sollte da nicht mit Nutzen die jüdische Stimme Leo Baecks (von 1922!) zu hören sein?

"Diese fertige Gerechtigkeit, diese Sicherheit der Habenden", so sagt er kritisch, "hat sich oft auch in einer beruhigten, bequemen und fast satten Gleichgültigkeit bekundet. Wie sie in sich selbst befriedigt war, so vermochte sie auch, sehr vieles, ohne beunruhigt zu sein, mit anzusehen" (S.97) – Was für eine Vorauswarnung für die Jahre nach 1933, und was für ein Trauerspiel, daß das deutsche Luthertum sich damals nicht warnen ließ!

Oder dann die Aufnahme von Gedanken des deutschen religiösen Sozialisten Paul Tillich (die dieser in seinem 1933 gedruckten, aber nicht mehr ausgelieferten Buch "Die sozialistische Entscheidung" ausgesprochen hatte) durch den amerikanischen, dem sozialistischen Erbe verpflichteten Juden Will Herberg: Christen und Juden müßten darin zusammenstehen, den Göttern des "Raums", also den Göttern von "Blut und Boden", den Gott der "Zeit", also der geschichtlichen Verantwortung der Menschen und Völker, gegenüberzustellen. "Synagoge und Kirche", so zitiert Herberg Tillich, "sollten in unserer

Epoche vereint sein im Kampf für den Herrn der Zeit" (S.263).

Ein dritter Punkt ist der Universalismus des Glaubens. "Heschel war der Auffassung, daß wir für die Offenbarung des Göttlichen offen sein sollten, wo immer sie sich wahrnehmen lasse, und daß solche Offenheit ein Ausdruck des Vertrauens 0 in den Gott unseres biblischen Erbes sei, der alle Überlieferungen über steigt. Gottes Offenbarung kann an vielen unerwarteten Orten entdeckt werden, besonders dort – so Heschel – wo Gerechtigkeit und Liebe gefördert und gesteigert werden" (S.286).

Gegenüber Tendenzen (auch in der Rheinischen Kirche), das Christentum als eine Art Zweigstelle des Judentums zu konzipieren, wird die erfreuliche Nüchternheit in Erinnerung gerufen, mit der Zwi Werblowsky schon 1980 (vor der rheinischen Landessynode!) betont hatte, Christen könnten sich auf keinen Fall "bei Juden ihre christliche Theologie holen Ihre christliche Theologie müssen sie in eigenem schweren Ringen – exegetisch, systematisch, historisch – sich selbst erarbeiten" (S.53 Anm.44).

Gerade jüdische Spitzensätze, die dieses Buch enthält, könnten solche christliche Selbstbesinnung fördern: so etwa Rosenzweigs polemische Formel, kein Christ könne wissen, ob Christus mehr sei als eine Idee (S.233) und Heschels Befremden (S.353) über Emil Brunners Begründung der christlichen Ethik auf die Sünden- und Gnadenerfahrung.

Als Ganzes ist das Buch allen Lerserinnen und Lesern auf das herzlichste zu empfehlen. Man darf sowohl die Text-Präsentation wie die drucktechnische Herstellung als mustergültig bezeichnen. In einer künftigen Neuauflage (als Paperback?) wäre vielleicht ein Namenregister hinzuzufügen. Peinliche Fehler wie auf S.298 Anm.5 ("Gusbach" statt Grisebach, "Frankenstadt" statt Frauenstädt) wären zu korrigieren, von Janouchs Kafka-

buch (S.275) wäre die deutsche Ausgabe zu zitieren.

Es ist zu hoffen, daß das Werk – vom Herausgeber seiner Frau und seiner in Auschwitz ermordeten Mutter gewidmet – dem ebenso schmerzlichen und belasteten, wie doch auch für die Zukunft hoffnungsträchtigen jüdisch-christlichen Gespräch dienen möge. Daß außerdem durch die Übersetzung eines Großteils des Textmaterials aus dem Englischen ein Brückenbau zwischen

Deutschland und Amerika geleistet wurde, wird nach meiner Überzeugung die friedensstiftende Kraft dieses Buches erhöhen.

Fritz A. Rothschild (Hg.): Christentum aus jüdischer Sicht. Fünf jüdische Denker des 20. Jahrhunderts über das Christentum und sein Verhältnis zum Judentum. Düsseldorf (Presseverband der Evangelischen Kirche im Rheinland) / Berlin (Institut Kirche und Judentum) 1998. Geb. 382 Seiten. DM 39.80.

# Frühjahrsliste antiquarischer Bücher

Unser Bundesmitglied Ulrich Peter bietet wieder Hunderte an Büchern und Zeitschriften an. Die Dubletten aus seiner Bibliothek umfassen zahlreiche Werke zum Religiösen Sozialismus (u.a. von Christoph Blumhardt, Emil Fuchs, Aurel von Jüchen und Leonhard Ragaz), zur Theologie (u.a. Karl Barth, Helmut Gollwitzer) und zum Sozialismus (u.a. von Lenin, Karl Marx, Rosa Luxemburg und Leo Trotzki), "zu Preisen, die deutlich unter denen von Antiquariaten liegen". Die umfangreiche Liste würde hier jeglichen Rahmen sprengen, ist aber direkt erhältlich bei: Dr. Ulrich Peter, Fechnerstraße 18, 10717 Berlin, Fax 030-8612034, E-Mail Upeter2964@aol.com.

### Helmut Pfaff

# Das Tabu der Linken

### Nachbemerkung zu Siegfried Böhringers Artikel über Astrologie in CuS 4/98

War da was? Im Heft 4/98 erschien in CuS ein Artikel von Siegfried Böhringer mit dem Titel "Astrologische Lebensdeutung und 'der Weg der Gerechtigkeit". Mancher Leser mag denken: Er ist zwar stilistisch einwandfrei und hervorragend, aber inhaltlich? Siegfried Böhringer schrieb selbst: "Nicht ohne Bedenken mache ich den Versuch, für die Ohren der Leser von CuS in einer Weise über Astrologie zu reden, die nicht einfach eine weitere Bausch-und-Bogen-Verdammung dieser aufs neue so weit sich ausbreitenden Denkungsart bedeutet." Diese Einschätzung kommt daher, da Themen über Grenzgebiete der Psycholo-

gie als Tabu unter der politischen Linken in Deutschland gelten. Wer diesen Themenbereich angeht, kommt leicht in den Verdacht bürgerlich-konservativ, wenn nicht sogar faschistisch zu sein. Im Gefolge kommt es zur Selbstzensur. Dabei müsste es der Linken gut stehen gegen Zensur anzukämpfen. Das aber dieses Thema mit Tabu belegt ist und viele Angst davor haben sich damit auseinanderzusetzen hat tiefere Gründe. Von diesem Tabu der Linken profitiert die herrschende Klasse. Dabei ist Siegfried Böhringer nicht der erste Religiöse Sozialist, welcher über Astrologie schreibt: Leonhard Ragaz äußerte sich bereits

dazu in seiner Autobiographie - und dies nicht negativ. Jetzt ist dieser Themenbereich sogar als Hauptartikel in CuS. Bisher kannte die Linke als "psychologische Vertreter" nur Horst-Eberhard Richter und Eugen Drewermann, vielleicht noch aus früheren Zeiten Wilhelm Reich. Vor einigen Jahren hatte die politische Linke (überraschender Weise einschl, der religiösen) Drewermann dahingehend kritisiert, daß er zu sehr psychologisieren würde. Die Umkehrung ist wahr: Die Linke beschäftigt sich zu wenig mit Psychologie. Eugen Drewermann war einer der Wenigen (gab es noch andere wegen der Zensur der Massenmedien?), welche vor laufender Fernsehkamera (ZDF) die Zerschlagung der Rüstungsindustrie forderten! Jetzt jedoch scheint ein Aufbruch in der Beziehung zwischen Psychologie, und zwar einschl, ihrer Grenzgebiete, und der politischen Linken dazusein: Da ist Tilman Evers ( Mythos und Emanzipation", bereits 1987), das europäische Kairos-Dokument, über das Siegfried Böhringer in CuS 3/98 berichtet hat und in dem es heißt, daß "Kapitalismus eine Herrschaftsform ist, die psychologische, kulturelle und politische Elemente einschließt" (Siegfried Böhringer ergänzt sehr gut: "Auch die panische Verdrängung des Todesgeschicks ist es, die hier in unersättlicher Macht-, Besitzund Konsumgier an die Oberfläche drängt. Daher müßte nicht allein das politisch-strukturelle, sondern auch das mit ihm verbundene psychisch-existentielle Feld europäischer Kultur einer Neuentwicklung ausgesetzt werden."), sowie der jetzige Artikel über "Astrologische Lebensdeutung und der Weg der Gerechtigkeit"'. Für den Bereich der Grenzgebiete der Psychologie ist notwendig und steht noch aus, was die politische Linke in diesem noch laufenden Jahrhundert im Bereich der Religion geleistet hat, nämlich diesen Themenbereich "gegen den Strich" zu lesen (wie z. B. bei der sogenannten materialistischen Bibelexegese), d. h. vom Kopf auf die Füße zu stellen gegen die übliche Betrachtungsweise. Die Quellen einer, wie ich sie nennen will,

"paranormalen Linken" sind nicht Esoterik und New Age (Der Begründer des Religiösen Sozialismus Leonhard Ragaz warnte vor der Theosophie; jedoch nicht weil er generell gegen sogenannte übersinnliche Phänomene war, da er selbst eine starke paranormale Begabung, wie Wahrträume und Hellsehen, hatte. Siehe seine Autobiographie "Mein Weg".), sondern die Tiefenpsychologie, die Analytische Psychologie, der Pragmatismus mit seiner radikalempirischen Forschungsmethode, die Ethnologie, die Parapsychologie und die anarchistische Undergroundliteratur. In der Gegenwart besitzen viele in der linken Szene ein Vorurteil gegen Grenzgebiete der Psychologie. Ein Vorurteil ist eine Verurteilung vor der Untersuchung. Dies hatte jedenfalls nicht Friedrich Engels. Er schrieb in der "Dialektik der Natur" ("Die Naturforschung in der Geisterwelt", etwa 1878): "...: die Phänomene interessierten uns, und wir versuchten, wieweit wir sie reproduzieren konnten." Karl Marx sprach von einer Klassenstruktur der Gesellschaft, welche alle Bereiche durchzieht (siehe auch seine "Überbautheorie"). Also müsste dies auch für unseren hier angesprochenen Bereich gelten; wie bereits angedeutet, konnte dies für den kirchlichen Bereich bereits nachgewiesen werden ("Kirche von unten"). Im mainstream der Linken herrscht dagegen ein Vulgärmarxismus vor. Statt eines heiligen Materialismus von Leonhard Ragaz, welcher Grenzgebiete der Psychologie nicht von oben herab belächelt, haben wir es mit einem Vulgärmaterialismus zu tun, welcher nur noch an politisch-ökonomischer Analyse der Gesellschaft interessiert ist. Die enorme Vorherrschaft der ökonomischen Denkweise läßt die psychischen Realitäten der Individuen außer acht, obwohl auch diese sozialethische und sozialpolitische Dimensionen besitzen, und zwar nicht nur in bezug auf Massenpsychologie. Jenen Sinn beschreibt auch der hervorragende linke Psychologe Arno Gruen in seinem Buch: "Der Wahnsinn der Normalität. Realismus als Krankheit: eine Theorie der

menschlichen Destruktivität." Dieses Buch handelt nicht vom sogenannten "Übersinnlichen". Da aber paranormale Phänomene meist einen starken emotionalen Bezug haben ("Psi im affektiven Feld"), gelten folgende Sätze von Arno Gruen auch in bezug hierauf. "Die Sprache des Herzens kommt aus den tiefen Bedürfnissen nach Liebe und Wärme. die man sowohl geben als auch empfangen möchte. Unsere Zivilisation aber hat uns ängstlich gemacht und versetzt uns in Scham. wenn wir uns verwundbar fühlen. Die Sprache der "Realität" verspricht uns Erleichterung von der "Last" unserer Bedürfnisse, was uns bereit macht, unseren eigenen Wahrnehmungen nicht mehr zu trauen. Daher ist unsere einzige Rettung die Sprache des Herzens. Die Spaltung muß überwunden werden, indem man sich nicht der Logik einer vorgeblichen Realität' anschließt, sondern auf der eigenen Fähigkeit zum Mitgefühl, zum Erleben von Leid und Freude insistiert."(S. 13) Auch Anton Mayer, welcher 1983 das Buch "Der zensierte Jesus. Soziologie des Neuen Testaments" veröffentlichte, schrieb zum Verhältnis zwischen

christlicher Religion und kapitalistischem Wirtschaftssystem: "Die Hartnäckigkeit allerdings, mit der der ganze Komplex verdunkelt wird, ist nur psychoanalytisch zu erhellen:...". (S. 312). Zu den linken Gruppen, welche sich auch mit paranormalen Phänomenen beschäftigten, gehörte, außer der "Gründervätergeneration" des Religiösen Sozialismus (Blumhardt, Ragaz, Tillich), auch der Surrealismus. Dieser ist fast nur aus der Kunstgeschichte bekannt, obwohl er vor allem eine Weltanschauung sein wollte (siehe Manifeste des Surrealismus). Dazu kommen noch viele einzelne linke Intellektuelle. Die Parapsychologie wies nach, daß es paranormale Phänomene wirklich gibt. Dem sozialethischen Dilemma und dem politischen Mißbrauch jedoch hat die Linke bisher nichts entgegenzusetzen. Umso wichtiger ist ein Artikel wie jetzt von Siegfried Böhringer. Albert Schweitzer (wohl nicht in Verdacht ein Faschist zu sein): "Der einzige Weg zu einer völligen Erfassung der Wirklichkeit ist die Erforschung der "supranormalen' Wahrnehmung,"

### Autorinnen und Autoren

Ulrich Bach, Jahrgang 1931, Pastor im Ruhestand, war Seelsorger in der Evangelischen Stiftung Volmarstein, Dozent für Neues Testament und Dogmatik an der Diakonieanstalt Martineum Wetter/Witten und Lehrbeauftragter an der Universität Bochum.

Ernesto Cardenal ist Befreiungstheologe, Dichter und Revolutionär aus Südamerika.

Noam Chomsky ist Literaturwissenschaftler am MIT in den USA.

Darius Dunker ist Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen und Redakteur von CuS.

Erhard Griese ist Gemeindepfarrer und lebt in Düsseldorf.

Regine Hildebrandt ist Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in Brandenburg.

Anton Landgraf ist Redakteur der Wochenzeitung "Jungle World" und lebt in Berlin.

Jobst Paul arbeitet als Lehrer an einem Gymnasium in Rottenburg.

Alex Lünskens ist angehende Buchhändlerin in Aachen.

Helmut Pfaff lebt in Frankfurt am Main. Er studierte Geographie und Evang. Theologie,

arbeitet in einem Rechenzentrum der Bankbranche und ist Redakteur von CuS.

Arnold Pfeiffer ist evangelischer Gemeindepfarrer in Idar-Oberstein.

Birgit Rommelspacher lebt in Berlin und ist Professorin an der Berliner Alice-Salomon Fachhochschule für Sozialpädagogik

Regina Scheer ist Autorin und Historikern und lebt in Berlin

Moshe Zuckermann ist Soziologe und Historiker. Er arbeitet als Dozent an der Universität Tel Aviv und zur Zeit am Wissenschaftskolleg in Berlin.



30 Jahre nach Medellín

– die Theologie der Befreiung
in der heutigen Zeit

- Die Bischofskonferenz von Medellin
- Wie aktuell ist die Theologie der Befreiung
- Ihre Bedeutung f
  ür die Basisgemeinden in Lateinamerika
- Ihr Einfluß in Deutschland
- Ihre Notwendigkeit in der Zukunft

Mit Beiträgen u.a. von: Kuno Füssel, Alvaro Rammazzini, Fernando Castillo, Paolo Suess, Ludger Weckel, Michael Ramminger.

Eine gemeinsame Ausgabe von LATEIN-AMERIKA NACHRICHTEN, Berlin und dem Institut für Theologie und Politik, Münster

Berlin, Dezember 1998, DM 7,-

Bestellung:

LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2A, 10961 Berlin, Fon 030 694 61 00, Fax 030 692 65 90

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte. (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Technik: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmen Zeit für das Übertragen von Manuskripten auf Diskette. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- ohne besondere Gestaltung in einem der PC-üblichen Textformate (RTF, TXT oder DOC) auf einer PCformatierten 3½-Zoll-Diskette oder per e-Mail an Darius@Dunker.de
- Sollte kein PC zur Verfügung stehen, erbitten wir eine saubere Schreibmaschinenfassung auf weissem Papier, damit wir den Text einscannen können. Für uns würde dies eine erhebliche Arbeitserleichterung bedeuten!

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt!

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

# Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten auf dem Kirchentag in Stuttgart: Markt der Möglichkeiten, Halle 7, C22

Abonnement und Retour: BRSD, c/o Martina Ludwig, Hohensteiner Str. 12 09117 Chemnitz

### **Helmut Gollwitzer**

# Warum bin ich als Christ Sozialist? – Thesen – (Auszüge) Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, daß gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille.